



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

EUROSYSTEM

GESCHÄFTSBERICHT 2003









BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2003
MIT JAHRESABSCHLUSS 2003

Vorlage an die am 13. Mai 2004 stattfindende Generalversammlung



Fünf Jahre nach dem Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion ist der Euro eine anerkannte Währung. Obwohl die damit verbundenen Herausforderungen sehr groß waren, hat die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) die erforderlichen Anpassungen hervorragend bewältigt. Dies bestätigen auch die hohe Glaubwürdigkeit und das große Vertrauen, das die OeNB als Währungsinstitution in der Bevölkerung genießt.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren im Geschäftsjahr 2003 für die nationalen Zentralbanken des Eurosystems nicht einfach. Der Rückgang der Zinsen auf ein historisch niedriges Niveau und der starke Wertgewinn des Euro gegenüber dem US-Dollar begrenzten den Spielraum für Zins- und Fremdwährungserträge. Trotz dieses schwierigen Marktumfelds konnte die OeNB nach den Rekordgewinnen der letzten Jahre ein geschäftliches Ergebnis erzielen, das im langfristigen Durchschnitt liegt und gerade auch vor dem Hintergrund der markanten Ertragseinbrüche anderer nationaler Zentralbanken des Eurosystems beachtlich ist. Dazu haben die Anlagepolitik der OeNB und das aktive Management der Währungsreserven maßgeblich beigetragen.

Dennoch zeigen gerade die Entwicklungen der letzten Jahre deutlich, dass ungünstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen rasch dazu führen können, dass die nationalen Zentralbanken in hohem Ausmaß Reserven in Anspruch nehmen müssen. Daher muss auch die OeNB in ausreichender Höhe Rücklagen zur Risikoabsicherung halten.

Als Partner im Eurosystem steht für die OeNB die Erfüllung des Leistungsauftrags des Europäischen Systems der Zentralbanken im Mittelpunkt, wozu vorrangig die Sicherung der Preisstabilität und die Gewährleistung der Finanzmarktstabilität zählen. Der Orientierung am Kundennutzen und der Effizienz der Leistungserstellung werden bei der Durchführung der Aufgaben zentrale Bedeutung beigemessen. Dementsprechend wird in den einzelnen Geschäftsfeldern der Stärkung der Kundenorientierung und der Optimierung der Geschäftsabläufe kontinuierlich großes Augenmerk zu widmen sein.

Auch in den kommenden Jahren wird die OeNB nicht zuletzt angesichts der EU-Erweiterung große Herausforderungen zu bewältigen haben. Dabei wird die OeNB ihre jahrzehntelange Erfahrung und ihr großes Engagement

in der Zusammenarbeit mit den Ländern Zentral- und Osteuropas auch für das Eurosystem nutzen können. Aber betriebswirtschaftliche Effizienz und offene Kommunikationspolitik werden letztlich gerade für eine kleine nationale Zentralbank die Voraussetzungen sein, die die Akzeptanz der Währung und das Vertrauen der Bevölkerung in die Institution auch in Zukunft gewährleisten.

Präsident
Herbert Schimetschek

Die weltweite Konjunkturlage hat sich im Jahr 2003 deutlich aufgehellt. Dennoch ist Euphorie unangebracht. Das US-Zwillingsdefizit und die abrupten und starken Wechselkursschwankungen zeugen von internationalen makroökonomischen Ungleichgewichten und können die Nachhaltigkeit des Aufschwungs beeinträchtigen. Auch für den Euroraum haben sich seit Mitte 2003 die Zeichen für eine Konjunkturerholung verdichtet. Die größten europäischen Volkswirtschaften sind jedoch nach wie vor in einer schwachen Verfassung.

Das Eurosystem hat vor dem Hintergrund abnehmenden Inflationsdrucks die Leitzinsen in der ersten Jahreshälfte 2003 in zwei Schritten auf ein historisch sehr niedriges Niveau abgesenkt. Die Finanzierungsbedingungen im Euroraum sind damit sehr günstig. Im Frühjahr 2003 hat der EZB-Rat seine geldpolitische Strategie bestätigt; einige Aspekte wurden im Lichte der bisherigen Erfahrungen angepasst. Die Geldpolitik des Eurosystems hat ihr Ziel, die HVPI-Inflation des Euroraums mittelfristig unter, aber nahe 2% zu halten, im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2003 eingehalten. Niedrige Inflationserwartungen signalisieren die Glaubwürdigkeit dieses Ziels auch für die Zukunft. Die Geldpolitik leistet damit ihren besten Beitrag für nachhaltiges Wachstum.

Vertrauen und geeignete Anreize für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung müssen jedoch vor allem auch von anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik generiert werden. Im Jahr 2003 haben mehrere Länder des Euroraums die Vereinbarungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts verfehlt. Die rasche Rückkehr aller Mitgliedstaaten auf einen Pfad nachhaltig stabiler Staatshaushalte ist dringend notwendig, um das Vertrauen in das wirtschaftspolitische Regelwerk der EU zu stärken. Die EU-Mitgliedstaaten sollten Hochkonjunkturphasen stärker als in der Vergangenheit dazu nutzen, die Basis für dauerhafte Haushaltsdisziplin zu legen. Zudem sollten die im Jahr 2000 in Lissabon vereinbarten Strukturreformen in den Mitgliedstaaten zügig umgesetzt werden, um bislang nicht genutztes Wachstumspotenzial auszuschöpfen.

Österreich als kleine, offene Volkswirtschaft ist von der internationalen Wirtschaftsentwicklung stark beeinflusst. Immerhin lag Österreichs reales BIP-Wachstum, auch unterstützt durch die Konjunktur- und Standortpakete der Bundesregierung, im Jahr 2003

etwas über jenem seiner Haupthandelspartner und des Euroraums. Bei der Preisstabilität nimmt Österreich einen Spitzenplatz innerhalb des Euroraums ein. Die Prüfung des österreichischen Finanzmarktes im Rahmen des Financial Sector Assessment Program des IWF stellte dem österreichischen Finanzmarkt ein sehr gutes Zeugnis aus.

Die beiden Etappen der Steuerreform stärken die Standortattraktivität Österreichs. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts sollte darüber jedoch nicht aus den Augen verloren werden und durch Ausgabenreformen wieder erreicht werden. Eine Reihe wichtiger Strukturformen, wie etwa die Pensionsreform, die Rückführung der Staatsaufgaben, die Verwaltungsreform oder die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie von Unternehmertum, wurden auch von internationalen Institutionen positiv zur Kenntnis genommen. Eine zügige Fortsetzung des Reformkurses ist für die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand Österreichs von hoher Bedeutung.

Mit der Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedstaaten per 1. Mai 2004 ist ein weiterer wichtiger Integrationsschritt erfolgt. Österreich kann auch künftig von dem Entwicklungspotenzial seiner östlichen Nachbarländer und seiner neuen, zentralen Lage im erweiterten Europa profitieren. Es gilt nun, auf allen Ebenen diese historische Chance noch intensiver als bisher zu nutzen.

Die Zusammenarbeit der OeNB mit der neuen Finanzmarktaufsichtsbehörde hat sich im Jahr 2003 gut entwickelt. Mit dem OeNB-Konjunkturindikator, der Umfrage über das Kreditgeschäft und einer neuen Zinsstatistik hat die OeNB ihr Analyse- und Statistikangebot an die Öffentlichkeit ausgebaut und darüber hinaus ihre Osteuropaspezialisierung weiter vertieft. Die OeNB wird ihre vielfältigen Aufgaben im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken als wirtschaftspolitischer Expertenpool und als spezialisierter Dienstleister auch künftig im Dienste der Bevölkerung weiterentwickeln.

Gouverneur
Dr. Klaus Liebscher



Zeichenerklärung

–	=	Zahlenwert ist null
..	=	Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
×	=	Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden
0	=	Eine Größe, die kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit ist
∅	=	Durchschnitt

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Abkürzungsverzeichnis

ACH	Automated Clearing House	IBAN	International Bank Account Number
APSS	Austrian Payment Systems Services GmbH	IHS	Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung
ARTIS	Austrian Real Time Interbank Settlement	IMBA	Institut für Molekulare Biotechnologie GmbH
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	IOSCO	International Organization of Securities Commissions
A-SIT	Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria	IRB	Internal Ratings Based
BIC	Bank Identifier Code	ISDA	International Swaps and Derivatives Association
BIP	Bruttoinlandsprodukt	IT	Informations- und Kommunikationstechnologie
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	IWF	Internationaler Währungsfonds
BMF	Bundesministerium für Finanzen	JVI	Joint Vienna Institute
BMVG	Betriebliches Mitarbeitervorsorgegesetz	KV	Krankenversicherung
BWG	Bankwesengesetz	LKW	Lastkraftwagen
CDG	Christian Doppler Forschungsgesellschaft	NBG	Nationalbankgesetz
CEBS	Committee of European Banking Supervisors	ÖAW	Österreichische Akademie der Wissenschaften
CESR	Committee of European Securities Regulators	ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
EBA	European Banking Association	OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
EBC	European Banking Committee	OeKB	Oesterreichische Kontrollbank
EBK	Elektronische Banken-Kommunikation	OeNB	Oesterreichische Nationalbank
ECOFIN-Rat	Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU (Council of Economics and Finance Ministers)	ORF	Österreichischer Rundfunk
EG	Europäische Gemeinschaft	PE-ACH	Pan-European Automated Clearing House
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme	PISA	Programme for International Student Assessment
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	QIS	Quantitative Impact Study
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	RTGS	Real Time Gross Settlement
EU	Europäische Union	STEP	Straight Through Euro Processing
EUR	Euro	STUZZA	Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr G.m.b.H.
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft	SWIFT	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
EZB	Europäische Zentralbank	SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt
F&E	Forschung und Entwicklung	TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States
FATF	Financial Action Task Force	TARGET	Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer
FFF	Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft	VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
FMA	Finanzmarktaufsichtsbehörde	VIP	Verwaltungsinnovationsprogramm
FSAP	Financial Sector Assessment Program	USD	US-Dollar
FTE-		WFA	Wirtschafts- und Finanzausschuss
Nationalstiftung	Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung	WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
FWF	Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung	WIIW	Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	WKM	Wechselkursmechanismus
GSA	GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.	WKO	Wirtschaftskammer Österreich
HRG	Hauptrefinanzierungsgeschäft	WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex		
IAIS	International Association of Insurance Supervisors		

GENERALRAT, STAATSKOMMISSÄR, DIREKTORIUM

UND PERSONELLE VERÄNDERUNGEN, ORGANISATION DER BANK

Generalrat, Staatskommissär	10
Direktorium, Personelle Veränderungen	11
Organisationsplan	12

BERICHT DES DIREKTORIUMS ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2003

Stabile Preise bei beginnendem Konjunkturaufschwung	17
<i>Niedrige Inflation durch vorausschauende Geldpolitik</i>	17
<i>Gedämpfte Konjunktur im Euroraum – Erholung gegen Jahresende 2003</i>	21
<i>Europäische Budget- und Strukturpolitik vor weiteren Herausforderungen</i>	25
<i>Institutionelle Änderungen im ESZB/Eurosystem</i>	26
In Österreich setzt Wirtschaftsaufschwung ein	28
<i>Inlandsnachfrage trägt beginnenden Konjunkturaufschwung bei Preisstabilität</i>	28
<i>Leichtes Minus in der Leistungsbilanz</i>	31
<i>Gedämpftes Finanzierungsvolumen trotz niedriger Zinssätze –</i>	
<i>Finanzvermögen der privaten Haushalte erreicht neuen Höchststand</i>	33
<i>Budgetdefizit Österreichs niedriger als der Durchschnitt des Euroraums</i>	37
<i>EU-Erweiterung gibt Österreich wichtige wirtschaftliche Impulse</i>	41
EU-Erweiterung wird beschlossen	43
<i>Die EU nimmt zehn neue Mitglieder auf</i>	43
<i>Vorbereitung des ESZB auf die EU-Erweiterung</i>	45
<i>Fortsetzung der europäischen Integration</i>	46
<i>Wichtige Rolle der OeNB bei der Integration neuer Mitgliedstaaten</i>	47
Umsetzung der Geldpolitik und Management der Währungsreserven sichern Märkte	49
<i>Operative Geldpolitik: gutes Zusammenspiel zwischen OeNB und Banken</i>	49
<i>Effizientes Management der Währungsreserven trotz schwierigen Marktumfelds</i>	51
Aktiver Beitrag der OeNB zur Finanzmarktstabilität	54
<i>Positive Beurteilung des österreichischen Finanzmarktes durch den IWF</i>	54
<i>Maßnahmen zur Stärkung des Finanzsystems</i>	55
<i>Verbesserte Ergebnisse im österreichischen Finanzsektor</i>	57
<i>Aktive Mitarbeit der OeNB bei den Aufsichtsagenden</i>	60
<i>OeNB als anerkannter Dialogpartner im Basel II-Prozess</i>	63
Neue Dynamik im Zahlungsverkehr, sicherer Umgang der Bevölkerung mit dem Euro-Bargeld	65
<i>Führende Rolle der OeNB im unbaren Zahlungsverkehr</i>	65
<i>Sicherheit beim Bargeld</i>	71
Vertrauen durch Transparenz und Dialog	75
<i>Die Medien – unsere Partner im Bereich Öffentlichkeitsarbeit</i>	75
<i>Vielfältige kommunikationspolitische Instrumente stärken den Dialog</i>	76
Effiziente, kundenorientierte Unternehmensführung	78
<i>Aufgaben und strategische Entwicklung der OeNB</i>	78
<i>Kontinuierlicher organisatorischer Optimierungsprozess</i>	80
<i>Reorganisation der Zweiganstalten</i>	81
<i>Beteiligungen der OeNB im Zahlungsmittelbereich</i>	82
<i>OeNB fördert Wissenschaft, Forschung und Kultur</i>	83

JAHRESABSCHLUSS 2003 DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK

Bilanz zum 31. Dezember 2003	88
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2003	90
Anhang zum Jahresabschluss 2003	91
<i>Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss</i>	91
<i>Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen</i>	
<i>und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003</i>	95
<i>Schlüssel für die Zeichnung des Kapitals der EZB</i>	96
<i>Kapitalbewegungen</i>	97
<i>Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2003</i>	98
<i>Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz</i>	98
<i>Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung</i>	116
<i>Direktorium, Generalrat</i>	121
<i>Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer</i>	122
<i>Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag</i>	123

BERICHT DES GENERALRATS ZUM GESCHÄFTSBERICHT UND JAHRESABSCHLUSS 2003

125

PUBLIKATIONEN

Periodische Publikationen	128
Ausgewählte Publikationen der OeNB in den Jahren 2002 und 2003	129

Redaktionsschluss: 19. April 2004





Generalrat, Staatskommissär,
Direktorium
und personelle Veränderungen,
Organisation der Bank

Generalrat, Staatskommissär

Stand per 31. Dezember 2003

Herbert Schimetschek
Präsident
Vorsitzender des Vorstandes des Austria
Versicherungsvereines auf Gegenseitigkeit

Dr. Manfred Frey
Vizepräsident
Präsident i. R.
der Finanzlandesdirektion für Wien,
Niederösterreich und Burgenland

Dipl.-Ing. August Astl
Generalsekretär der Präsidentenkonferenz
der Landwirtschaftskammern Österreichs

Dr. Richard Leutner
Leitender Sekretär
des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Mag. Dr. Walter Rothensteiner
Generaldirektor
der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG

Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer
Direktor des Instituts für Höhere Studien
und Wissenschaftliche Forschung (IHS)

Dipl.-Ing. Johann Marihart
Generaldirektor
der Agrana Beteiligungs-AG

Dipl.-Ing. Karl Werner Rüschi
Landesrat a. D.
2. Vizepräsident der OeNB a. D.

Dkfm. Lorenz R. Fritz
Generalsekretär
der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Mag. Werner Muhm
Direktor der Kammer
für Arbeiter und Angestellte für Wien

Dkfm. R. Engelbert Wenckheim
Vorstand
der Getränkeindustrie Holding AG

**Univ.-Prof.
Mag. Dr. Herbert Kofler**
Wirtschaftstreuhand/Steuerberater
Vorstand der Abteilung
Betriebliches Finanz- und Steuerwesen
am Institut für Wirtschaftswissenschaften
Universität Klagenfurt

Dkfm. Gerhard Randa
Vorsitzender des Aufsichtsrates
der Bank Austria Creditanstalt AG
und Mitglied des Vorstandes der Bayerischen
Hypo- und Vereinsbank AG

Dkfm. Johann Zwettler
Generaldirektor
der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG

Gemäß § 22 Abs. 5 des Nationalbankgesetzes 1984 vom Zentralbetriebsrat
bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:

Mag. Thomas Reindl
Vorsitzender des Zentralbetriebsrats

Dr. Martina Gerharter
Stellvertretende Vorsitzende
des Zentralbetriebsrats

Staatskommissär
Sektionschef Mag. Thomas Wieser
Leiter der Sektion für Wirtschaftspolitik
und Finanzmärkte im Bundesministerium
für Finanzen

Staatskommissär-Stellvertreter
Univ.-Doz. Dr. Heinz Handler
Österreichisches Institut
für Wirtschaftsforschung (WIFO)

Direktorium

Stand per 31. Dezember 2003



Dr. Klaus Liebscher

Gouverneur

Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek

Vize-Gouverneur

Mag. Dr. Peter Zöllner

Direktor

Univ.-Doz. Mag. Dr. Josef Christl

Direktor

Personelle Veränderungen

vom 10. April 2003 bis 19. April 2004

Mit der regelmäßigen Generalversammlung vom 15. Mai 2003 endete die Funktionsperiode von Generalrat Univ.-Prof. DDr. Helmut *Frisch*. An seiner Stelle wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Bank Austria Creditanstalt AG, Dkfm. Gerhard *Randa*, zum Mitglied des Generalrats gewählt. Ferner hat die Generalversammlung den Generaldirektor der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG, Dkfm. Johann *Zwettler*, anstelle von Helmut *Elsner*, der sein Generalratsmandat mit der regelmäßigen Generalversammlung zurückgelegt hat, zum Mitglied des Generalrats gewählt.

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am 1. Juli 2003 beschlossen, Herbert *Schimitschek*, zuletzt Vizepräsident der Oesterreichischen Nationalbank, mit Wirkung vom 1. September 2003 zum Präsidenten der Oesterreichischen Nationalbank zu ernennen. Er folgte damit Adolf *Wala* nach, dessen Funktionsperiode am 31. August 2003 endete.

Weiters hat die Bundesregierung in ihrer Sitzung vom 1. Juli 2003 beschlossen, Dr. Manfred *Frey*, zuletzt Staatskommissär der Oesterreichischen Nationalbank, mit Wirkung vom 1. September 2003 zum Vizepräsidenten der Oesterreichischen Nationalbank zu ernennen sowie Dipl.-Ing. August *Astl* mit Wirkung vom 8. September 2003 zum Mitglied des Generalrats wieder zu ernennen.

Die Funktionsperioden des Präsidenten und Vizepräsidenten sowie der Mitglieder des Generalrats haben eine Laufzeit von fünf Jahren.

Mit Wirkung vom 1. September 2003 wurde Sektionschef Mag. Thomas *Wieser* vom Bundesminister für Finanzen anstelle von Dr. Manfred *Frey* zum Staatskommissär bestellt.

Dr. Gertrude *Tumpel-Gugerell*, zuletzt Vize-Gouverneurin der Oesterreichischen Nationalbank, wurde am 23. Mai 2003 mit Wirkung vom 1. Juni 2003 zum Mitglied des EZB-Direktoriums bestellt.

Der Bundespräsident hat mit Entschliebung vom 11. Juli 2003 Dr. Klaus *Liebscher* mit Wirkung vom 1. September 2003 zum Gouverneur, Dr. Wolfgang *Duchatzek* mit sofortiger Wirkung zum Vize-Gouverneur, Dr. Peter *Zöllner* mit Wirkung vom 15. Juli 2003 zum Mitglied des Direktoriums sowie Univ.-Doz. Dr. Josef *Christl* mit Wirkung vom 1. September 2003 zum Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank – jeweils für die Dauer von fünf Jahren – ernannt.

Dr. Klaus *Liebscher* leitet das Ressort „Notenbankpolitik“. Dr. Wolfgang *Duchatzek* ist mit der Leitung des Ressorts „Geld- und Rechnungswesen, Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr“, Dr. Peter *Zöllner* mit der Leitung des Ressorts „Investitionspolitik, Interne Dienste und Statistik“ und Univ.-Doz. Dr. Josef *Christl* mit der Leitung des Ressorts „Volkswirtschaft und Finanzmärkte“ betraut.

Präsident
Herbert Schimetschek

Referat des Generalrats
AL DDr. Richard Mader

Vizepräsident
Dr. Manfred Frey

Direktorium

Ressort Notenbankpolitik
Gouverneur Dr. Klaus Liebscher

Referat des Gouverneurs
AL Mag. Dr. Wolfgang Ippisch

Innenrevision
AL DRR Wolfgang Winter

Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit
AL Mag. Günther Thonabauer

Abteilung für Planung und Controlling
AL Mag. Gerhard Hohäuser

Jubiläumsfonds
AL Dr. Wolfgang Höritsch

Personalabteilung
AL DRR Dkfm. Maria Zojer

Hauptreferat

Zukunftsfragen und Zentralbankentwicklung
DHR Mag. Peter Achleitner

Ressort Geld- und Rechnungswesen,
Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr
Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchatzcek

Hauptreferat

Rechtsangelegenheiten
DHR Dr. Bruno Gruber

Rechtsabteilung
AL Dr. Hubert Mölzer

Hauptabteilung

Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr
DHA Wolfgang Pernkopf

Abteilung für IT- und Zahlungsverkehrsstrategie
AL Dr. Walter Hoffenberg

IT-Development
AL DRR Dr. Reinhard Auer

IT-Operations
AL Dipl.-Ing. Erich Schütz

Zahlungsverkehrsabteilung
AL Mag. Andreas Dostal

Hauptabteilung

Hauptkasse und Zweiganstalten
HAL Dr. Stefan Augustin

Banknoten- und Münzenkasse
N. N.

Hausdruckerei
TL Gerhard Habitzl

St. Pölten
LZA Dipl.-Ing. Mag. Dr. Roland Müllner

Bregenz
DZA Armin Schneider

Eisenstadt
DZA Mag. Friedrich Fasching

Graz
DZA Mag. Dr. Gerhard Schulz

Innsbruck
DZA Dr. Günther Federer

Klagenfurt
DZA Günter Willegger

Linz
DZA Mag. Dr. Axel Aspetsberger

Salzburg
DZA DRR Elisabeth Kollarz

Hauptabteilung

Rechnungswesen
DHA Michael Wolf

Abteilung Bilanzierung
AL DRR Friedrich Karrer

Abteilung Zentralbuchhaltung
AL Herbert Domes

- AL *Abteilungsleiter*
- DHA *Direktor der Hauptabteilung*
- DHR *Direktor des Hauptreferats*
- DRR *Direktionsrat*
- DZA *Direktor und Leiter der Zweiganstalt*
- HAL *Hauptabteilungsleiter*
- LZA *Leiter der Zweiganstalt*
- TL *Technischer Leiter*

Ressort Volkswirtschaft und Finanzmärkte
Direktor Univ.-Doz. Mag. Dr. Josef Christl

Hauptabteilung

Volkswirtschaft

DHA Mag. Dr. Peter Mooslechner

Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen
AL Mag. Dr. Ernest Gnan

Abteilung für volkswirtschaftliche Studien
AL DRR Mag. Dr. Eduard Hochreiter

Abteilung für Integrationsangelegenheiten
und Internationale Finanzorganisationen
AL Mag. Franz Nauschnigg

Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen
im Ausland
AL Dr. Doris Ritzberger-Grünwald

Repräsentanz Brüssel
Mag. Dr. Reinhard Petschnigg

Repräsentanz Paris
Mag. Andreas Breitenfellner

Hauptabteilung

Analyse und Revision
DHA Mag. Andreas Ittner

Abteilung für Finanzmarktanalyse
AL Dr. Michael Würz

Abteilung für Bankenanalyse und -revision
AL Mag. Helmut Ettl

Kreditabteilung
AL DRR Mag. Dr. Franz Richter

Ressort Investitionspolitik, Interne Dienste und Statistik
Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner

Beteiligungsverwaltung
AL Mag. Franz Partsch

Hauptabteilung

Treasury

DHA Mag. Dr. Rudolf Trink

Abteilung für Veranlagungsstrategie und -risiko
AL Mag. Walter Sevcik

Treasury – Front Office
AL DRR Mag. Rudolf Kreuz

Treasury – Back Office
AL DRR Dr. Gerhard Bertagnoli

Repräsentanz London
Doris Kutalek

Repräsentanz New York
Mag. Gerald Fiala

Hauptabteilung

Organisation und Interne Dienste
DHA Mag. Albert Slavik

Organisationsabteilung¹
AL Ing. Mag. Wolfgang Ruland

Administrationsabteilung
AL DRR Dipl.-Ing. Roland Kontrus

Abteilung für Sicherheitsangelegenheiten
AL Gerhard Valenta

Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice
AL Alfred Tomek

Hauptabteilung

Statistik

DHA Mag. Dr. Aurel Schubert

Abteilung für Bankenstatistik und Mindestreserve
AL Gerhard Kaltenbeck

Abteilung für Zahlungsbilanzangelegenheiten
AL Eva-Maria Nesvadba

¹ Umweltbeauftragter SE Johann Jachs.





Bericht des Direktoriums
über das Geschäftsjahr 2003

Stabile Preise bei beginnendem Konjunkturaufschwung

Niedrige Inflation durch vorausschauende Geldpolitik

Inflation im Euroraum weiter rückläufig

Die Geldpolitik des Eurosystems hat ihr vorrangiges Ziel in der Erhaltung der Preisstabilität. Damit leistet das Eurosystem einen wesentlichen Beitrag für nachhaltiges Wirtschaftswachstum im Euroraum. Die vorausschauende Geldpolitik hat im Jahr 2003 zu einer weiteren Verringerung der am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessenen Inflationsrate auf 2,1% nach 2,3% im Jahr 2002 beigetragen. Zu Beginn des Jahres 2003 führte die Energiekomponente im HVPI zu einem kurzfristigen Anstieg der Inflation. Auch wenn die ausgeprägte Hitzewelle in Südeuropa im Sommer 2003 ein vorübergehendes Ansteigen der Preise für unbearbeitete Nahrungsmittel bewirkte, zeigt sich in einer längerfristigen Betrachtung, dass die Inflationsrate im Euroraum für die Jahre 1998 bis 2003 durchschnittlich bei 1,8% lag und dass damit das Ziel der Preisstabilität über diesen Zeitraum erreicht wurde.

Der Anstieg des HVPI ohne die volatilen Komponenten *Energie* und *Unbearbeitete Nahrungsmittel* lag im Jahr 2003 bei 2%, und damit deutlich unter dem Wert des Jahres 2002 (2,5%). Vor allem die Inflation bei den Dienstleistungspreisen hat in der zweiten Jahreshälfte 2003 deutlich nachgelassen.

Glaubwürdige Geldpolitik stabilisiert Inflationserwartungen

Den Entscheidungen von Konsumenten und Investoren liegen nicht nur Informationen über das gegenwärtige Preisniveau zugrunde, sondern auch Einschätzungen über die künftige Inflationsentwicklung. Haben sich Inflationserwartungen einmal gefestigt, beeinflussen sie auch die tatsächlichen Preisänderungen. Eine vorausschauende Geldpolitik berücksichtigt und beeinflusst daher die Inflationserwartungen der Wirtschaftsakteure.

Zur Messung der Erwartungen über die künftige Inflationsrate führt die Europäische Zentralbank (EZB) mit dem *Survey of Professional Forecasters* eine quartalsmäßige Erhebung unter Experten aus dem Euroraum durch. Nach dieser Erhebung lagen

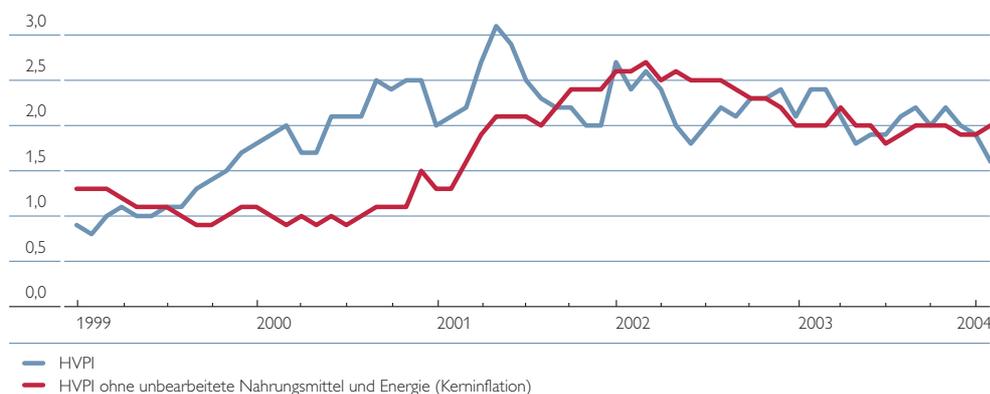
Eurosystem sichert Preisstabilität im Euroraum

Stabile niedrige Inflationserwartungen im Euroraum ...

... signalisieren Nachhaltigkeit der Preisstabilität

Preisentwicklung und Kerninflation im Euroraum

Veränderung zum Vorjahresmonat in %



Quelle: Eurostat.

die langfristigen Inflationserwartungen im Jahr 2003 stabil bei 1,9% und standen damit in Einklang mit dem Ziel der Preisstabilität des Eurosystems. Die Ankündigung des EZB-Rats, die Inflationsrate unter, aber nahe 2% halten zu wollen, wurde demnach von den Marktteilnehmern als glaubwürdig erachtet.

Inflationsunterschiede im Euroraum nehmen ab

Neben der HVPI-Inflationsrate für den Euroraum nahmen auch die Inflationsunterschiede zwischen den Ländern ab. Im Verlauf des Jahres 2003 gingen sowohl die Differenz zwischen der höchsten und der niedrigsten Inflationsrate in den einzelnen Ländern des Euroraums als auch die Standardabweichung kontinuierlich zurück. Grundsätzlich können Inflationsdifferenzen verschiedene Ursachen haben. Dazu zählen abweichende Konjunkturzyklen, unterschiedliche Präferenzen der Konsumenten, unterschiedliche Auswirkungen externer Schocks, wie Erdölpreis- oder Wechselkursänderungen, oder Änderungen bei indirekten Steuern und Abgaben.

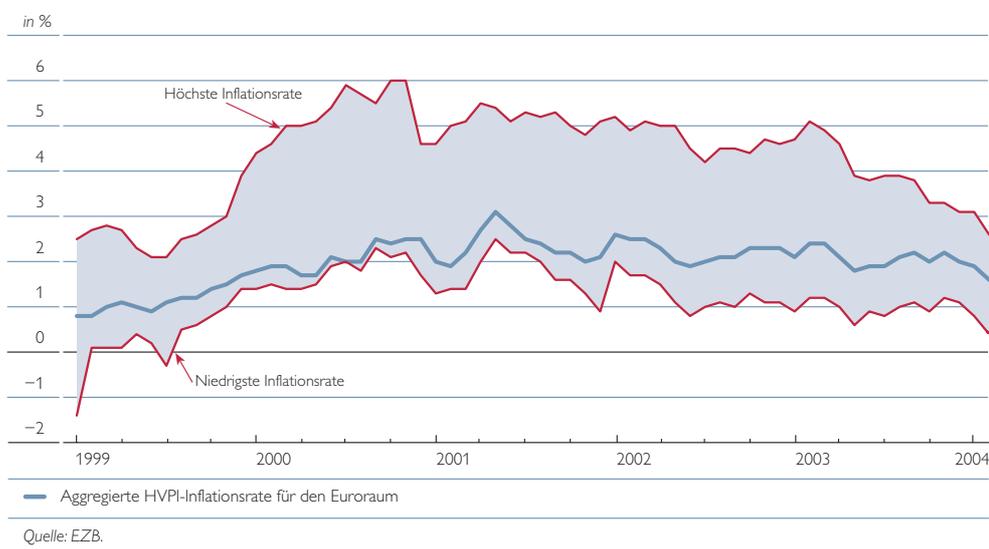
Für die geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems ist nur die HVPI-Inflationsrate des gesamten Euroraums maßgebend, Inflationsdifferenzen einzelner Länder spielen allerdings eine untergeordnete Rolle.

Hohes M3-Wachstum stellt keine Gefahr für Preisstabilität dar

Das Wachstum der Geldmenge M3, das eine wichtige Rolle bei der Beurteilung der mittel- bis langfristigen Risiken für die Preisstabilität spielt, lag im Jahr 2003 bei 8,0%. Besonders in der ersten Jahreshälfte 2003 zeichnete sich ein starker Anstieg des Geldmengenwachstums ab, der vor allem auf die Unsicherheit auf den Finanzmärkten über den Beginn und die Dauer des Irak-Kriegs zurückzuführen war. Diese Unsicherheit führte zu Umschichtungen von Finanzvermögen in Titel mit höherer Liquidität, wie etwa Geldmarktfondsanteile, die in M3 enthalten sind. Das Wachstum dieser Komponenten von M3 ist seit Mai 2003 schwächer geworden. Gegen Ende des Jahres 2003 erhöhte sich die

Rückläufige Inflation trotz Ausweitung der Geldmenge

Bandbreiten der HVPI-Inflationsrate in den Ländern des Euroraums



Komponenten der Geldmenge M3

	2002	2003	Sep. 03	Okt. 03	Nov. 03	Dez. 03	Jän. 04	Feb. 04
	<i>jährliche Wachstumsrate in %</i>							
Gleitender Drei-Monats-Durchschnitt (zentriert)	x	x	8,0	7,7	7,5	7,0	6,6	..
M3	7,2	8,0	7,6	8,1	7,4	7,0	6,5	6,3
Bargeldumlauf	-7,2	31,9	27,4	26,7	26,4	25,0	24,9	23,5
Täglich fällige Einlagen	10,7	8,2	8,8	9,6	8,9	8,0	9,6	9,2
M1	7,7	11,1	14,4	15,0	10,7	11,6	8,9	7,8
Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von bis zu zwei Jahren	2,1	-1,1	5,2	4,6	4,5	4,7	3,6	3,1
Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von bis zu drei Monaten	8,5	10,0	-2,5	-3,4	-3,1	-2,4	-4,1	-4,7
Repogeschäfte	2,7	1,5	11,4	11,1	10,6	10,1	9,6	9,0
Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere	23,5	15,7	4,5	7,7	6,1	4,2	1,5	2,9
Schuldverschreibungen von bis zu zwei Jahren	-7,2	-8,5	-6,7	0,3	1,7	-4,4	-7,3	-1,3

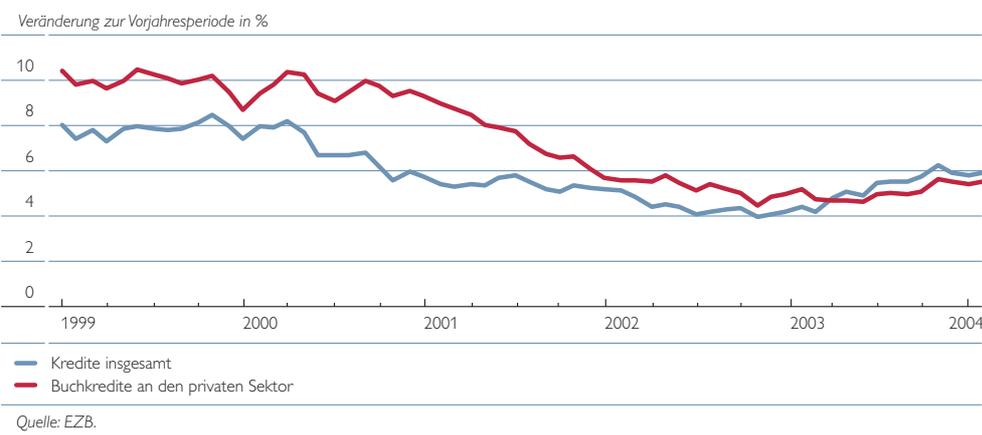
Quelle: EZB.

Nachfrage nach längerfristigen Anlagetiteln, was eine Stärkung des Investorenvertrauens widerspiegelte. Das hohe Wachstum von M1 ist vor allem auf das niedrige Zinsniveau und die damit verbundenen niedrigen Opportunitätskosten der Geldhaltung zurückzuführen. Der mit dem hohen Geldmengenwachstum einhergehende Liquiditätsüberhang im Euroraum stellte angesichts dieser Sonderfaktoren im betrachteten Zeitraum keine Gefahr für die Preisstabilität dar – nicht zuletzt deshalb, da sich die konjunkturelle Verbesserung nur allmählich abzuzeichnen begann.

Das Wachstum der Kredite im Euroraum hat sich im Jahr 2003 auf 5,1% beschleunigt (2002: 4,4%). Dieser Anstieg ist auf die Zunahme der Kredite an öffentliche Haushalte zurückzuführen, die mit den höheren Budgetdefiziten einherging. Das Wachstum der Kredite an den privaten Sektor lag im Jahr 2003 mit 5% unter dem Wert des Vorjahres (2002: 5,3%), allerdings lässt sich auch hier seit Jahresmitte 2003 eine Trendwende feststellen. Das kann als Anzeichen für ein langsames Anziehen der Konjunktur im Euroraum gewertet werden. Neben den verbesserten Gewinnaussichten der Unter-

Kreditwachstum
nimmt wieder zu

Kreditwachstum im Euroraum



nehmen spielt hier auch das niedrige Zinsumfeld im Euroraum eine Rolle.

EZB-Rat senkt im Jahr 2003 die Leitzinsen um 75 Basispunkte

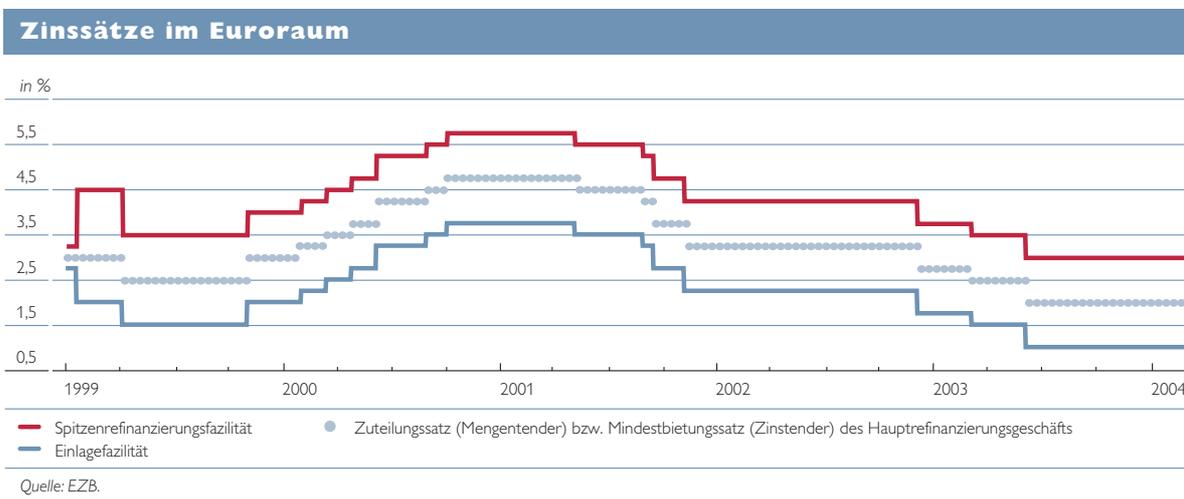
Der EZB-Rat beschloss im Jahr 2003 zweimal eine Zinssenkung. Am 6. März 2003 wurden der Mindestbietungssatz für das Hauptrefinanzierungsgeschäft und die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität sowie die Einlagefazilität um jeweils 25 Basispunkte auf 2,5%, 3,5% bzw. 1,5% gesenkt. Der EZB-Rat stellte fest, dass sich die Aussichten für die mittelfristige Preisstabilität insbesondere aufgrund des schwachen Wirtschaftswachstums und der nominell effektiven Aufwertung des Euro in den Monaten zuvor verbessert hätten. Das über dem Referenzwert von 4½% liegende Wachstum der Geldmenge M3 wurde vom EZB-Rat nicht als Risiko für die mittelfristige Preisstabilität betrachtet.

Am 5. Juni 2003 nahm der EZB-Rat den Mindestbietungssatz für das Hauptrefinanzierungsgeschäft und die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität sowie die Einlagefazilität jeweils um weitere 50 Basispunkte auf 2,0%, 3,0% bzw. 1,0% zurück.

In seiner Erläuterung zu diesem Beschluss betonte der EZB-Rat, dass sich die Aussichten für die mittelfristige Preisstabilität seit dem letzten Zinsschritt weiter verbessert hätten. Die Inflation wurde für den Rest des Jahres 2003 nahe 2% gesehen – mit nachfolgender, deutlicher Abwärtstendenz. Gründe dafür waren vorteilhaftere Importpreise durch den höheren Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar, den niedrigeren Erdölpreis und das schwache Wirtschaftswachstum. Die Informationen im Rahmen der wirtschaftlichen Analyse, insbesondere jene der jüngsten makroökonomischen Projektionen zum damaligen Zeitpunkt, legten eine Abwärtsrevision der Wachstumserwartungen für den Rest des Jahres 2003 sowie für 2004 nahe. Bestehende Ungleichgewichte außerhalb des Euroraums sowie ein Anstieg der Arbeitslosigkeit bildeten weitere Risiken für das Wachstum.

Im Rahmen der monetären Analyse stellte der EZB-Rat fest, dass das hohe Wachstum von M3 weiterhin auf das niedrige Zinsniveau sowie die hohe Unsicherheit auf den Aktienmärkten zurückzuführen sei und daher kein Risiko für die Preisstabilität darstelle.

Zwei Zinssenkungen



Überprüfung der geldpolitischen Strategie

Die geldpolitische Strategie des Eurosystems wurde zu Beginn des Jahres 2003 durch den EZB-Rat einer Überprüfung unterzogen. Unabhängig vom aktuellen Erfolg einer Strategie ist es sinnvoll, diese periodisch einer kritischen Revision zu unterziehen und dabei neue wissenschaftliche Erkenntnisse und Analysen zu berücksichtigen. Die im Jahr 1998 veröffentlichte Strategie – bestehend aus einer quantitativen Definition von Preisstabilität, einer besonderen Rolle der Geldmenge zur Beurteilung von Risiken für die Preisstabilität und einer breit angelegten Beurteilung der Aussichten für die Preisstabilität – wurde bestätigt und ihre Umsetzung als zufrieden stellend bezeichnet.

Preisstabilität wurde bereits 1998 als Anstieg des HVPI für den Euroraum von unter 2% im Vergleich zum Vorjahr definiert und muss mittelfristig gewährleistet werden. Im Rahmen der Überprüfung im Jahr 2003 wurde präzisiert, dass die HVPI-Inflationsrate mittelfristig unter, aber nahe 2% liegen soll. Darin kommt die Bedeutung eines hinreichenden Sicherheitsabstands gegen Deflation zum Ausdruck. Weiters wird dadurch der Möglichkeit von Messfehlern bei der Bestimmung der Inflationsrate sowie größeren Inflationsdifferenzen im Euroraum Rechnung getragen. Eine positive Inflationsrate erleichtert vor dem Hintergrund bestehender nomineller Rigiditäten auch den Anpassungsprozess im Fall von Schocks.

Die Einschätzung der Risiken für die Preisstabilität erfolgt weiterhin anhand zweier, einander ergänzender Analyseansätze. Die beiden Säulen der geldpolitischen Strategie bilden einerseits den Rahmen für die Aufbereitung und Beurteilung volkswirtschaftlicher Daten durch den EZB-Rat, andererseits bilden sie eine feste Struktur für eine transparente Kommunikation mit der Öffentlichkeit. In der wirtschaftlichen Analyse werden die kurz- bis mittelfristigen Risiken für die Preisstabilität ermittelt. Dabei werden Informationen über die Entwicklung des BIP sowie der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und ihrer Komponenten, über die Bedingungen auf Kapital- und Arbeitsmärkten und Informationen zum Wechselkurs verarbeitet. Auch die Auswirkungen unvorhersehbarer Entwicklungen (z. B. Erdölpreisschocks) werden in diesem Zusammenhang untersucht. Von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Analyse sind die makroökonomischen Projektionen des Eurosystems, an deren Erstellung auch Experten der OeNB mitarbeiten. Sie geben die Einschätzung der kurz- bis mittelfristigen Aussichten für das Wirtschaftswachstum und die Inflation wieder.

In der monetären Analyse werden mittel- bis langfristige Änderungen der Inflation untersucht, wobei hier der Zusammenhang zwischen Geldmenge und Inflationsrate über längere Zeiträume im Vordergrund steht. In diesem Rahmen werden Indikatoren wie das Wachstum der Geldmenge M3, ihrer Komponenten und Gegenposten, besonders der Kreditvergabe, sowie der Überschussliquidität analysiert. Um die mittel- bis langfristige Bedeutung des Referenzwertes für das Geldmengenwachstum hervorzuheben, hat der EZB-Rat im Zuge der Überprüfung der geldpolitischen Strategie beschlossen, die Revision des Referenzwertes nicht mehr jährlich vorzunehmen.

Gedämpfte Konjunktur im Euroraum – Erholung gegen Jahresende 2003

Globaler Wirtschaftsaufschwung

In den USA nahm im Jahr 2003 der Konjunkturaufschwung deutlich Gestalt an. Nach einem eher moderaten BIP-Wachstum zu Beginn des Jahres, das noch von der Unsicherheit aufgrund des bevorstehenden Irakkriegs geprägt war, expandierte das reale BIP im zweiten Quartal 2003 unerwartet um 3,1% (im Vergleich zum Vorquartal, annualisiert). Diese Beschleunigung des Wachstums war vor allem auf eine Stärkung des privaten Konsums und auf eine massive Ausweitung der Rüstungsausgaben zurückzuführen. Im dritten Quartal konnten die USA dann mit einer

annualisierten BIP-Wachstumsrate von 8,2% die stärkste wirtschaftliche Expansion seit fast zwei Jahrzehnten verzeichnen. Die Konjunkturdynamik wurde vor allem von den kräftigen fiskalischen Impulsen und einer äußerst expansiven Geldpolitik ausgelöst. Im vierten Quartal 2003 fiel das BIP-Wachstum wegen einer Abschwächung des privaten Konsums geringer als erwartet aus (+4,1% im Vergleich zum Vorquartal, annualisiert). Die erhebliche Ausweitung des Budgetdefizits und das weiter gestiegene Leistungsbilanzdefizit lassen die Nachhaltigkeit des Aufschwungs in den USA unsicher erscheinen.

In Japan setzte sich die Anfang 2002 eingeleitete Konjunkturerholung auch im Jahr 2003 fort. Die sich im ersten Halbjahr 2003 abschwächende Industrieproduktion konnte

Kräftiger Aufschwung in den USA

Erholung auch in Japan

Unsicherheit
im ersten
Halbjahr 2003
wachstums-
dämpfend...

ab September 2003 wieder zulegen, was u. a. auf eine exportgestützte Erholung hindeutet. Japans Aktienmarkt hat sich dank zufließendem Auslandskapital von seinem 20-Jahres-Tief im April 2003 erholt. Die Bank of Japan hält weiter an der seit dem Jahr 2001 bestehenden Geldpolitik mit Zinsen nahe null fest. Trotz wiederholter Interventionen der Bank of Japan wertete der japanische Yen gegenüber dem US-Dollar in der zweiten Jahreshälfte 2003 um mehr als 12% auf und erreichte damit den höchsten Wechselkurs seit September 2000. Das Budgetdefizit Japans lag im Jahr 2003 bei einem Rekordwert von 7,4% des BIP. Obwohl geplant ist, das Primärdefizit bis zum Jahr 2010 abzutragen, wird die Staatsschuldenquote weiter auf 180% des BIP ansteigen.

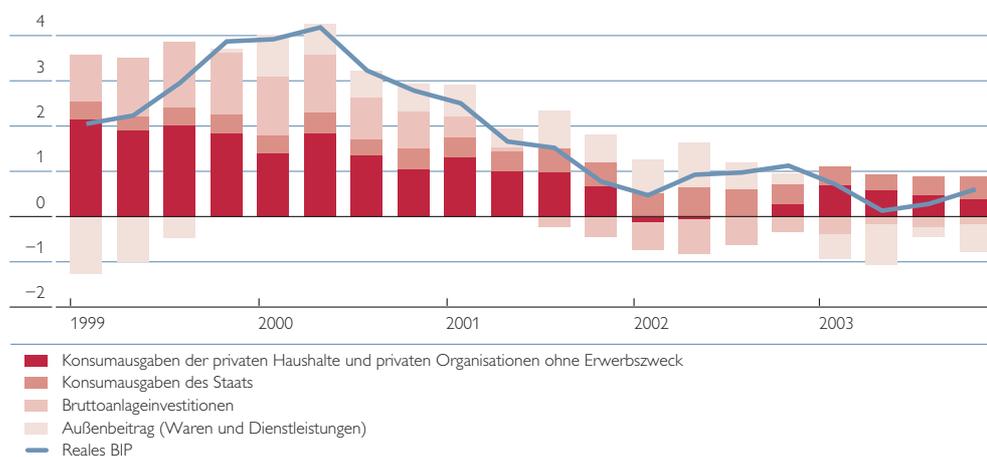
Schwache Binnennachfrage dämpfte Wachstum im Euroraum

Das BIP-Wachstum des Euroraums blieb im Jahr 2003 mit 0,4% hinter dem Vorjahreswert zurück. Die Wachstumsdynamik wurde zu Beginn

des Jahres 2003 von den dämpfenden Effekten des Irak-Kriegs beeinträchtigt. Dazu zählen vor allem der im ersten Quartal 2003 stark gestiegene Erdölpreis und die Unsicherheit der Marktteilnehmer über die zeitliche Dimension des Irak-Kriegs. Das geringe Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung zeichnete sich auch im Geschäftsklima-Indikator der Europäischen Kommission ab, der im März den niedrigsten Wert des Jahres 2003 aufwies. Im ersten Halbjahr 2003 stagnierte das BIP-Wachstum im Euroraum, wobei der private Konsum zusammen mit dem öffentlichen Konsum positive Beiträge leistete. Der private Konsum zog im zweiten Quartal 2003 etwas schwächer an, was mit dem moderaten Wachstum der verfügbaren Einkommen und einem geringeren Verbrauchervertrauen erklärt werden kann. Der öffentliche Konsum im Euroraum entwickelte sich im zweiten Quartal 2003 relativ dynamisch. Die Bruttoanlageinvestitionen schrumpften auch im ersten Halbjahr, der Außenbeitrag zum Wirtschaftswachstum war weiter negativ.

Wachstumsbeitrag der Komponenten des realen BIP im Euroraum

Veränderung zum Vorjahresquartal in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat.

In der zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich das BIP-Wachstum; im Vergleich zu den Vorquartalen wirkte sich vor allem im dritten Quartal 2003 ein kräftiger Beitrag des Außenhandels positiv aus. Der stagnierende private Konsum und die rückläufigen Investitionen führten auch in der zweiten Jahreshälfte zu einem negativen Beitrag der Binnennachfrage. Der private Konsum wurde von dem moderaten Wachstum der verfügbaren Einkommen und der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit gedämpft. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euro-Raum betrug von März 2003 bis Februar 2004 unverändert 8,8%. Die Investitionen im Euroraum nahmen im Jahr 2003 trotz des im historischen Vergleich sehr niedrigen Zinsniveaus ab, die Kapazitätsauslastung stagnierte auf niedrigem Niveau.

Die verringerte Unsicherheit hat eine Erholung der Aktienkurse unterstützt. Während im ersten Quartal 2003 noch ein Kursrückgang an den internationalen Börsen zu beobachten war, sind seit dem Ende des Irak-Kriegs wieder mehrheitlich steigende Kurse zu verzeichnen. Dieser Trend spiegelt auch eine zunehmend optimistischere Einschätzung der künftigen Unternehmensgewinne wider. Die Verbesserung der Ge-

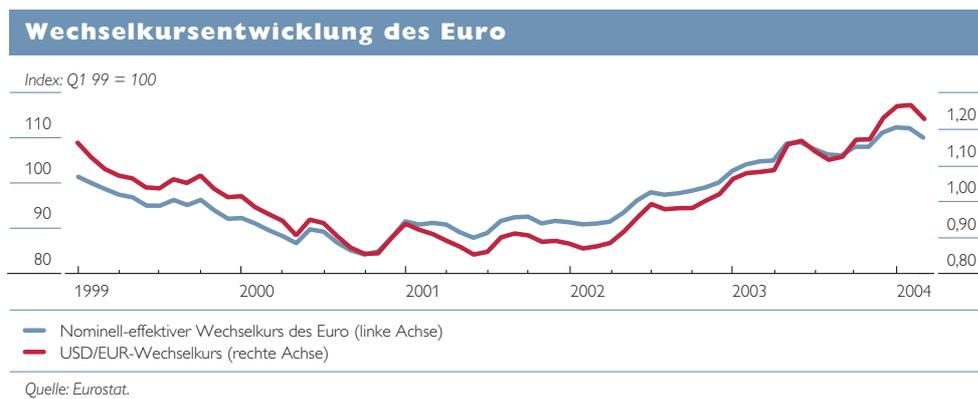
winnaussichten der Unternehmen ist nicht nur auf die günstigere Konjunktur zurückzuführen, sondern auch auf betriebliche Umstrukturierungsmaßnahmen der letzten Jahre.

Anstieg des Euro-Wechselkurses hielt 2003 an

Der Wechselkurs des Euro stieg im Jahr 2003 stark an, wobei die Aufwertung gegenüber dem US-Dollar besonders ausgeprägt war (+20,4%). Der nominell-effektive Wechselkurs des Euro (d. h. der mit Handelsanteilen gewichtete Wechselkurs gegenüber dem Rest der Welt), stieg im selben Zeitraum jedoch nur um 8,3%. Während in der ersten Jahreshälfte die Abwertung des US-Dollar noch mit den Unsicherheiten infolge des Irak-Kriegs sowie der Verschlechterung der budgetären Position der USA begründet wurde, erholte sich der US-Dollar in den Sommermonaten 2003 angesichts der günstigeren Wachstumsaussichten der USA etwas. Auch die langfristigen Zinsen in den USA lagen in diesem Zeitraum zeitweise über jenen im Euroraum. Gegen Jahresende 2003 wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar wieder deutlich auf, wofür Zweifel an der Nachhaltigkeit des Aufschwungs in den USA aufgrund des Zwillingsdefizits bei Budget und Leistungs-

... aber gegen
Ende 2003 kräftige
Impulse durch
Außenhandel

Neuer Höchststand
des Euro



bilanz verantwortlich gemacht werden. Am 17. Februar 2004 verzeichnete der Wechselkurs des US-Dollar gegenüber dem Euro mit 1,29 USD/EUR einen Höchststand seit Beginn der Währungsunion. Der Zugewinn im Außenwert des Euro wirkt dämpfend auf die Exportnachfrage nach

Gütern aus dem Euroraum, aber auch auf die Preisentwicklung im Euroraum. Allerdings betragen die gesamten Exporte des Euroraums im Jahr 2002 nur 15,3% des BIP, von diesen entfielen nur 17% auf die USA.

Auswirkungen der Euro-Aufwertung auf den Euroraum und Österreich

Eine Aufwertung des Euro wirkt sich einerseits durch niedrigere Importpreise dämpfend auf die Inflationsrate aus, andererseits verringert sich aufgrund der verschlechterten preislichen Wettbewerbsfähigkeit die Nachfrage nach Gütern aus dem Euroraum. Die Übertragung von Wechselkursänderungen auf die Preise erfolgt direkt und indirekt. Von direkten Effekten wird gesprochen, wenn importierte Güter, die in dem zur Berechnung des Verbraucherpreisindex herangezogenen Warenkorb enthalten sind, durch die Aufwertung der heimischen Währung billiger werden. Preisreaktionen inländischer Produzenten werden als indirekte Effekte bezeichnet. Diese treten auf, wenn importierte Vorleistungsgüter für die inländische Produktion durch die Aufwertung günstiger werden und diese Kostensenkung an die Konsumenten weitergegeben wird oder wenn die Preise heimischer Güter aufgrund der Konkurrenz der günstigeren Importe ebenfalls gesenkt werden.

Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF)¹ haben ergeben, dass eine 10-prozentige Aufwertung des nominell-effektiven Wechselkurses des Euro gegenüber den zwölf wichtigsten Handelspartnern² auch nach 18 Monaten die Verbraucherpreise im Euroraum lediglich um 0,2% dämpft, obwohl die Importpreise um etwas mehr als die ursprünglichen 10% der Aufwertung zurückgehen.

Eine Studie der OECD³ geht von der Annahme aus, dass der US-Dollar nicht nur gegenüber dem Euro, sondern auch gegenüber allen anderen Währungen um 10% abwertet. Dabei zeigt sich, dass die dämpfenden Effekte auf das BIP im Euroraum bereits nach drei Jahren weitgehend auslaufen, jene auf die Verbraucherpreise hingegen weiter zunehmen.

Eine Simulation mit dem OeNB-Makromodell für Österreich kommt zu dem Ergebnis, dass die nominell-effektive Aufwertung des Euro im Jahr 2003 von 3,3% das österreichische BIP-Wachstum um 0,2 Prozentpunkte verringerte; für das Jahr 2004 beträgt der dämpfende Effekt 0,4 Prozentpunkte. Die Auswirkungen auf die HVPI-Inflationsrate werden für 2003 mit 0,1 Prozentpunkten und für 2004 mit 0,2 Prozentpunkten quantifiziert. Im Vergleich zum Euroraum fallen die Effekte einer Aufwertung auf die Preise in Österreich relativ schwach aus. Wie in den Berechnungen der OECD für den Euroraum nehmen die Effekte auf die Inflation im Zeitverlauf zu. Besonders ausgeprägt werden die Investitionen gedämpft. Die infolge der Aufwertung schwächere Exportnachfrage führt zu einer Verschlechterung der Handelsbilanz über den gesamten Zeitraum der Simulation.

¹ IWF. 2003. Euro Area Policies: Selected Issues. IMF Country Report 03/298. September.

² Dazu zählen die USA, Japan, das Vereinigte Königreich, die Schweiz, Schweden, Dänemark, Norwegen, Kanada, Australien, Hong Kong, Südkorea und Singapur.

³ Dalsgaard, T., C. André und P. Richardson. 2001. Standard Shocks in the OECD Interlink Model. OECD Economics Department Working Paper 306. September.

Auswirkungen der Euro-Aufwertung im Jahr 2003 auf Österreich

	2003	2004	2005	2006
Abweichungen von der Basislösung in %				
Reales BIP	-0,23	-0,42	-0,52	-0,57
Privater Konsum	-0,02	-0,01	-0,03	-0,08
Investitionen	-0,28	-0,70	-1,23	-1,67
HVPI	-0,09	-0,30	-0,52	-0,82
Handelsbilanz	-0,14	-0,21	-0,19	-0,12

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Europäische Budget- und Strukturpolitik vor weiteren Herausforderungen

Budgetdefizit erhöht sich im Euroraum im Jahr 2003 auf 2,7%

Durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) sind die Mitgliedstaaten der EU verpflichtet, mittelfristig ausgeglichene Budgets oder Budgetüberschüsse zu erreichen.

Infolge der schwachen Konjunktur verschlechterte sich die Lage der öffentlichen Finanzen im Euroraum deutlich. Das aggregierte Budgetdefizit aller Staaten ist im Jahr 2003 auf 2,7% des BIP angestiegen (2002: 2,3%). Vielfach war das BIP-Wachstum schwächer ausgefallen als bei der Budgeterstellung angenommen. Geringere Steuereinnahmen und höhere Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung sowie diverse Sozialleistungen waren die Folge. Die Fiskalpolitik war, gemessen an der Veränderung des zyklisch bereinigten Primärsaldos, weitgehend neutral, d. h., im Durchschnitt des Euroraums wirkten uneingeschränkt die automatischen Stabilisatoren. Die gesamtstaatliche Schuldenquote stieg weiter an, die Hälfte der Staaten im Euroraum verzeichnete einen Schuldenstand über dem im EG-Vertrag vereinbarten Referenzwert von 60% des BIP.

In Deutschland und Frankreich führten die Defizitauseinandersetzungen zu einem neuerlichen Überschreiten der Grenze von 3% des BIP: Im Jahr 2003 betrug das Budgetdefizit in Deutschland 3,9% und in Frankreich 4,1%. Italien, Portugal und die Niederlande kamen der Defizitgrenze im Jahr 2003 relativ nahe. Der ECOFIN-Rat entschied in seiner Sitzung vom 25. November 2003, den Empfehlun-

gen der Europäischen Kommission nicht zu folgen, die vorgesehen hatte, Deutschland und Frankreich in Verzug zu setzen und zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen zu fordern. Die beiden Staaten verpflichteten sich im Gegenzug, ihre Budgetdefizite bis 2005 unter 3% zu bringen. Die Europäische Kommission hat im Jänner 2004 beschlossen, die rechtliche Gültigkeit dieser Aussetzung vom Europäischen Gerichtshof prüfen zu lassen. Damit soll Klarheit über die fiskalpolitischen Regeln in der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) hergestellt werden.

Die OeNB unterstreicht, dass die Bestimmungen des SWP zur Gänze respektiert werden sollen und kein Anlass zu einer Änderung des Pakts bestehe. Gesunde Staatshaushalte und ein glaubwürdiges Regelwerk sind ein wesentliches Element für die stabilitätspolitische Absicherung der Währungsunion. Gerade vor dem Hintergrund der absehbaren Belastungen durch die zunehmende Bevölkerungsalterung sollte die Nachhaltigkeit gesunder öffentlicher Haushalte gewährleistet werden. Die EU-Mitgliedstaaten sollten insbesondere auch konjunkturell gute Zeiten dazu nutzen, die Basis für eine dauerhafte Einhaltung der Haushaltsdisziplin zu legen.

Strukturreformen fördern Wachstum langfristig

Beim Europäischen Gipfel in Lissabon wurde im März 2000 das Ziel festgelegt, die EU bis zum Jahr 2010 zur weltweit dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaft zu entwickeln. Die zur Erreichung dieses Ziels formulierte Lissabon-Strategie setzt dabei vor allem auf den Abbau von Regulierungen und die Hebung der Innovationsfähigkeit durch stärkere Förderung von Bil-

Klarheit über
fiskalische Regeln
wesentlich

Stabilitäts- und
Wachstumspakt
teilweise nicht
eingehalten

Erreichen der
Lissabon-Ziele
in einigen Staaten
fraglich

derung und Forschung. Im Jahr 2003 wurden bei der Umsetzung dieser Strategie in den meisten Ländern des Euroraums Fortschritte erzielt. Allerdings wäre zum Erreichen der ambitionierten Ziele von Lissabon ein höheres Reformtempo erforderlich. Der Europäische Rat stellte auf seiner Frühjahrstagung am 25. und 26. März 2004 in Brüssel fest, dass die Umsetzung der Lissabon-Strategie noch verbessert werden müsse. Als wesentliche Faktoren für das volle Ausschöpfen des Wachstumspotenzials in der EU nannte der Europäische Rat eine solide makroökonomische Politik, mehr und bessere Arbeitsplätze sowie mehr Investitionen für Forschung und Entwicklung (F&E), vor allem im Unternehmenssektor. Die bereits vorliegenden konkreten Reformvorschläge sollten zügig implementiert und die Umsetzung der Lissabon-Reformen mit jedem einzelnen Mitgliedstaat verbindlich vereinbart werden. Ferner sind bindende Vereinbarungen und Abkommen mit den Mitgliedstaaten über die einzelnen Reformschritte zu treffen. Um die Akzeptanz der Reformen zu erhöhen, sollte die Bevölkerung aktiv über den Reformprozess informiert werden. In diesem Zusammenhang forderte der Europäische Rat die Mitgliedstaaten auch auf, Reformpartnerschaften mit den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft zu initiieren.

Auf dem Arbeitsmarkt zielten die Reformschritte auf eine Erhöhung des Arbeitsangebots. Zu diesem Zweck wurde in einigen Ländern die Anreizwirkung des Lohnsystems gestärkt, indem etwa Sozialleistungen verringert wurden. Weiters kam es in einigen Ländern zu einer Flexibilisierung der Arbeitsorganisation. Auch in der Wettbewerbspolitik wurden durch die Ausweitung der Befugnisse

unabhängiger Wettbewerbsbehörden Fortschritte erzielt. Die Öffnung von Netzwerkindustrien z. B. auf dem Gas- oder Elektrizitätsmarkt wurde vorangetrieben. Das Erreichen des Ziels, bis zum Jahr 2010 das Volumen der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) auf 3% des BIP zu steigern, wird durch die in einigen Ländern des Euroraums rückläufigen F&E-Aufwendungen nicht erleichtert.

Institutionelle Änderungen im ESZB/Eurosystem

Wechsel an der Spitze der EZB

Mit Jean-Claude Trichet trat der ehemalige Präsident der Banque de France am 1. November 2003 sein Amt als Präsident der EZB an und löste Willem F. Duisenberg ab. Er wurde für eine Amtszeit von acht Jahren ernannt.

Nach einvernehmlicher Ernennung durch die EU-Staats- und Regierungschefs zog Gertrude Tumpel-Gugerell Anfang Juni 2003 in das EZB-Direktorium ein. Die frühere Vize-Gouverneurin der OeNB trat an die Stelle der Finin Sirkka Hämäläinen, die aus dem EZB-Direktorium Ende Mai 2003 turnusmäßig ausschied. In der EZB ist Gertrude Tumpel-Gugerell für die Generaldirektionen Zahlungsverkehrssysteme und Finanzmarktsteuerung verantwortlich; sie wurde ebenfalls für acht Jahre ernannt.

Nach der Unterzeichnung des EU-Beitrittsvertrags auf dem Europäischen Rat in Athen am 16. April 2003 erhielten die Präsidenten und Gouverneure der Zentralbanken der zehn neuen Mitgliedstaaten Beobachterstatus in den Sitzungen des Erweiterten Rats der EZB. Darüber hinaus

Trichet
neuer Präsident
der EZB

Tumpel-Gugerell
neues Mitglied
des EZB-
Direktoriums

konnten Vertreter der zehn neuen Mitgliedstaaten ab diesem Zeitpunkt an den Komiteesitzungen als Beobachter teilnehmen.

Anpassung der Eigenkapitalquoten

Mit 1. Jänner 2004 wurde turnusmäßig der Kapitalzeichnungsschlüssel der EZB an die aktuelle Bevölkerungszahl sowie das BIP angepasst. Dabei ergab sich eine Verringerung des Anteils der OeNB am Kapital der EZB von 2,3594% auf 2,3019%. Durch den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 ist eine weitere Anpassung des Kapitalzeichnungsschlüssels der EZB erforderlich.

Auf dem Weg zu einer europäischen Verfassung

Gemäß dem Mandat des Europäischen Rates von Nizza im Dezember 2000 und der Erklärung von Laeken im Dezember 2001 sollte der Europäische Konvent zur Zukunft Europas den Weg zu einer europäischen Verfassung bereiten. Der Präsident des Europäischen Konvents legte dem Europäischen Rat von Thessaloniki am 19. und 20. Juni 2003 den Entwurf einer Verfassung der Europäischen Union vor.

Die Bestimmungen über die Wirtschafts- und Währungsunion finden sich im Teil III des Verfassungsentwurfs. Die Übernahme der Regelungen betreffend die EZB und das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) aus dem EG-Vertrag in die Verfassung war nicht mit inhaltlichen Änderungen verbunden. Der Auftrag, Status und der rechtliche Rahmen der EZB und des ESZB blieben im Wesentlichen unverändert.

Die Regierungskonferenz 2004 nahm ihre Tätigkeit Mitte Oktober

2003 auf; der vom Konvent erstellte Verfassungsentwurf wurde als gute Ausgangsbasis für den Beginn der Regierungskonferenz angenommen. Die EU-Staats- und Regierungschefs konnten auf dem Europäischen Rat in Brüssel am 12. und 13. Dezember 2003 noch keine Einigung über die künftige Unionsverfassung erzielen. Als strittig erwies sich die Frage der Stimmgewichtung im Europäischen Rat.

Was die Bestimmungen zur WWU betrifft, so hatten die EZB und das ESZB eine Arbeitsgruppe zum EU-Verfassungsvertrag eingerichtet und wurden gemäß Art. 48 Vertrag über die Europäische Union zu institutionellen Änderungen im Währungsbereich gehört. Die offizielle Stellungnahme der EZB erging am 22. September 2003 an die italienische EU-Präsidentschaft. Die EZB schlug vor, einen Hinweis auf nicht inflationäres Wachstum oder Preisstabilität in die Verfassung aufzunehmen, um die bestehende hervorgehobene Stellung stabiler Preise am Anfang des EG-Vertrags als richtungsweisenden Grundsatz für die EU beizubehalten. Des Weiteren schlug die EZB vor, eindeutig klarzustellen, dass die EZB Teil des institutionellen Rahmens der EU ist, auch wenn sie nicht in der Liste der Organe der EU aufgeführt ist. Weiters forderte sie einen Hinweis auf das ESZB und das Eurosystem, da gegenwärtig ausschließlich auf die EZB Bezug genommen wird. Es sei auch anzuerkennen, dass die nationalen Zentralbanken unabhängig sind und weiterhin unabhängig bleiben. Ferner urgierte die EZB, den allgemein anerkannten Begriff Eurosystem in den Verfassungsentwurf aufzunehmen und einen Hinweis auf die Zuständigkeitsbereiche des ESZB hinzuzufügen.

Beitrag des
Eurosystems zum
Verfassungsentwurf

Verfassungsentwurf
beim Europäischen
Rat von Thessaloniki

In Österreich setzt Wirtschaftsaufschwung ein

Inlandsnachfrage trägt beginnenden Konjunkturaufschwung bei Preisstabilität

Die OeNB fungiert als wirtschafts- und finanzpolitisches Kompetenzzentrum sowie als Informationsdrehscheibe zwischen dem Eurosystem und der österreichischen Wirtschaftspolitik. Sie greift geldpolitisch relevante Themen auf, stellt dazu ihre Expertise zur Verfügung und weist auf wirtschaftspolitische Reformforderungen hin. Eine wesentliche Aufgabe besteht auch darin, Wirtschafts- und Inflationsprognosen über Österreich als Beitrag für die Projektionen des Eurosystems für den Euroraum zu erstellen sowie laufend Einschätzungen über die Konjunkturlage und die künftige Preisentwicklung vorzunehmen. Die OeNB verfügt auch über eine große Osteuropa-Expertise (siehe dazu das Kapitel „EU-Erweiterung wird beschlossen“).

Für den Dialog mit der Öffentlichkeit verfügt die OeNB über eine breite Palette von Publikationen. Im Jahr 2004 werden das *Statistische Monatsheft* sowie *Berichte und Studien* (englische Ausgabe *Focus on Austria*) einer umfassenden Reform unterzogen. Das *Statistische Monatsheft* wird ab Mitte 2004 quartalsweise unter dem Titel *Statistiken – Daten und Analysen* erscheinen, *Berichte und Studien* sowie *Focus on Austria* werden von *Geldpolitik & Wirtschaft – Quartalshefte zur Geld- und Wirtschaftspolitik* bzw. von der englischen Ausgabe *Monetary Policy & the Economy – Quarterly Review of Economic Policy* abgelöst.

In der ersten Jahreshälfte 2003 verlangsamte sich der Preisauftrieb deutlich. Zur Jahresmitte waren,

gemessen am HVPI, nur noch Inflationsraten von 1,0% zu beobachten. Erst in den letzten vier Monaten des Jahres 2003 beschleunigte sich der Preisauftrieb wieder leicht. Im Dezember lag die Inflation bei 1,3% und damit genau auf dem Jahresdurchschnitt 2003 (2002: 1,7%). Österreich zählte somit erneut zu den preisstabilsten Ländern des Euroraums. Die in Konsumentenumfragen erhobene, subjektiv wahrgenommene Inflation, die seit der Euro-Bargeldeinführung deutlich höher war als die statistisch gemessene Inflationsrate, ging im Verlauf des Jahres 2003 ebenfalls leicht zurück; die Kluft zur tatsächlichen Inflation blieb jedoch bestehen.¹

Preisanstiege gab es im Jahr 2003 vor allem bei den *Nahrungsmitteln* (einschließlich *alkoholischer Getränke und Tabak*) sowie bei den *Dienstleistungen*. Unterdurchschnittliche Inflationsraten wurden bei *industriellen Gütern* und *Energie* verzeichnet. Die moderate Lohnentwicklung – die Tariflöhne stiegen im Jahresdurchschnitt 2003 um 2,2% – trug wesentlich zur Sicherung der Preisstabilität bei. Zu Jahresbeginn 2004 (Jänner: +1,2%; Februar: +1,5%) sorgten staatliche Maßnahmen, wie die Erhöhung der Energiesteuer oder die Einführung der LKW-Maut, für zusätzlichen Preisauftrieb. Die Energiesteuer wird im Jahr 2004 allein rund 0,2 Prozentpunkte zur Inflationsrate beitragen, die 2004 voraussichtlich etwas höher als im Jahr 2003, aber weiterhin deutlich unter 2% liegen wird.

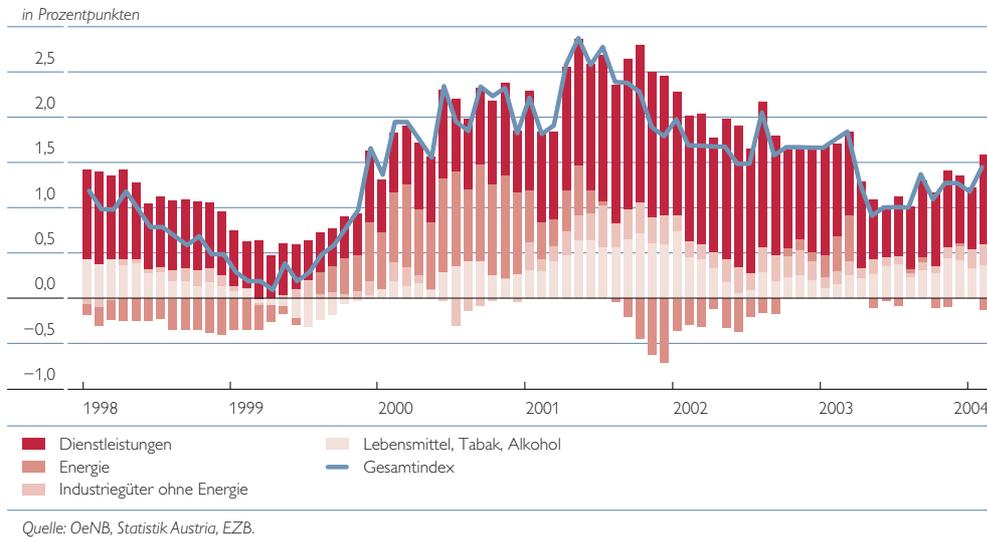
Wie in den beiden Vorjahren verzeichnete Österreich auch im Jahr 2003 ein moderates Wirtschaftswachstum. Nach vorläufigen Berechnungen lag das BIP-Wachstum laut

OeNB als
ökonomisches
Kompetenzzentrum

Inflationsrate
stabil niedrig

¹ Siehe dazu ausführlicher: OeNB. 2003. *Geschäftsbericht 2002*. Seite 40f.

HVPI-Inflationsrate und Beiträge zur Inflation in Österreich



WIFO-Konjunkturprognose bei 0,7%. Es war damit höher als jenes der beiden wichtigsten Handelspartner, Deutschland und Italien, und lag auch über dem Durchschnitt des Euroraums (+0,4%).

Getragen wurde das Wachstum von der Inlandsnachfrage, die trotz getrübler Arbeitsmarktlage und nur geringer Einkommenszuwächse für Wachstumsimpulse sorgte. Stabilisierend wirkte auf den Konsum vor allem die – auch durch die Euro-Aufwertung bedingt – niedrige Inflationsrate, die die Kaufkraft der privaten Haushalte stärkte. Der Einzelhandel, der sich im ersten Halbjahr

2003 noch relativ gut entwickelte, hatte ab Jahresmitte 2003 Umsatzrückgänge zu verzeichnen. Allerdings verbesserte sich das Vertrauen in diesem Sektor gegen Ende des Jahres wieder deutlich und lässt für den weiteren Verlauf im Jahr 2004 Zuversicht aufkommen.

Die Bruttoanlageinvestitionen haben – gestützt auf einen hohen Bedarf an Ersatzinvestitionen und günstigen Finanzierungsbedingungen – nach zwei Jahren mit negativen Wachstumsraten wieder zugenommen. Die Wirtschaftspolitik hat durch die Investitionszuwachsprämie und durch höhere Infrastrukturausgaben Im-

Wirtschaftswachstum
über dem
Durchschnitt
des Euroraums

Reales BIP und Verwendung für Österreich

	2001			2002		2003			
	Veränderung zum Vorjahr in %			Veränderung zum Vorquartal in % (saisonbereinigt)		Veränderung zum Vorquartal in % (saisonbereinigt)			
	2001	2002	2003	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Reales BIP	+0,8	+1,4	+0,7	-0,4	+0,3	+0,5	+0,0	+0,1	+0,1
Beitrag zum BIP-Wachstum in Prozentpunkten									
Privater Konsum	+0,77	+0,45	+0,71	+0,40	+0,69	+0,04	+0,25	-0,18	-0,08
Öffentlicher Konsum	-0,26	+0,01	+0,13	+0,02	+0,13	+0,00	+0,01	+0,02	+0,05
Bruttoinvestitionen	-0,62	-0,79	+1,04	-0,29	-0,45	+1,47	+0,06	+0,01	-0,02
Nettoexporte	+0,90	+1,36	-1,02	-1,09	+0,77	-1,13	-0,71	+1,15	+0,29
Statistische Differenz	-0,05	+0,33	-0,11	+0,61	-0,89	+0,13	+0,41	-0,85	-0,15

Quelle: OeNB, Statistik Austria (Jahreswerte), WIFO (Quartalswerte).

pulse gesetzt und auch die Erholung der Bauwirtschaft begünstigt.

Die Exporte, die sich in der ersten Jahreshälfte 2003 noch sehr verhalten entwickelten, erholten sich trotz der Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Zuge der Euro-Aufwertung zusehends. Im Jahr 2003 konnte insgesamt aber

nur ein bescheidener Zuwachs der realen Exporte von Gütern und Dienstleistungen um knapp 1% erreicht werden. Die Importe wuchsen als Folge der sich belebenden Inlandskonjunktur mit +3,0% stärker als die Exporte, wodurch der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum negativ war.

Der neue OeNB-Konjunkturindikator

Die OeNB veröffentlicht seit dem ersten Quartal 2003 den neuen OeNB-Konjunkturindikator. Damit soll ein Ausblick auf die kurzfristigen Wachstumsaussichten der österreichischen Wirtschaft in Form einer Prognose des realen BIP bereitgestellt werden. Da die vorläufigen Ergebnisse der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erst drei Monate nach Ablauf eines Quartals veröffentlicht werden, muss zusätzlich zum kommenden auch das laufende Quartal prognostiziert werden. Die Ergebnisse sollen Entscheidungsträgern in Wirtschaft, Politik und öffentlicher Verwaltung einen Anhaltspunkt zur Einschätzung des unmittelbaren Konjunkturverlaufs liefern. Der OeNB-Konjunkturindikator basiert auf den Ergebnissen zweier sich ergänzender ökonomischer Modelle: einem Zustandsraummodell und einem dynamischen Faktormodell.

Das Zustandsraummodell der OeNB verwendet Monatsindikatoren, um eine unbeobachtbare BIP-Monatsreihe zu schätzen, die dann anschließend auf Quartale aggregiert wird. In diesem Modell werden derzeit – neben einem autoregressiven Teil – vier ausgewählte Monatsindikatoren (ifo Geschäftsklima-Index, Kreditvolumen, Anzahl der offenen Stellen, effektiver Wechselkurs) als exogene Variable miteinbezogen. Der ifo Geschäftsklima-Index für Deutschland stellt eine gute Näherungsgröße für das Vertrauen in Österreich dar und spiegelt zusätzlich die Lage auf dem wichtigsten österreichischen Exportmarkt wider. Das Wachstum der Kredite an inländische Nichtbanken erfasst die Finanzierungs- und Kreditvergabebedingungen des Bankensektors. Die Anzahl der offenen Stellen ist ein zuverlässiger Indikator für die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und lässt damit Rückschlüsse auf die Einkommensentwicklung und den privaten Konsum zu. Schließlich spielt die Entwicklung der internationalen preislichen Wettbewerbsfähigkeit, gemessen mittels effektivem Wechselkurs, eine zentrale Rolle in einer kleinen offenen Volkswirtschaft wie Österreich.

Reales BIP von 2002 bis 2003 und

Prognose für das erste und zweite Quartal 2004 (saisonbereinigt)

2002		2003				2004			
Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2
Veränderung zum Vorjahresquartal in %									
+0,5	+2,0	+1,3	+1,5	+1,4	+0,4	+0,9	+0,8	+0,6	+1,0
Veränderung zum Vorquartal in %									
+0,6	+1,0	-0,4	+0,3	+0,5	+0,0	+0,1	+0,1	+0,4	+0,4
Veränderung zum Vorjahr in %									
	+1,3	(+1,4) [†]			+0,9	(+0,7) [†]			

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria
† Wert laut nicht saisonbereinigter Daten

Faktormodelle stellen eine Methode dar, um sehr große Datenmengen verarbeiten zu können. Dabei werden die Daten zu einigen wenigen Faktoren verdichtet. Die Idee, die der Anwendung von Faktormodellen zugrunde liegt, ist jene, dass sich die wesentlichen Merkmale des Konjunkturzyklus durch einige wenige Faktoren beschreiben lassen. Das verwendete Datenset besteht aus 143 Variablen aus den Bereichen VGR, WIFO-Quartalskonjunkturtest, Monatliche Umfragedaten, Preise, Außenhandel, Arbeitsmarkt und Finanzvariablen. Da die kurzfristige Wirtschaftsentwicklung immer wieder von Faktoren beeinflusst wird, die von ökonomischen Modellen aufgrund ihrer Konstruktion nicht erfasst werden können (Strukturbrüche, institutionelle Faktoren), fließt zusätzlich Expertenmeinung in das Ergebnis ein.

Im Rahmen der aktuellsten Veröffentlichung des OeNB-Konjunkturindikators (Anfang April 2004) wurde ein Wachstum des realen BIP von jeweils 0,4% im ersten und im zweiten Quartal 2004 (saisonbereinigt, jeweils im Vergleich zum Vorquartal) prognostiziert. Gegenüber den entsprechenden Vorjahresquartalen impliziert dies ein Wachstum von 0,6% bzw. 1,0%.

Der Anstieg der Beschäftigung laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger lag 2003 in Österreich bei 0,9%. Die Aktivbeschäftigung, d. h. die um die Effekte des Karenz- und Kindergelds, des Präsenzdienstes und der Schulungsmaßnahmen des Arbeitsmarktservice Österreich korrigierte Zahl der Beschäftigten, stieg um 0,3%. Nach einer Erholung zu Beginn der zweiten Jahreshälfte verringerte sich das Wachstum der Aktivbeschäftigten im Dezember 2003 im Vergleich zum Vorjahresmonat wieder und war im Jänner 2004 negativ. Aufgrund der für eine Phase geringen Wirtschaftswachstums starken Zunahme des Arbeitskräfteangebots reichte der Beschäftigungsanstieg 2003 nicht aus, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Die Arbeitslosenquote laut

EU-Definition lag mit 4,4% knapp höher als 2002.

Leichtes Minus in der Leistungsbilanz

Österreichs Leistungsbilanz schloss im Jahr 2003 mit einem Defizit von 2 Mrd EUR, das sind 0,9% des BIP. In der Definition der OeNB bewegt sie sich damit im „ausgeglichenen“ Bereich von $\pm 1\%$ des BIP.

Ausschlaggebend für die Drehung ins Minus war die Güterbilanz, deren Überschuss um 2 Mrd EUR auf 1,7 Mrd EUR sank. Mit +1,0% haben die Exporte das geringste Wachstum seit dem Jahr 1995 gezeigt. Die Konjunkturschwäche in Deutschland und der Wertgewinn des Euro gegenüber dem US-Dollar hatten die Exporte erschwert. Andererseits löste die Erwartung einer

Steigende Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Leistungsbilanzdefizit beträgt 2003 rund 2 Mrd EUR

Arbeitsmarkt in Österreich

	2002	2003	2003				2004	
			Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jän.	Feb.
in %								
Arbeitslosenquote								
EU-Definition	4,3	4,4	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,4
Nationale Definition	6,9	7,0	6,1	6,5	7,2	8,7	9,1	8,8
Veränderung zum Vorjahr in %								
Unselbstständig Beschäftigte	+0,2	+0,9	+1,0	+0,9	+0,9	+0,5	+0,1	+0,1
Arbeitslose	+14,0	+3,3	+4,4	+4,7	+4,7	+5,0	+2,9	+2,5
Offene Stellen	-21,8	-6,4	-5,9	-7,8	-7,9	-13,0	-7,2	+2,7

Quelle: Eurostat, Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO.

Aktive
Direktinvestitionen
auf Rekordniveau

anspringenden Konjunktur in Österreich eine verstärkte Nachfrage nach Ausrüstungsgütern aus, was sich in einem Importwachstum von 3,9% niederschlug.

Die Bilanz der Dienstleistungen schloss mit einem leicht verbesserten Ergebnis von 820 Mio EUR. Entgegen dem weltweiten Trend im Tourismus war die Zahl der Ankünfte von Ausländern in Österreich um 2,5% gestiegen, und die Reiseverkehrseinnahmen erreichten mit 12,3 Mrd EUR ein Plus von 3,1%. Angesichts von Reiseverkehrausgaben von 10,2 Mrd EUR ergab sich eine nahezu unveränderte Reiseverkehrsbilanz.

Der bedeutendste Kapitalabfluss in der österreichischen Leistungsbilanz war erneut mit -2,5 Mrd EUR in der Einkommensbilanz zu verzeichnen. Entscheidenden Einfluss für die Entwicklung im Jahr 2003 hatten vor allem geringere Nettoeinkünfte des Bankensystems im Auslandsgeschäft als Folge des allgemeinen Rückgangs des Zinsniveaus und der sukzessiven Abwertung des US-Dollar.

Die Bilanz der Laufenden Transfers zeigt im Jahr 2003 ein leicht

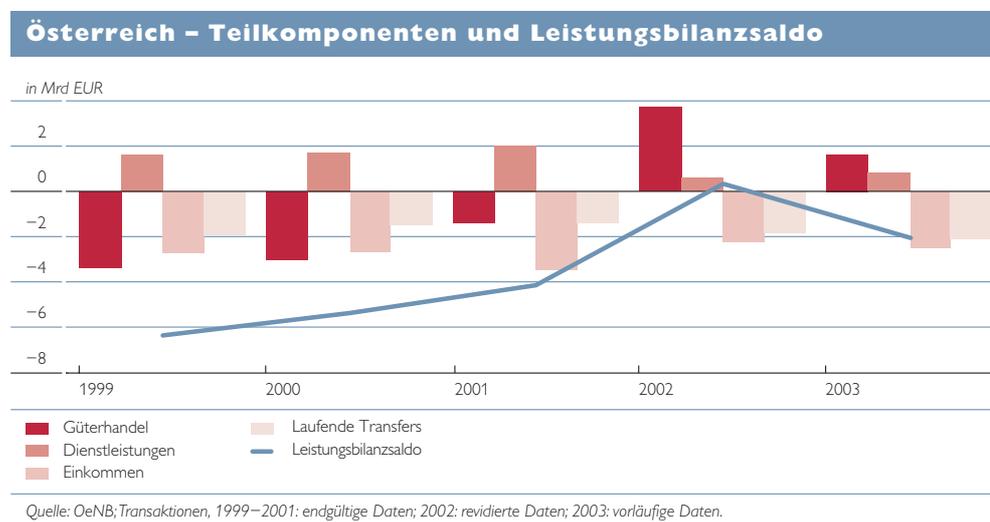
erhöhtes Defizit von 2,1 Mrd EUR, vor allem als Folge geringerer Transfereingänge des Staats.

Die Kapitalbilanz drehte von einem Kapitalexport in Höhe von 3,4 Mrd EUR im Jahr 2002 zu einem annähernd ebenso hohen Kapitalimport im Jahr 2003 (3,1 Mrd EUR).

Die Direktinvestitionen im Ausland übertrafen mit 6,3 Mrd EUR den bisherigen Rekordwert aus dem Jahr 2000 knapp. Auch die Direktinvestitionen des Auslands in Österreich haben sich nach dem Einbruch im Jahr 2002 mit 6,1 Mrd EUR deutlich erholt.

Die Bilanz der Portfolioinvestitionen schloss im Jahr 2003 mit einem Kapitalimport von 5 Mrd EUR. Nach wie vor bestimmten die Kapitalmarktpapiere das Bild: Aktivseitig flossen unter diesem Titel 17,2 Mrd EUR ab, passivseitig belief sich der Kapitalimport auf 18,1 Mrd EUR. Der grenzüberschreitende Handel in Anteilsscheinen zeigte im Jahr 2003 in beiden Richtungen geringere Nettoinvestitionen als 2002.

Bei den Sonstigen Investitionen, das sind vor allem Kredite und Einlagen, kam es 2003 im Gegensatz zum Vorjahr zu einem Nettokapital-



abfluss von 2,8 Mrd EUR. Maßgeblich für diesen Bereich des internationalen Kapitalverkehrs ist die Entwicklung des Auslandsgeschäfts der österreichischen Banken. Diese hatten im Jahr 2003 ihre Kreditlinien gegenüber ausländischen Schuldern von 2½ auf 11 Mrd EUR erhöht. Auch Forderungen und Verpflichtungen im Zwischenbankenverkehr, die ein Jahr zuvor aufgelöst worden waren, sind im Jahr 2003 erneut aufgebaut worden.

Der Bestand der offiziellen österreichischen Währungsreserven reduzierte sich im Jahr 2003 transaktionsbedingt um 1,8 Mrd EUR.

Gedämpftes Finanzierungsvolumen trotz niedriger Zinssätze – Finanzvermögen der privaten Haushalte erreicht neuen Höchststand

Kundenzinssätze der Banken in Österreich

Seit Jänner 2003 erhebt die OeNB wie alle nationalen Zentralbanken des Euroraums auf Basis einer Verordnung der EZB² Daten für eine neue harmonisierte Zinssatzstatistik. Gegenstand dieser Statistik sind die von Banken im Kundengeschäft mit privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen angewandten Zinssätze für Einlagen und Kredite. Damit verfügen die EZB und die nationalen Zentralbanken des Euroraums über eine methodisch konsistente Datenbasis über Kundenzinssätze.

Methodik der neuen, im Euroraum harmonisierten

Zinssatzstatistik für Österreich

Für Österreich werden die Daten der neuen Zinssatzstatistik derzeit auf Basis einer Stichprobe von 88 Kreditinstituten erhoben. Diese melden monatlich 53 kapitalgewichtete Durchschnittszinssätze (49 davon betreffen Geschäfte in Euro), die jeweils über alle Geschäfte in den einzelnen Kategorien zu ermitteln sind. 39 Zinssätze beziehen sich auf das im entsprechenden Monat abgeschlossene Neugeschäft, 14 Zinssätze auf den Gesamtbestand. Für das Neugeschäft sind zusätzlich auch die Volumina zu melden. Unter Neugeschäft fallen nicht nur neu abgeschlossene Geschäfte, sondern auch mit den Kunden neu ausverhandelte Bestandteile bestehender Verträge (z. B. Prolongationen, Zinssatzänderungen etc.). Der erhobene Zinssatz ist der annualisierte vereinbarte Jahreszinssatz. Dieser wird definiert als der individuell zwischen einer Bank und dem Kunden vereinbarte, auf Jahresbasis umgerechnete und in Prozent pro Jahr angegebene Zinssatz für eine Einlage oder einen Kredit. Er berücksichtigt nur etwaige unterjährige Zinskaptalisierungen, aber keine sonstigen Kosten (Gebühren, Provisionen). Neben dem annualisierten vereinbarten Jahreszinssatz wird für Konsum- und Wohnbaukredite beim Neugeschäft auch der effektive Jahreszinssatz erhoben: Dieser spiegelt die Gesamtkosten aus Sicht eines Verbrauchers wider (und enthält somit auch alle Nebenkosten wie Provisionen, Gebühren etc.).

² Verordnung (EG) Nr. 63/2002 der Europäischen Zentralbank vom 20. Dezember 2001 über die Statistik über die von monetären Finanzinstituten angewandten Zinssätze für Einlagen und Kredite gegenüber privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (EZB/2001/18).

**Leitzinsänderungen
werden von Banken
weitergegeben**

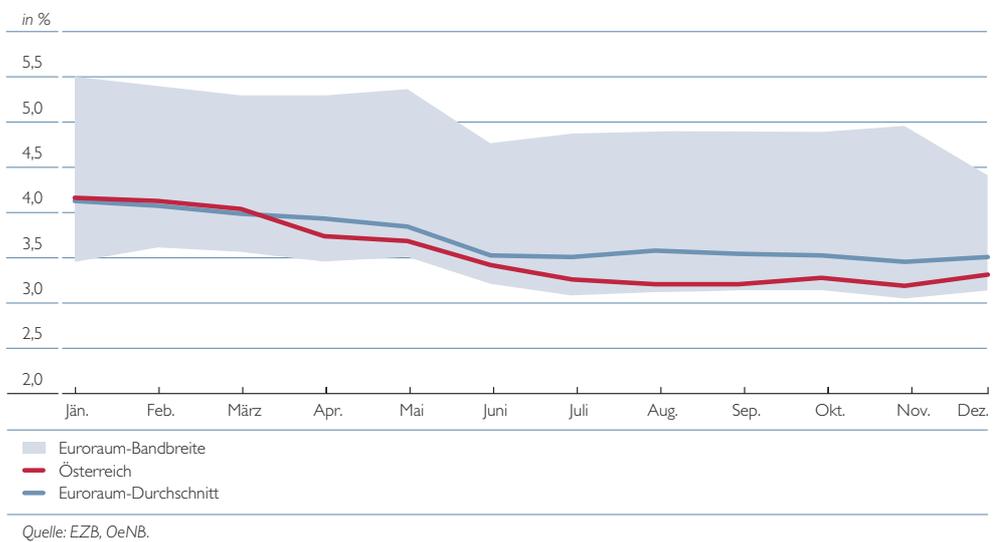
Anhand der ersten Daten der neuen Zinssatzstatistik für Österreich ist festzustellen, dass die Entwicklung der Kundenzinssätze für Einlagen und Kredite des Neugeschäfts der österreichischen Banken im Verlauf des Jahres 2003 weitgehend parallel zur Entwicklung der Leitzinssätze der EZB verlief.

Der Rückgang des durchschnittlichen Mindestbietungssatzes (Zinstender) für Hauptrefinanzierungsgeschäfte zwischen Jänner und Dezember 2003 (um 0,81 Prozentpunkte auf 2,01%) wurde im Kreditbereich an die Kunden weitergegeben. Über alle Laufzeiten gesehen, reduzierte sich der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz der Kredite in Euro um 0,87 Prozentpunkte (auf 3,49%). Dabei profitierten die großen nichtfinanziellen Unternehmen insbesondere von diesen Zinssatzsenkungen. Der Durchschnittszinssatz für Kredite mit einem Volumen von über 1 Mio EUR sank zwischen Jänner und Dezember 2003 um durchschnittlich 0,89 Prozentpunkte auf 3,09%. Weniger aus-

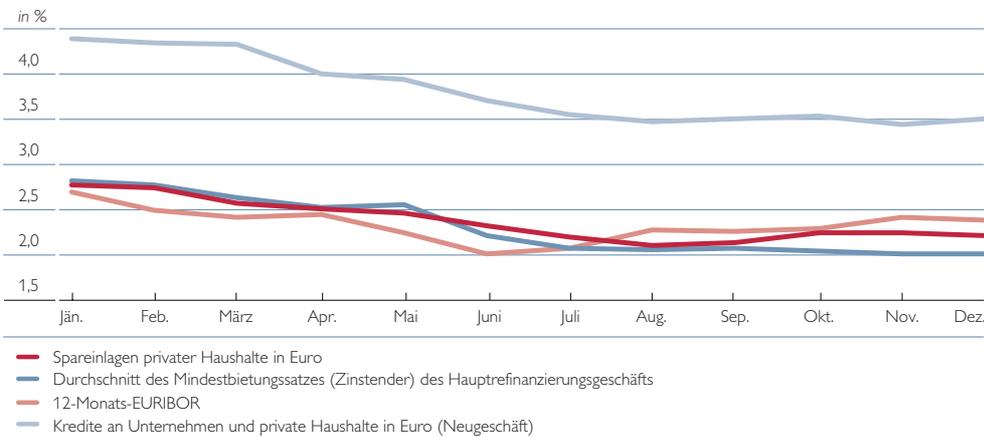
geprägt waren die fallenden Zinsen bei Unternehmen, die Kredite bis 1 Mio EUR aufnahmen (der Zinssatz sank in dieser Kategorie lediglich um 0,60 Prozentpunkte auf 3,97%), und bei privaten Haushalten (bei Wohnbau- und Konsumkrediten betrug der Rückgang des Durchschnittszinssatzes jeweils 0,69 Prozentpunkte). Für Wohnbaukredite wurde im Dezember 2003 ein Durchschnittszinssatz von 4,27% (effektiv 4,55%) verrechnet, für Konsumkredite 5,16% (effektiv 5,92%).

Die Attraktivität des Fremdwährungskredits nahm im Lauf des Jahres 2003 insofern ab, als der Zinsvorteil gegenüber dem durchschnittlichen Euro-Kredit kontinuierlich sank. Während der Durchschnittszinssatz für Kredite in Euro mit 4,36% im Jänner 2003 noch 3,16 Prozentpunkte über dem Zinssatz für Kredite in japanischen Yen bzw. 2,34 Prozentpunkte über jenem für Kredite in Schweizer Franken lag, betrug der durchschnittliche Zinsvorteil für Kredite in japanischen Yen im Dezember 2003 nur noch 2,28 Prozent-

**Zinssätze von Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen
im Jahr 2003 (Neugeschäft)**



Kundenzinssätze in Österreich im Vergleich zum Geldmarkt- und EZB-Leitzinssatz im Jahr 2003



Quelle: EZB, OeNB.

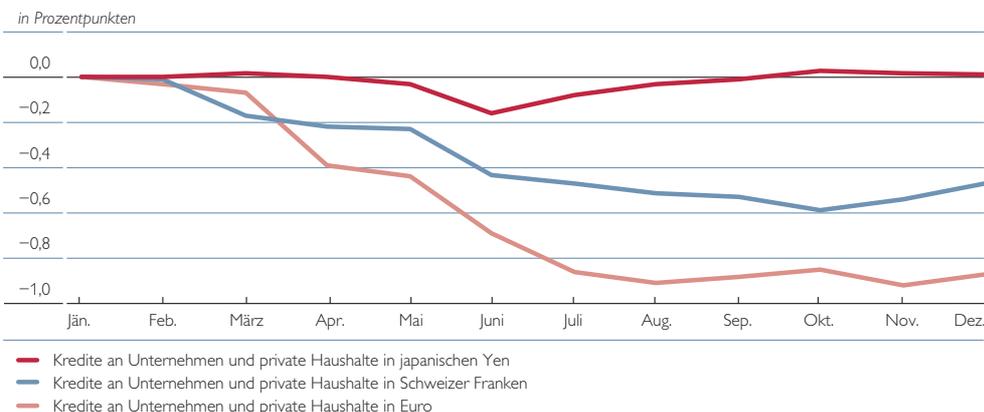
punkte und jener für Kredite in Schweizer Franken 1,94 Prozentpunkte. Verglichen mit den Werten des Euroraums lagen die Einlagenzinssätze in Österreich aufgrund der hohen Bedeutung der vergleichsweise attraktiv verzinsten Spareinlagen etwas über dem Durchschnitt des Euroraums.

Bei Einlagen fielen die Rückgänge der Zinssätze wettbewerbsbedingt etwas geringer als bei Krediten aus. Der entsprechende Durchschnittszinssatz für alle Produkte fiel zwischen Jänner und Dezember 2003

um 0,58 Prozentpunkte auf 2,07%, wobei der Rückgang bei Einlagen von nichtfinanziellen Unternehmen (um 0,60 Prozentpunkte auf 2,04%) und Spareinlagen von privaten Haushalten (um 0,55 Prozentpunkte auf 2,22%) sehr ähnlich ausfiel.

Sowohl die Einlagen- als auch die Kreditzinssätze gingen im ersten Halbjahr 2003 zurück, während sie sich im zweiten Halbjahr 2003 kaum veränderten bzw. parallel zu den Zinssätzen im Interbankenbereich sogar leicht anstiegen.

Kumulative Veränderungen bei Zinssätzen von Krediten in Fremdwährung und Euro in Österreich im Jahr 2003



Quelle: EZB, OeNB.

Geldvermögens-
bildung im Jahr 2003
14 Mrd EUR

Finanzierungslücke
bei den nicht-
finanziellen Kapital-
gesellschaften

Steigende finanzielle Vermögen der privaten Haushalte in Österreich

Der finanzielle Vermögensaufbau³ (Geldvermögensbildung) der privaten Haushalte erreichte laut Gesamtwirtschaftlicher Finanzierungsrechnung (GFR) der OeNB im Jahr 2003 insgesamt 14 Mrd EUR. Damit wuchsen die Finanzanlagen um 4,9% seit Jahresbeginn 2003. Der Marktwert der finanziellen Vermögenswerte der privaten Haushalte betrug zum Jahresultimo 2003 303,9 Mrd EUR.

Ungeachtet der steigenden Aktienkurse im Jahr 2003 behielten die privaten Anleger ihr Veranlagungsmuster bei. Die Erhöhung der Einlagen und des gehaltenen Bargelds hatte im Jahr 2003 einen Anteil von 58% an der Geldvermögensbildung, während auf Wertpapiere nur rund 7% entfielen.

Weiterhin sehr lebhaft war das Interesse der privaten Haushalte an Finanzprodukten der Vertragsversicherungsunternehmen und Pensionskassen, was durch das im Jahr 2003 neu angebotene Finanzprodukt „Zukunftsvorsorge“ verstärkt wurde. Im Jahr 2003 stiegen die Ansprüche um 3,1 Mrd EUR und damit gleich hoch wie im Jahr 2002. Die Sparte der Lebensversicherungen verzeichnete dabei im Jahr 2003 Zuwächse in Höhe von 2,2 Mrd EUR.

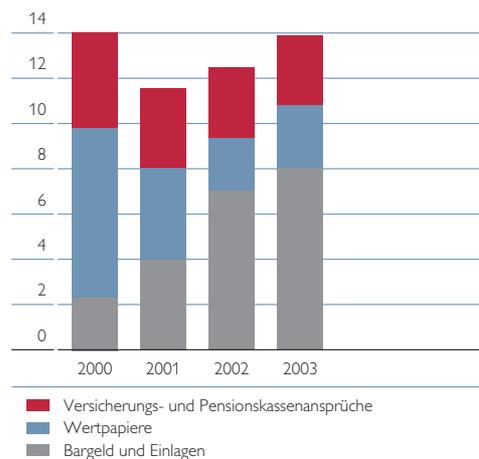
Die Kreditaufnahmen der privaten Haushalte erreichten wie im Jahr 2002 auch 2003 rund 4,3 Mrd EUR. Die Verschuldung stieg damit im Jahr 2003 um 4,8% gegenüber dem Jah-

resendstand von 2002. Zum aktuellen Stichtag am Ende Jahres 2003 betrug die Verschuldung 91,7 Mrd EUR.

Die Unternehmen weiteten ihre finanziellen Verpflichtungen (transaktionsbedingt) im Verlauf des Jahres 2003 aus. Die Finanzierung im Jahr 2003 erreichte einen Wert von 18,2 Mrd EUR (+6,8% gegenüber dem Jahresendstand 2002). Zum Jahresultimo 2003 betrug der Marktwert der Verpflichtungen 289,5 Mrd EUR.

Veranlagungsstruktur der privaten Haushalte

Transaktionen in Mrd EUR



Quelle: OeNB, Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung.

³ In der Analyse werden die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Gewerkschaften, politische Parteien, Kirchen und private Stiftungen) auf Basis einer Konvention in den EU-Mitgliedstaaten derzeit zu dem aggregierten Sektor Private Haushalte einschließlich Privater Organisationen ohne Erwerbszweck gezählt. Aussagen zu Finanzdaten der privaten Haushalte beziehen daher immer auch die Ergebnisse für die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit ein.

Redaktionsschluss für alle Daten aus der GFR ist der 31. März 2004.

Fiskalische Konvergenzkriterien

	2002	2003	2004		2005	2006	2007
	Erfolg	Erfolg	Budgetäre Notifi- kation ¹	Stabilitätspro- gramm ²	Stabilitätsprogramm ²		
	in % des BIP						
Einnahmen ³	51,1	49,9	..	50,0	48,5	48,3	48,0
Ausgaben ³	51,3	51,2	..	50,7	50,0	49,4	48,4
Budgetsaldo	-0,2	-1,3	-1,1	-0,7	-1,5	-1,1	-0,4
Zinsaufwand	3,4	3,1	3,1	3,5	3,4	3,3	3,2
Primärsaldo	3,1	1,9	2,0	2,8	1,9	2,2	2,8
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	-0,2	-1,0	..	-0,4	-1,3	-1,1	-0,5
Staatsschulud	66,6	65,0	64,5	65,8	64,1	62,3	59,9
Abgabenquote ⁴	44,3	43,3	..	43,4	42,3	42,1	41,9

Quelle: BMF, Statistik Austria.

¹ Vom 27. Februar 2004.

² Vom 18. November 2003.

³ Swaps in Nettodarstellung.

⁴ Direkte Steuern, indirekte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge ohne imputierte Beiträge und Erbschaftsteuer.

Vom Verpflichtungsaufbau im Jahr 2003 entfiel mehr als ein Drittel auf die Eigenkapitalfinanzierung, wobei mit rund 4,4 Mrd EUR der größte Anteil aus grenzüberschreitenden Beteiligungen (Direktinvestitionen) stammte. Die Wertpapieremissionen hatten ebenso wie die Kreditfinanzierungen jeweils einen Anteil von rund einem Viertel am gesamten Verpflichtungsaufbau.

Gleichzeitig erhöhten die Unternehmen ihre finanziellen Aktiva im Ausmaß von 10,2 Mrd EUR im Jahr 2003, wodurch für den gesamten Sektor netto ein Finanzierungsbedarf von 8 Mrd EUR entstand.

Der private Sektor (private Haushalte einschließlich der Unternehmen) hatte im Jahr 2003 einen positiven Finanzierungssaldo in Höhe von 1,7 Mrd EUR, dem ein Finanzierungsdefizit des Staates⁴ von 3,0 Mrd EUR gegenüberstand. Die so berechnete Finanzierungslücke wurde zum

überwiegenden Teil vom Ausland abgedeckt.

Budgetdefizit Österreichs niedriger als der Durchschnitt des Euroraums

Nach einem nahezu ausgeglichenen Budget für den gesamten öffentlichen Sektor in den Jahren 2001 und 2002 wurde 2003⁵ unter Berücksichtigung des Nettoeffekts von Währungsswaps ein Abgang von 1,3% des BIP erreicht. Die Verschlechterung gegenüber dem Jahr 2002 um 1,1 Prozentpunkte war einerseits konjunkturell bedingt, andererseits aber abgesehen von den budgetären Belastungen durch die Hochwasserkatastrophe (im Jahr 2002) und den Auswirkungen der Konjunkturprogramme auf strukturelle Maßnahmen im Bereich der Familienförderung und Alterszeit zurückzuführen. Insgesamt sank im Jahr 2003 die Ausgabenquote

Vorläufiges

Budgetdefizit 2003:
1,3% des BIP

Finanzierungsüberschuss im privaten Sektor, Defizit beim Staat

⁴ Abweichend vom Finanzierungssaldo laut budgetärer Notifikation sind im Finanzierungssaldo laut ESVG 95 Interest Rate Swaps als finanzielle Transaktion darzustellen und verändern daher den Finanzierungssaldo nicht.

⁵ Laut budgetärer Notifikation vom 27. Februar 2004: 1,1% des BIP.

um 0,1 Prozentpunkte des BIP im Vergleich zum Vorjahr. Der Anteil der Einnahmen am BIP ging gegenüber 2002 um 1,2 Prozentpunkte zurück. Konjunkturbedingt bzw. aufgrund der im Zuge der Hochwasserhilfe und der verabschiedeten Konjunkturprogramme gewährten Steuererleichterungen verringerte sich im Jahr 2003 die Abgabenquote im Vorjahresvergleich um 1,0 Prozentpunkte auf 43,3% des BIP.

Laut Bundesministerium für Finanzen (BMF) betrug das Volumen der Budgetkonsolidierung (hauptsächlich Pensionsreform 2000 und Verwaltungsreform inklusive Personalreduktion) im Jahr 2003 2,6 Mrd EUR bzw. 1,2% des BIP. Im Zeitraum von 2000 bis 2003 wurde gemäß BMF ein Konsolidierungsvolumen von insgesamt 6,4 Mrd EUR bzw. 2,9% des BIP umgesetzt. Davon entfallen u. a. auf die Verwaltungsreform einschließlich Kürzung des Personalaufwands 2,5 Mrd EUR, auf Reformmaßnahmen im Pensionsversicherungsbereich 2,7 Mrd EUR und auf die Kürzung der Ermessensausgaben 1,0 Mrd EUR.

Gemäß dem jüngsten Update des österreichischen Stabilitätsprogramms vom 18. November 2003 bewirkt die Steuerreform temporär steigende Defizitquoten (2004: 0,7%,⁶ 2005: 1,5%, 2006: 1,1%). Für das Jahr 2007 wird bei einem unterstellten Wirtschaftswachstum von 2,5% p. a. wieder ein Absinken dieser Quote auf 0,4% des BIP erwartet. Die defiziterhöhenden Auswirkungen der Steuerreform werden durch die Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge und durch die ab dem Jahr 2004 erwartete konjunkturelle Erholung gemildert. Die Implementierung der Steuerreform

ohne ausreichende ausgabenseitige Bedeckung bewirkt ein vorübergehendes Abgehen vom Ziel des Stabilitäts- und Wachstumspakts eines nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Budgetsaldos. Die Einhaltung der Defizitobergrenze von 3% des BIP gemäß dem Vertrag von Maastricht ist nicht gefährdet.

Die im Jahr 2003 beschlossene erste Etappe der Steuerreform (Nettovolumen rund 500 Mio EUR bzw. 0,2% des BIP) soll vor allem ab dem Jahr 2004 eine Entlastung im Bereich unterer Einkommen, eine Förderung der Eigenkapitalbildung von Unternehmen (Personengesellschaften bzw. freiberuflich Tätigen), eine Verstärkung der ökologischen Komponenten des Steuersystems (Anhebung der Energie- bzw. Mineralölsteuer) und eine Entlastung im Bereich der Lohnnebenkosten bewirken.

Die vorgesehene zweite Etappe der Steuerreform (Nettovolumen rund 2,5 Mrd EUR bzw. 1,1% des BIP), die zum größten Teil 2005 in Kraft treten soll, enthält neben einer Tarifreform der Einkommensteuer vor allem eine deutliche Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 34% auf 25% und die Einführung einer Gruppenbesteuerung. Daneben wurden u. a. mit Wirksamkeit 1. Jänner 2004 die Kinderzuschläge (zum Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrag) und die Pendlerpauschale erhöht sowie die Zuverdienstgrenzen zum Alleinverdienerabsetzbetrag ausgeweitet. Neben den verteilungspolitischen Aspekten erwartet man sich von den Erleichterungen für den Unternehmensbereich mittelfristig eine Erhöhung der Standortattraktivität bzw. Wachstums-

Österreich wird trotz
Steuerreform
3-Prozent-
Defizitgrenze
weiter einhalten

Steuerreform erhöht
Defizit
vorübergehend

⁶ Laut budgetärer Notifikation vom 27. Februar 2004: 1,1% des BIP.

impulse. Das volle Ausmaß der budgetären Effekte der Steuerreform ist erst im Jahr 2006 zu erwarten; in diesem Jahr beläuft sich die dadurch verursachte Einnahmenreduktion gegenüber einer Situation ohne Reform auf 1,3% des BIP.

Die Schuldenquote lag in Österreich⁷ im Jahr 2003 bei 65,0% des BIP (2002: 66,6%). In den kommenden Jahren bleibt der fallende Trend der Schuldenquote erhalten, was durch die Tilgung von Rechtsträgerschulden verstärkt wird.⁸ Ende 2007 wird mit 59,9% des BIP ein Wert knapp unter der 60-Prozent-Grenze erwartet.

Wesentliche Struktur-reformen lanciert

Ziel der Bundesregierung ist es, Österreich durch Strukturreformen bis zum Jahr 2010 unter die besten drei Wirtschafts- und Arbeitsstandorte der erweiterten EU zu bringen. Im Jahr 2003 wurde dazu eine Reihe von Maßnahmen gesetzt.

Die Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung wurde errichtet. Sie wird aus den Mitteln der OeNB und des ERP-Fonds gespeist (siehe auch das Kapitel „Effiziente, kundenorientierte Unternehmensführung“). Die Forschungsförderung wird dadurch verstetigt, Forschungsprojekte können nunmehr längerfristig geplant werden. Der Forschungsfreibetrag für Ausgaben laut Frascati Manual wurde von 15% auf 25%, die alternativ gewährte Forschungsprämie

von 5% auf 8% erhöht. Der Forschungsfreibetrag von 35% für volkswirtschaftlich wertvolle Erfindungen bleibt unverändert. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Quote für Forschung und Entwicklung bis 2005 auf 2,5% des BIP zu heben (2003: 1,96%).

Von den im Regierungsprogramm angeführten Maßnahmen (vor allem Pensions- und Gesundheitsreform, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Umstrukturierung der Österreichischen Bundesbahnen – ÖBB, Verwaltungsreform) wurden im Jahr 2003 die Pensionsreform, die teilweise auch Maßnahmen mit arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen enthält, die Harmonisierung der Krankenversicherungsbeiträge (KV-Beiträge) der Arbeiter und Angestellten, eine Anhebung der KV-Beiträge für Pensionisten, eine Erhöhung der allgemeinen KV-Beiträge zur Deckung von Leistungen infolge von Freizeitunfällen sowie die Umstrukturierung der ÖBB beschlossen.

Die Privatisierung von Unternehmen mit staatlicher Beteiligung wurde mit dem Verkauf der Voestalpine AG und der Böhler-Uddeholm AG über die Börse im Herbst 2003 weitergeführt. Die Ladenöffnungszeiten wurden weiter liberalisiert, allerdings nutzten die Länder ihren Umsetzungsspielraum bislang kaum aus. Das Verwaltungsinnovationsprogramm (VIP) wird in einer dritten Stufe seit Sommer 2003 weitergeführt, und das neue Vergaberecht für öffentliche Aufträge trat in Kraft.

Reform von
Forschungsförderung
und Verwaltung

⁷ Laut budgetärer Notifikation vom 27. Februar 2004: ebenfalls 65,0% des BIP.

⁸ Da Eurostat im Februar 2003 entschieden hat, dass bei der von Österreich seit dem Jahr 1998 angewendeten Rechtsträgerfinanzierung das strenge Bruttoprinzip zu gelten habe, musste der Schuldenstand des öffentlichen Sektors um diese Verbindlichkeiten angehoben werden. In der für das Jahr 2003 berechneten (vorläufigen) Schuldenquote von 65,0% des BIP sind laut budgetärer Notifikation vom 27. Februar 2004 Rechtsträgerschulden von rund 4,8% des BIP enthalten.

Befunde des IWF, der OECD und der Europäischen Kommission

zum Reformprozess in Österreich

Der IWF, die OECD und die Europäische Kommission bescheinigen Österreich,¹ zahlreiche Reformen in Angriff genommen zu haben. Äußerst positiv erwähnt z. B. der IWF die bereits durchgeführten Pensionsreformen und die Pläne zur Steuerreform. Dabei sei aber darauf zu achten, dass eine Balance zwischen standort- und beschäftigungsfördernden Steuersenkungen einerseits und ausgeglichenen Staatshaushalten andererseits gefunden werde. Die Rückführung der Staatsaufgaben, die Sicherstellung gesunder Staatsfinanzen, Liberalisierungen und verstärktes Unternehmertum würden zu kurz- und mittelfristiger Stabilität beitragen und das Wachstum langfristig stimulieren. Dringender wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf bestehe hingegen bei der Förderung der Beschäftigungsquote, insbesondere der älteren Arbeitnehmer. Die OECD schlägt vor, die Beschäftigungsregeln für Dienstnehmer im öffentlichen Sektor flexibler zu gestalten, damit Personaleinsparungen nicht über Frühpensionierungen, sondern über einen vielseitigen Einsatz von Dienstnehmern realisiert werden können. Weiters solle das Kindergeld überdacht und mehr Geld für Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Rationalisierungsmöglichkeiten sieht der IWF z. B. bei der Wohnbau- und Familienförderung, die auf Bezieher niedriger Einkommen konzentriert werden sollen.

Die Europäische Kommission und die OECD fordern zu einer erhöhten Ressourcenausstattung für die 2002 neu gegründete Wettbewerbsbehörde, deren Mitarbeiterstand der niedrigste aller EU-Mitgliedstaaten sei, auf. So solle z. B. der Wettbewerb in den Dienstleistungssektoren gefördert werden, die im Gegensatz zur Sachgüterindustrie nur schwache Produktivitätszuwächse verzeichnen konnten. Produktmarktregeln, Ladenöffnungszeiten und Gewerbeordnung sollten weiter liberalisiert werden. Schließlich benötige auch das Aus- und Weiterbildungssystem Reformen. Die PISA-Studie² der OECD habe etwa gezeigt, dass Österreich Effizienzsteigerungen vornehmen und die Umsetzung des Prinzips des lebenslangen Lernens noch verbessern könne.

¹ Siehe dazu: IWF Artikel IV-Konsultation; OECD. 2003. *Economic Survey – Austria 2003*. Oktober; Europäische Kommission. 2004. *Communication from the Commission on the Implementation of the 2003–2005 Broad Economic Guidelines*. European Economy 1. Brüssel.

² PISA: Programme for International Student Assessment. OECD. 2001. *Lernen für das Leben. Erste Ergebnisse der internationalen Schulleistungstudie PISA 2000*. Paris.

Noch ausstehend gegenüber den Vorhaben des Regierungsprogramms sind die Reform des Gesundheitssektors (bisher erfolgten nur Erhöhungen der Krankenversicherungsbeiträge), die Harmonisierung der Pensionssysteme und die Ergebnisse des Österreich-Konvents, der auf eine effizientere Neuordnung der Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abzielt.

Die Stärkung des Kapitalmarktes – etwa im Rahmen der Kapitalmarkt-offensive – wird durch den Aufwärtstrend der Wiener Börse illustriert. Die Liberalisierung der Netzwerkindustrien ist weitgehend abgeschlossen. Ebenfalls in Kraft getreten ist das neue Universitäts-Organisationsgesetz, eine Evaluierung der dadurch bedingten Veränderungen wird indes erst während der kommenden Jahre erfolgen können.

EU-Erweiterung gibt Österreich wichtige wirtschaftliche Impulse

Aufgrund der geografischen Lage Österreichs und der relativ engen wirtschaftlichen Verflechtung mit den Ländern Zentral- und Osteuropas bringt die EU-Erweiterung für Österreich größere Chancen als für andere Regionen in der EU. Die meisten Handels- und Investitionshemmnisse mit den neuen Mitgliedstaaten sind schon Jahre vor der Erweiterung am 1. Mai 2004 gefallen. Dies zeigt sich in der mittlerweile intensiven Handels- und Wirtschaftsverflechtung Österreichs insbeson-

dere mit den vier Nachbarländern Ungarn, Slowenien, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik und auch mit Polen. Der Anteil dieser fünf Länder an Österreichs Exporten beträgt rund 12%. Im Jahr 2003 entfielen 45% der österreichischen Direktinvestitionen auf Zentral- und Osteuropa, wobei sich die Banken weiterhin als herausragender Internationalisierungssektor der österreichischen Volkswirtschaft profilieren. Bei den ausländischen Direktinvestitionen ist Zentral- und Osteuropa eine bedeutende Destination für österreichische Unternehmen geworden.

Positive Effekte
überwiegen

Österreichs Anteil an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen

in ausgewählten neuen Mitgliedstaaten im Jahr 2002

	Anteil in %	Rang ¹
Slowenien	29,9	1
Slowakische Republik	14,6	3
Ungarn	11,1	3
Tschechische Republik	10,0	3
Polen	3,6	6
Estland	0,4	10
Lettland	0,9	11
Litauen	0,3	11

Quelle: OeNB, WIW, WIFO.

¹ Der Rang, den Österreich anteilmäßig bei den gesamten ausländischen Direktinvestitionen in den ausgewählten neuen Mitgliedstaaten einnimmt.

Die Direktinvestitionen spiegeln sich auch in den Daten über Bankenverflechtungen zwischen den neuen Mitgliedstaaten und Österreich wider. Österreichische Banken verfügen durch ihre Tochtergesellschaften in den neuen Mitgliedstaaten nicht nur

über bedeutende Marktanteile, sondern umgekehrt stellen die Tochtergesellschaften bei den drei am stärksten in Osteuropa engagierten Banken rund ein Drittel der konsolidierten Aktiva.

Marktanteile österreichischer Banken

in ausgewählten neuen Mitgliedstaaten (Stand per 31. Dezember 2003)

	Ungewichteter Marktanteil in %	Gewichteter Marktanteil ¹
Slowakische Republik	44	33
Tschechische Republik	30	28
Ungarn	19	14
Slowenien	10	10
Polen	11	7

Quelle: OeNB.

¹ Gewichtet mit dem Beteiligungsanteil der österreichischen Muttergesellschaften.

Durch den Erweiterungsschritt am 1. Mai 2004 sind weitere Impulse zu erwarten, z. B. durch den Fall letzter Handelshemmnisse, aber vor allem auch durch ein höheres Wirtschaftswachstum in den neuen Mitgliedstaaten mit positiven Folgen für Österreichs Wirtschaft (Investitions- und Konsumgüternachfrage, Tourismus etc.). Studien berechnen für Österreich eine langfristige Zunahme des BIP um 1 Prozentpunkt, und damit einen doppelt so starken Effekt wie für den Euroraum insgesamt. Einkommensgewinne werden die Kosten auch kurzfristig übersteigen. Einzelne Studien erwarten

eine weitere Handelsverdopplung durch eine künftige Einführung des Euro in den neuen Mitgliedstaaten. Diese zusätzlichen positiven Effekte werden jedoch nicht automatisch entstehen, sondern teilweise von einem Strukturwandel der österreichischen Wirtschaft abhängen, der das Verflechtungspotenzial mit den neuen Mitgliedstaaten positiv nutzt. Die Innovationsorientierung österreichischer Unternehmen und der Wissensgehalt österreichischer Produkte müssen der sich verändernden Rolle Österreichs in der Weltwirtschaft vom Technologienehmer zum -führer gerecht werden.

EU-Erweiterung wird beschlossen

Die EU nimmt zehn neue Mitglieder auf

Am 1. Mai 2004 treten zehn neue Staaten – acht Länder Zentral- und Osteuropas sowie Malta und Zypern – mit 74 Millionen Einwohnern der EU bei. Damit hat die EU 454 Millionen Einwohner. Diese Erweiterung der EU ist im Hinblick auf die Anzahl der Länder und auf die Bevölkerungszahl (20% der EU-15) die größte, die jemals stattgefunden hat. Das nominelle BIP der neuen Mitgliedstaaten beträgt allerdings nur rund 5% des BIP der EU-15.

Gegenüber 2002 stieg das BIP-Wachstum in den neuen Mitgliedstaaten trotz weiterhin schwacher Konjunktur in der EU insgesamt wieder an. Dies ist in erster Linie auf ein steigendes BIP-Wachstum in Polen zurückzuführen. Neben dem privaten Konsum als wesentlichem Wachstumsträger in den meisten der neuen Mitgliedstaaten leistete auch das Exportwachstum in Polen und in der Slowakischen Republik einen entscheidenden Beitrag.

Der Disinflationprozess schreitet in der Mehrheit der neuen Mitgliedstaaten deutlich voran. Litauen und über weite Strecken des Jahres 2003

auch die Tschechische Republik wiesen sogar negative Inflationsraten auf. Dagegen betrug die durchschnittliche Inflation in der Slowakischen Republik im Jahr 2003 rund 8,5%.

Nach wie vor stellen die Haushaltsdefizite die meisten der neuen Mitgliedstaaten vor große Herausforderungen. Das durchschnittliche Budgetdefizit für die zehn neuen Mitgliedstaaten betrug im Jahr 2003 beinahe 5% des BIP.

Die Währungen der neuen Mitgliedstaaten werteten im Jahr 2003 – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – gegenüber dem Euro ab. Gleichzeitig sind die neuen Mitgliedstaaten zum Teil nach wie vor mit hohen Leistungsbilanzdefiziten konfrontiert, die allerdings in den meisten Ländern weitgehend durch ausländische Direktinvestitionsströme abgedeckt werden.

Viel Beachtung fand im Jahr 2003 die Geldpolitik in Ungarn, wo der Leitzins in nur zwei Schritten von 6,5% im Juni auf 12,5% im November beinahe verdoppelt wurde. Im Gegensatz dazu senkten die meisten neuen Mitgliedstaaten im Jahr 2003 ihre Leitzinsen. Länder mit bereits niedrigen Zinsen beließen die Leitzinsen unverändert.

EU hat seit
1. Mai 2004
454 Millionen
Einwohner

Wachstums-
beschleunigung
bei rückläufiger
Inflation in den neuen
Mitgliedstaaten

Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Mitgliedstaaten

	Reales BIP-Wachstum			HVPI-Inflationsrate			Arbeitslosenquote ¹			Budgetsaldo		
	2001	2002	2003 ²	2001	2002	2003	2001	2002	2003 ²	2001	2002	2003 ²
Polen	1,0	1,4	3,7	5,3	1,9	0,7	18,5	19,8	19,8	-3,5	-3,6	-4,1
Slowakische Republik	3,8	4,4	4,2	7,0	3,3	8,5	19,4	18,7	17,1	-6,0	-5,7	-3,6
Slowenien	2,9	2,9	2,3	8,6	7,5	5,7	5,8	6,1	6,5	-2,7	-1,9	-1,8
Tschechische Republik	3,1	2,0	2,9	4,5	1,4	-0,1	8,0	7,3	7,8	-6,4	-6,4	-12,9
Ungarn	3,8	3,5	2,9	9,1	5,2	4,7	5,6	5,6	5,8	-4,4	-9,3	-5,9
Estland	6,5	6,0	4,8	5,6	3,6	1,4	11,8	10,5	10,0	0,3	1,8	2,6
Lettland	7,9	6,1	7,5	2,5	2,0	2,9	12,9	12,6	10,5	-1,6	-2,7	-1,8
Litauen	6,5	6,8	8,9	1,3	0,4	-1,1	16,1	13,6	12,7	-2,1	-1,4	-1,7
Malta	-1,2	1,7	0,4	2,9	2,2	1,3	6,7	7,5	8,2	-6,4	-5,7	-9,7
Zypern	4,0	2,0	2,0	2,0	2,8	4,0	4,5	3,9	4,4	-2,4	-4,6	-6,3
Neue Mitgliedstaaten insgesamt	2,5	2,4	3,6	5,7	2,7	2,1	14,5	14,8	14,3	-4,1	-4,9	-5,7
EU-12	1,6	0,9	0,4	2,4	2,3	2,1	8,0	8,4	8,8	-1,6	-2,3	-2,7
EU-15	1,7	1,0	0,8	2,2	2,1	2,0	7,4	7,7	8,0	-1,0	-1,9	-2,6

Quelle: Eurostat, OeNB.

¹ EU-Definition.

² Frühjahrsprognose 2004 der Europäischen Kommission.

Ergebnisse der Referenden für den EU-Beitritt am 1. Mai 2004¹

Datum	Land	Zustimmung in %	Wahlbeteiligung
8. März 2003	Malta	53,6	91,0
23. März 2003	Slowenien	89,6	60,3
12. April 2003	Ungarn	83,8	45,6
10./11. Mai 2003	Litauen	91,0	63,3
16./17. Mai 2003	Slowakische Republik	92,5	52,2
7./8. Juni 2003	Polen	77,5	58,8
13./14. Juni 2003	Tschechische Republik	77,3	55,2
14. September 2003	Estland	64,0	66,8
20. September 2003	Lettland	72,0	67,0

Quelle: Europäische Kommission.

¹ Kein Referendum in Zypern.

EU-Referenden
brachten große
Zustimmung

Im September 2003 fanden die letzten Referenden über einen EU-Beitritt in den neuen Mitgliedstaaten statt. In allen Staaten entschied sich die Mehrheit der Bevölkerung klar für einen Beitritt. Lediglich in Malta war die Entscheidung mit einer Zustimmung von 53,6% etwas knapper. Die Wahlbeteiligung schwankte beträchtlich zwischen 45,6% in Ungarn und 91,0% in Malta.

Monitoring-Berichte:
große Fortschritte,
aber noch wichtige
Aufgaben zu lösen

Anfang November 2003 veröffentlichte die Europäische Kommission die Monitoring-Berichte über die Umsetzung der in den Beitrittsverhandlungen eingegangenen Verpflichtungen der beitretenden Länder bezüglich des gemeinschaftlichen Besitzstands. Darin wurde festgestellt, dass beachtliche Fortschritte bei der Übernahme des vollständigen gemeinschaftlichen Besitzstands gemacht wurden. Dennoch wurde auch

eine Reihe von in den künftigen neuen Mitgliedstaaten noch zu lösenden Aufgaben aufgelistet.

Polen habe die Unabhängigkeit der Zentralbank sicherzustellen und die Angleichung der Rechtsvorschriften für den Finanzsektor zu beschleunigen. Gleiches gelte für Lettland, Litauen, die Slowakische Republik und die Tschechische Republik im Versicherungssektor sowie für Estland, Lettland, Litauen und Zypern bei den Investitionsdienstleistungen und Wertpapiermärkten. Die Unabhängigkeit der Finanzmarktaufsicht sei zu stärken. Darüber hinaus habe Lettland den Kapitalverkehr weiter zu liberalisieren und Litauen geeignete Zahlungssysteme einzuführen. Des Weiteren sei der Kampf gegen Betrug, Korruption und Geldwäsche zu forcieren.

EU-Beitritt und die drei Stufen der monetären Integration

Mit dem EU-Beitritt am 1. Mai 2004 beginnt der monetäre Integrationsprozess der neuen Mitgliedstaaten. Grundsätzlich sind diese Länder verpflichtet, die Einführung des Euro anzustreben. Davor müssen sie aber einen mehrstufigen Prozess durchlaufen, der mit dem EU-Beitritt beginnt und nach einer Teilnahme am Wechselkursmechanismus II (WKM II) mit der Erfüllung aller Maastricht-Konvergenzkriterien endet.

Erste Stufe: EU-Beitritt

Mit dem EU-Beitritt nehmen die neuen Mitgliedstaaten an der Wirtschafts- und Währungsunion teil, auch wenn sie den Euro vorerst noch nicht übernehmen können. Dies bedeutet für die neuen Mitgliedstaaten die Mitwirkung an der Koordination der Wirtschaftspolitik, die Verpflichtung zur Erstellung von Konvergenzprogrammen, die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie die Teilnahme ihrer Zentralbanken am ESZB.

Die neuen Mitgliedstaaten sind verpflichtet, ihre Wechselkurspolitik als „eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse“ zu behandeln, d. h. übermäßige nominelle Schwankungen und Verzerrungen des realen Wechselkurses zu vermeiden. Abgesehen von dieser Verpflichtung bleibt die Wahl der geldpolitischen Strategie sowie des Wechselkursregimes in der Kompetenz des jeweiligen Mitgliedstaats.

Zweite Stufe: Wechselkursmechanismus II

Der WKM II ist eine geregelte Form der Wechselkursanbindung zwischen Währungen von Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums und dem Euro. Zu den Zielen des WKM II gehören die Unterstützung einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik, die Förderung der Konvergenz sowie der Schutz vor nicht gerechtfertigtem Druck auf Devisenmärkten.

Hauptmerkmale des WKM II sind ein fixer Leitkurs gegenüber dem Euro, eine Standard-Bandbreite von $\pm 15\%$, die Möglichkeit zu Interventionen innerhalb des Bands sowie die beiderseitige Verpflichtung, an den Bandenden zu intervenieren, wenn das Ziel der Preisstabilität dadurch nicht gefährdet wird. Die Wahl des Eintrittszeitpunkts in den WKM II steht den neuen Mitgliedstaaten grundsätzlich frei.

Dritte Stufe: Übernahme des Euro

Vor der Übernahme des Euro müssen alle Konvergenzkriterien nachhaltig erfüllt werden, wie z. B. jene bezüglich Inflation, öffentlicher Haushalte, Zinsen und Wechselkurse. Die Erfüllung des Wechselkurskriteriums setzt die Einhaltung der normalen Bandbreiten des Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems ohne starke Spannungen und ohne Abwertung der Parität zumindest in den letzten zwei Jahren vor der Konvergenzprüfung voraus.

Herausforderungen für die monetäre Integration

Die neuen Mitgliedstaaten haben noch ihren Transformationsprozess zu komplettieren und stehen inmitten eines langfristigen Aufholprozesses. Die Herausforderung ist eine zweifache: Erstens eine Anpassbarkeit des Wechselkurses zu bewahren und zweitens übermäßige Aufwertungen und realwirtschaftlich unbegründete Schwankungen des Wechselkurses hintanzuhalten. Der richtige Eintrittszeitpunkt in den WKM II ist im Einzelfall und im Licht der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Situation zu beurteilen und wird für die einzelnen Länder sehr wahrscheinlich unterschiedlich sein. Eine behutsame Vorgehensweise ist angeraten. Für einzelne Länder kann ein Eintritt auch erst in ein paar Jahren optimal sein.

Vorbereitung des ESZB auf die EU-Erweiterung

Ab 1. Mai 2004 umfasst das ESZB sowohl die 12 nationalen Zentralbanken des Euroraums als auch die 13 nicht am Eurosystem teilnehmenden nationalen Zentralbanken. Im Erweiterten Rat der EZB sind die Präsidenten bzw. Gouverneure aller 25 nationalen Zentralbanken vertreten, im EZB-Rat unverändert nur die Präsidenten bzw. Gouverneure der Zentralbanken des Euroraums.

Wie auch andere EU-Entscheidungsgremien wurde der EZB-Rat auf die Erweiterungsschritte der EU und in der Folge auf einen Beitritt neuer Mitglieder zum Euro-Währungsgebiet vorbereitet. Nach dem In-Kraft-Treten des Vertrags von Nizza am 1. Februar 2003 gab der EZB-Rat am 3. Februar 2003 in Übereinstimmung mit der im Vertrag von

Nizza enthaltenen Ermächtigungsklausel eine Empfehlung ab, in der er ein Rotationsmodell für die Anpassung der Abstimmungsmodalitäten im EZB-Rat vorlegte. Die Empfehlung des EZB-Rats wurde am 13. März 2003 vom Rat der Europäischen Union angenommen. Dieser Beschluss bedarf der Ratifikation durch alle Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.

Die für den Erweiterungsprozess notwendigen Maßnahmen sind in einem Masterplan der EZB aufgelistet. Der Masterplan ist an den EZB-Rat, den Erweiterten Rat, das EZB-Direktorium und die nationalen Zentralbanken der neuen Mitgliedstaaten gerichtet. Der Plan enthält eine Liste von über 100 Projekten, die im Zuge der Erweiterung erledigt werden müssen. Die Liste der Projekte reicht von IT-Infrastruktur-

Rotationsmodell
für EZB-Rat

EZB-Masterplan für
die ESZB-Erweiterung

projekten bis hin zu organisatorisch notwendigen Maßnahmen, um z. B. Sitzungen mit einer größeren Anzahl von Teilnehmern abhalten zu können.

Der Anteil der nationalen Zentralbanken der zehn neuen Mitgliedstaaten am gezeichneten Kapital der EZB wird bei rund 565 Mio EUR liegen. Solange die neuen Mitgliedstaaten noch nicht den Euro übernehmen, wird als Beitrag zu den Betriebskosten der EZB der tatsächlich einbezahlte Kapitalanteil der neuen Zentralbanken als ESZB-Mitglieder rund 40 Mio EUR betragen, was einem Anteil von 7% des einbezahlten am gezeichneten Kapital entspricht.

Fortsetzung der europäischen Integration

Fortschrittsberichte: Bulgarien, Rumänien und Türkei

Anfang November 2003 wurden von der Europäischen Kommission die Fortschrittsberichte für die Beitrittsländer Bulgarien und Rumänien sowie für die Türkei veröffentlicht. Darin wird nur Bulgarien als funktionierende Marktwirtschaft anerkannt; Rumänien hingegen müsse die bisher erzielten Fortschritte weiter forcieren.

Auch die Türkei sei noch weit von einer funktionierenden Marktwirtschaft entfernt. Erstmals stellte die Europäische Kommission einen Zusammenhang zwischen der Überwindung des Zypern-Problems und dem EU-Beitritt der Türkei her. Die Europäische Kommission wird vor Ende Oktober 2004 eine Einschätzung darüber abgeben, ob die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt. Im Falle einer positiven Stellungnahme wurde der Türkei die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zugesichert.

Künftige Erweiterungsschritte

Für Rumänien und Bulgarien hat man mit dem Zieldatum 2007 für den EU-Beitritt einen konkreten Zeitplan vor Augen. Die Verhandlungen sollen 2004 abgeschlossen sein.

Die EU hat anlässlich des Europäischen Rates in Thessaloniki am 19. und 20. Juni 2003 auch sämtlichen Ländern des Westbalkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie Serbien und Montenegro) eine Mitgliedschaft in der EU in Aussicht gestellt, allerdings ohne einen konkreten Zeitplan zu nennen. Ein von der EU koordinierter Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess bereitet schon jetzt eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Ländern dieser Region unter der EU-Beitrittsperspektive vor. Kroatien hat sich im Kreis dieser Staaten als am weitesten fortgeschritten gezeigt und auch schon einen Beitrittsantrag gestellt.

Für die EU stellt sich die Frage, wie die Beziehungen zu den neuen Nachbarstaaten im Osten und im Mittelmeerraum gestaltet werden. Da die EU ihren Bürgern Sicherheit, Stabilität und nachhaltige Entwicklung bieten will, ist sie an einer engen Zusammenarbeit und an der politischen und wirtschaftlichen Stabilität ihrer unmittelbaren Nachbarstaaten sehr interessiert.

Die Europäische Kommission hat vor diesem Hintergrund eine neue Initiative mit dem Namen „Größeres Europa – Nachbarschaft: ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“ ins Leben gerufen. Diese Strategie zielt auf jene Staaten ab, denen derzeit – und z. T. auch langfristig – keine EU-Mitgliedschaft angeboten werden wird. Die EU soll vielmehr von einem „Ring befreun-

EU-Strategie für ein
„Größeres Europa“

deter Staaten“ umgeben sein. Im Osten umfasst diese „Zone des Wohlstands und der guten Nachbarschaft“ Russland, die Ukraine, Moldawien und Weißrussland; im Süden den gesamten Mittelmeerraum. Die EU bemüht sich um eine Intensivierung der Beziehungen zu diesen Staaten, um einen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung und um regionale Zusammenarbeit zwischen diesen Staaten. Dazu sollen in einem ersten Schritt (bis zum Jahr 2006) die vorhandenen grenzüberschreitenden Finanzierungsinstrumente durch die Einführung von speziellen Nachbarschaftsprogrammen besser koordiniert werden. Für die zweite Phase, nach dem Jahr 2006, ist die Einführung eines neuen Nachbarschaftsinstrumentes vorgesehen. Bei entsprechenden Reformfortschritten soll diesen Ländern die Aussicht auf Teilnahme am EU-Binnenmarkt und auf weitere Integration sowie auf Liberalisierungen im Hinblick auf die vier Freiheiten geboten werden.

Wichtige Rolle der OeNB bei der Integration neuer Mitgliedstaaten

Forschung und wissenschaftliche Beiträge zum Erweiterungsprozess

Der OeNB ist mit ihrer Zentral- und Osteuropaanalyse eine Spezialisierung im volkswirtschaftlichen Bereich im ESZB gelungen. Mit dem *Focus on Transition* gibt die OeNB auch eine eigene Schriftenreihe zum Thema Zentral- und Osteuropa heraus. Darüber hinaus publiziert die OeNB zahlreiche wissenschaftliche Beiträge und Analysen zum Erweiterungsprozess. Des Weiteren betreibt die OeNB auch einen regen Austausch von Expertise mit zentral- und osteuropäischen Zentralbanken.

Im Herbst 2003 wurde von der OeNB eine eigene Website (<http://ceec.oenb.at>) eingerichtet, die umfassende Informationen zu wirtschaftlichen Entwicklungen in Zentral- und Osteuropa und zu einer Vielzahl relevanter Aspekte der EU-Erweiterung zur Verfügung stellt.

OeNB-Veranstaltungen als Diskussionsplattform

Alljährlich im November veranstaltet die OeNB in Wien die Ost-West-Konferenz. Diese Konferenz versammelt internationale Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft und Forschung und bietet ein nützliches Forum für den Meinungsaustausch zu verschiedenen Themen, deren Schwerpunkt sich von Jahr zu Jahr – den aktuellen wirtschaftspolitischen Entwicklungen Rechnung tragend – verändert. Im Jahr 2003 widmete sich die Ost-West-Konferenz dem Thema „The Economic Potential of a Larger Europe – Keys to Success“. Neben der EU-Erweiterung war die monetäre Integration der neuen Mitgliedstaaten und deren Teilnahme am WKM II ein Kernthema dieser Konferenz.

Die Ost-West-Konferenz 2003 war bereits die zehnte Veranstaltung und hatte auch wegen der bevorstehenden EU-Erweiterung Festcharakter. Während die erste Konferenz zu Beginn der Neunzigerjahre noch in einem deutlich kleineren Rahmen stattfand, in dem vor allem Expertise ausgetauscht wurde, kamen im Jahr 2003 bereits über 250 Teilnehmer. Die Ost-West-Konferenz ist heute eine Veranstaltung mit internationalem Renommee.

Ein weiterer Veranstaltungsschwerpunkt ist der Ost-Jour-Fixe der OeNB, bei dem mehrmals im Jahr die neuesten Forschungsergebnisse zu ökonomischen Fragestellun-

Rege Teilnahme
an Ost-West-
Konferenz

JVI in Wien
neu eröffnet

gen in Zentral- und Osteuropa vorgestellt und diskutiert werden. Auch hier gab es im Jahr 2003 ein Jubiläum zu feiern. Unter dem Titel „Transition: Past, Present, Future“ fand am 15. Dezember 2003 der 50. Ost-Jour-Fixe statt.

Kooperationsaktivitäten und Joint Vienna Institute

Das besondere Gewicht, das die OeNB den zentral- und osteuropäischen Ländern beimisst, spiegelt sich auch in ihrem Engagement am Joint Vienna Institute (JVI) wider. Das seit dem Jahr 1994 in Wien ansässige Institut bietet als multilaterale Ausbildungsstätte den Transformationsländern, insbesondere aus Zentral- und Osteuropa sowie der ehemaligen Sowjetunion, Unterstützung auf ihrem Weg zu marktorientierten Volkswirtschaften.

Im Zuge eines im März 2002 unterzeichneten Memorandum of Understanding wurde der dauerhafte Bestand des JVI in Wien gesichert und die Finanzierung neu geregelt. Demnach haben sich das BMF und die OeNB verpflichtet, dem JVI ein modernes Gebäude für rund 70 Personen zur Verfügung zu stellen. Die Kosten für den laufenden Lehrbetrieb werden vom IWF, dem BMF und der OeNB getragen. Das Übereinkommen über die Errichtung des JVI, das vom Geschäftsführenden Direktor des IWF, Horst Köhler, vom Bundesminister für Finanzen, Karl-Heinz

Grasser, und vom Gouverneur der OeNB, Klaus Liebscher, unterzeichnet wurde, trat am 1. Mai 2003 in Kraft. Die offizielle Eröffnung des neuen JVI in der Wiener Mariahilfer Straße fand am 2. November 2003 statt.

Die OeNB leistet aber nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern organisiert auch Seminare und Studienaufenthalte, bietet technische Hilfestellung, gibt gezielt – u. a. im Rahmen von Vorträgen – ihre eigene Expertise weiter und bringt so Humankapital ein. Sie hielt im Jahr 2003 eine Reihe von Seminaren am JVI zu den Themen Wirtschafts- und Währungsunion, Zahlungsmittel, Zentralbankmanagement und Bankenaufsicht ab. Auf bilateraler Ebene organisierte und betreute die OeNB Informationsbesuche und Studienaufenthalte für Mitarbeiter von Zentralbanken aus Zentral- und Osteuropa.

Auch in internationalen Gremien im Rahmen des Eurosystems und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) nimmt die OeNB aktiv an der Koordinierung der technischen Hilfe teil. So wirkt sie z. B. gemeinsam mit acht weiteren nationalen Zentralbanken an einem von der EU finanzierten und von der EZB koordinierten TACIS-Programm¹ mit, das die Ausbildung von Bankenaufsehern der russischen Zentralbank zum Inhalt hat.

¹ TACIS: Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States.

Umsetzung der Geldpolitik und Management der Währungsreserven sichern Märkte

Operative Geldpolitik: gutes Zusammenspiel zwischen OeNB und Banken

Die Umsetzung der Geldpolitik erfolgte auch im Jahr 2003 effizient und ohne technische Probleme. Die Rolle der nationalen Zentralbanken als operatives Bindeglied zwischen den Geschäftsbanken und der EZB hat sich weiter gefestigt und maßgeblich zur reibungslosen Geschäftsabwicklung beigetragen.

Diese Intermediärrolle hat sich bewährt, wobei folgende Punkte hervorgehoben werden sollen:

- Die OeNB kann im Zuge ihrer Teilnahme in den entsprechenden ESZB-Facharbeitsgruppen ihre Expertise einbringen und die Abläufe und Rahmenbedingungen für die österreichische Volkswirtschaft und das österreichische Bankensystem in einem positiven Sinn mitgestalten.
- Ferner fungiert die OeNB als Ansprechstelle für spezifische, den österreichischen Finanzmarkt betreffende Fragestellungen der Kreditwirtschaft bzw. als Vermittler hinsichtlich österreichischer Anregungen zur Weiterentwicklung der europäischen Finanzsysteme. Durch die genaue Kenntnis der Entwicklung der heimischen Finanzmarktstrukturen einerseits und der EZB-internen Mechanismen andererseits kann die OeNB diesbezüglich ihrer Intermediärrolle gerecht werden. Schließlich wird auch eine effiziente Übermittlung der Beschlüsse des Eurosystems an die Kreditinstitute durch die OeNB gewährleistet.

Um einerseits den Wünschen der Geschäftspartner zu entsprechen und um andererseits die Erfordernisse der

gemeinsamen Beschlüsse über den Ablauf der geldpolitischen Transaktionen bestmöglich zu gewährleisten, hat die OeNB im Jahr 2003 einen weiteren Ausbau ihres elektronischen Tendersystems vorgenommen.

Die bereits im September 2002 in den Echtbetrieb gegangene elektronische und auf dem Internet basierende Erfassung von Tendergeboten (*eTender*) wurde von der EZB und den Geschäftspartnern sehr positiv aufgenommen. Durch die Entwicklung des *eTender* wurde ein internationaler Standard erreicht, der sich im Wesentlichen durch erhöhte Sicherheit, Zeitersparnis bei der Abwicklung und Vereinfachung der administrativen Tätigkeiten auszeichnet.

Im Jahr 2003 wurde diese Applikation serviceorientiert ausgebaut. In Zusammenarbeit mit den Geschäftspartnern wurden Kundenwünsche erörtert und berücksichtigt. Seit Ende 2003 ist es den Geschäftspartnern möglich, direkt und passwortgeschützt auf ihren Sicherheitenpool zuzugreifen. Es können die zur Verfügung stehenden Tenderpapiere, die Ausnützung der Fazilitäten sowie die verfügbare Belehnung jederzeit abgefragt werden. Eine weitere Verbesserung stellt die Ausweisung des genauen Zuteilungsbetrags und des Durchschnittszinssatzes dar.

Weiterhin nur in sehr geringem Umfang wurden von den österreichischen Banken die ständigen Fazilitäten (Spitzenrefinanzierungs- und Einlagefazilität) genutzt. Die heimischen Kreditinstitute haben ein professionelles Bietverhalten an den Tag gelegt und konnten ihren Liquiditätsbedarf in aller Regel problemlos über die regelmäßigen Tendergeschäfte abdecken. Ferner kann die rudimentäre Inanspruchnahme der ständigen Fazilitäten als Indiz für

OeNB ist Bindeglied
zwischen Banken
und EZB

Ausbau
beim Tendersverfahren

Geringe Ausnutzung
der ständigen
Fazilitäten

Geldpolitische Operationen des Eurosystems

Geldpolitische Geschäfte	Transaktionswert		Laufzeit	Rhythmus	Verfahren
	Liquiditäts- bereitstellung	Liquiditäts- abschöpfung			
Offenmarktgeschäfte					
Hauptrefinanzierungsinstrument	Befristete Transaktionen	–	Eine Woche	Wöchentlich	Standard-tender
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Befristete Transaktionen	–	Drei Monate	Monatlich	Standard-tender
Feinststeuerungsoperationen	Befristete Transaktionen Devisenswaps	Befristete Transaktionen Hereinnahme von Termin-einlagen Devisenswaps	Nicht standardisiert	Unregelmäßig	Schnelltender Bilaterale Geschäfte
	Endgültige Käufe	Endgültige Verkäufe	–	Unregelmäßig	Bilaterale Geschäfte
Strukturelle Operationen	Befristete Transaktionen	Emission von Schuldver-schreibungen	Standardisiert/ nicht standardisiert	Regelmäßig und unregelmäßig	Standard-tender
	Endgültige Käufe	Endgültige Verkäufe	–	Unregelmäßig	Bilaterale Geschäfte
Ständige Fazilitäten					
Spitzenrefinanzierungsfazilität	Befristete Transaktionen	–	Über Nacht	Inanspruchnahme auf Initiative der Geschäftspartner	
Einlagefazilität	–	Einlagen-annahme	Über Nacht	Inanspruchnahme auf Initiative der Geschäftspartner	

Quelle: EZB-Dokumentation „Durchführung der Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet – Allgemeine Regelungen für die geldpolitischen Instrumente und Verfahren des Eurosystems“ (siehe auch EZB-Website: www.ecb.int).

einen gut funktionierenden Geldmarktausgleich gewertet werden. Auch die genaue Informationspolitik des Eurosystems gegenüber dem Bankensystem über jene Daten, die für die aktuelle Liquiditätsslage relevant sind, spielt eine wichtige Rolle.

Im ersten Quartal 2004 sind folgende Beschlüsse des Eurosystems zur Verbesserung der Effizienz des geldpolitischen Instrumentariums in Kraft getreten:

- Der Zeitplan der Mindestreserve-Erfüllungsperiode wurde geändert. Diese beginnt nunmehr immer am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts (HRG), das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, für die die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorge-

sehen ist. Darüber hinaus fallen die Veränderung der Zinssätze der ständigen Fazilitäten und der Beginn der neuen Mindestreserve-Erfüllungsperiode in der Regel zusammen.

- Die Laufzeit der HRGs wurde von zwei Wochen auf eine Woche verkürzt.

Die Kombination trägt dazu bei, Zinsänderungserwartungen innerhalb einer Mindestreserve-Erfüllungsperiode zu beseitigen. Somit führen die Maßnahmen zu einer Stabilisierung der Bedingungen, unter denen die Gebote bei den HRGs abgegeben werden.

Diese Maßnahmen stehen im Einklang mit einem am 7. Oktober 2002 durch das Eurosystem eingeleiteten

Neuerungen beim geldpolitischen Instrumentarium

öffentlichen Konsultationsverfahren, um die Meinungen der Marktteilnehmer zu einer Reihe von geplanten technischen Maßnahmen einzuholen, die auf eine Verbesserung der Effizienz des geldpolitischen Handlungsrahmens abzielen. Insgesamt wurde diese Konsultation von den Marktteilnehmern sehr positiv aufgenommen und leistete einen wertvollen Beitrag im Hinblick auf die damals geplanten Veränderungen.

Weiters hat der EZB-Rat im Rahmen der Beurteilung der Regelungen zur Risikokontrolle für refinanzierungsfähige Sicherheiten, die zur Besicherung von Kreditgeschäften des Eurosystems (d. h. Innertages- Liquiditätsmanagement und geldpolitische Geschäfte) verwendet werden, folgende Änderungen genehmigt:

- Kategorie-1-Sicherheiten sind in vier Liquiditätskategorien einzuteilen, für die jeweils ein spezifischer Sicherheitsabschlag vorzusehen ist.
- Bei der Festlegung der Laufzeitkategorien für die Sicherheitsabschläge ist auf eine gleichmäßige Verteilung ausstehender Volumina über das Laufzeitspektrum hinweg zu achten.
- Die Anwendung von Sicherheitsmargen bei befristeten Transaktionen wird eingestellt, und die Schwellenwerte für einen Margenausgleich werden herabgesetzt.
- Um Kohärenz zwischen den neu festgelegten Bewertungsabschlägen für refinanzierungsfähige Kategorie-1- und Kategorie-2-Sicherheiten zu gewährleisten, müssen Letztere auch dahingehend modifiziert werden, dass sowohl dem Wegfall von Sicherheitsmargen als auch den neuen

Laufzeitkategorien Rechnung getragen wird.

Damit wurde ein weiterer Schritt hin zu einer noch exakteren und transparenteren Bewertung der refinanzierungsfähigen Sicherheiten gesetzt.

Effizientes Management der Währungsreserven trotz schwierigen Marktumfelds

Wie in den Jahren zuvor sind die Prinzipien für das Management der Währungsreserven unverändert: Sicherheit geht vor Liquidität und Rentabilität, wenn auch der Liquiditätsaspekt durch den Beitritt zum Eurosystem etwas abgenommen hat. Dieses Bekenntnis zu einem vorsichtigen Veranlagungsstil bedeutet aber nicht, dass sich die OeNB der ungewöhnlich dynamischen Marktentwicklung in Bezug auf neue Instrumente und Techniken verschließt. Diese werden laufend evaluiert und, falls sie geeignet erscheinen, das Risiko- bzw. Ertragsprofil zu verbessern oder die Flexibilität gegenüber dem Marktgeschehen zu erhöhen, in der Praxis getestet und tatsächlich eingesetzt. Auf diese Weise hat die OeNB ihr Veranlagungsspektrum in den letzten Jahren schrittweise und systematisch erweitert. Beispielsweise seien der kontrollierte, risikomindernde Einsatz von Währungsoptionen, Forward Rate Agreements, Futures, Zinsswaps und diversen maßgeschneiderten Finanzprodukten erwähnt.

Zusätzlich wurden insbesondere im Jahr 2003 mit Geschäftspartnern verstärkt Rahmenverträge (so genannte ISDA-Abkommen¹) abgeschlossen, die vor allem für die erwähnten Geschäftsarten eine erhöhte Rechtssicherheit bzw. Verrin-

Sicherheit geht vor
Liquidität
und Rentabilität

¹ ISDA: International Swaps and Derivatives Association.

gerung des Geschäftsrisikos nach sich ziehen.

Des Weiteren wurden auch verstärkt mit Geschäftspartnern Abkommen geschlossen, die eine Besicherung langfristiger Veranlagungen ermöglichen. Bei solchen Geschäften – insbesondere im Goldbereich – kann die Steilheit der Zinsstrukturkurve genutzt werden, ohne ein durch die längere Bindung begründetes zusätzliches Geschäftspartnerisiko (Kreditrisiko) einzugehen.

Die Verhältnisse auf den Finanzmärkten waren im Jahr 2003 insofern besonders schwierig, als die Zinsen ein historisch niedriges Niveau in Verbindung mit relativ steilen Zinsstrukturkurven aufwiesen. Das bedeutete ein geringeres Basiseinkommen für die Veranlagungen. Niedrige Geldmarktzinsen veranlassen dazu, verstärkt nach höherverzinslichen Veranlagungsmöglichkeiten Ausschau zu halten, die u. a. in längerfristigen Laufzeitenbereichen liegen. Solche Schritte können aber nicht unbeschränkt unternommen werden, da ein allfälliges Ansteigen des allgemeinen Zinsniveaus zu entsprechenden Verlusten (sinkenden Wertpapierpreisen) bei diesen längerfristigen Veranlagungen führen würde.

Die zweite große Herausforderung der Finanzmärkte war der gegenüber der Bilanzwährung Euro schwache US-Dollar. Die vollständige Ausschaltung des Wechselkursrisikos der veranlagten Währungen ist für keine Zentralbank möglich. Innerhalb des ESZB muss jede nationale Zentralbank jederzeit bereit stehen, der EZB weitere Währungsreserven zu übertragen („further call“). Die OeNB hat seit Anfang 1999 in einer mehrjährigen Strategie – unter Beachtung dieser Einschränkungen – die in US-Dollar gehaltenen Bestände deutlich reduziert bzw. Teilbestände

kursgesichert und damit Risiko aus dem Portfolio herausgenommen. Zwecks Risikodiversifizierung und Ertragsverbesserung hält die OeNB auch nicht ausschließlich US-Dollar, sondern ein Multiwährungsportfolio.

Seit 1. Jänner 1999 ist die OeNB auch für die Verwaltung der Währungsreserven, die von ihr an die EZB übertragen wurden, zuständig. Es handelt sich dabei um jene Mittel, die erforderlichenfalls für Interventionen unmittelbar verfügbar sind. Für die Bestände, die in der Bilanz der OeNB als Forderung an die EZB ausgewiesen werden, legt die EZB die strategische Ausrichtung und das Risikomanagement fest, während die nationalen Zentralbanken unter Nutzung ihrer Marktnähe und Erfahrungen die tatsächlichen Veranlagungen tätigen und dabei zueinander im Wettbewerb stehen. Die Ergebnisse der einzelnen Zentralbanken werden intern monatlich erfasst und verglichen. Die OeNB hat sich seit Beginn dieser treuhändigen Veranlagung gut behauptet.

Die internationalen Goldmärkte waren einerseits durch Goldpreisanstiege in US-Dollar, andererseits durch deutlich rückläufige Goldzinsen gekennzeichnet. Der Rückgang der Goldzinsen steht vor allem mit verringerten Absicherungsgeschäften von Goldminengesellschaften im Zusammenhang. Diese verkaufen künftige Produktionsmengen insbesondere bei befürchteten Goldpreiserückgängen per Termin an Banken, die ihrerseits zum Risikoausgleich entsprechend hohe Goldvolumina ausleihen. Die verringerte Nachfrage nach derartigen Goldgeschäften hat im Jahr 2003 vornehmlich bei den kürzeren Fälligkeiten die Goldzinsen deutlich gesenkt. Trotz dieser schwierigen Marktsituation gelang es der OeNB, auch im Bereich der Gold-

Schwierige
Marktbedingungen
bei der
Veranlagung

Steigende Goldpreise
und rückläufige
Goldzinsen

geschäfte substanzielle Erträge zu lukrieren. Die Schaffung der rechtlichen Basis für durch Pfand besicherte Golddepots ermöglichte es der OeNB, im längerfristigen Bereich durchaus attraktive Renditen zu erzielen.

Der Goldbestand selbst ist im Vergleich zum Jahr 2002 mit 317 t unverändert geblieben, weil die OeNB ihre Verkaufsquote von insgesamt 90 t im Goldabkommen der Zentralbanken bereits ausgeschöpft hatte. Dieses Abkommen bewährte

sich aus Sicht der OeNB auch deshalb, da es zur Marktstabilisierung und Transparenz beitrug. Die OeNB begrüßt daher auch den im März 2004 bekannt gegebenen Abschluss eines neuerlichen Abkommens, das sich im Wesentlichen am derzeitigen Abkommen orientiert. Änderungen gibt es bei der von 2.000 t auf 2.500 t erhöhten Fünf-Jahres-Verkaufsmenge und bei den Teilnehmern: Das Vereinigte Königreich hat keine Goldverkaufsabsichten mehr und scheidet als Teilnehmer aus.

Aktiver Beitrag der OeNB zur Finanzmarktstabilität

Financial Sector
Assessment Program
des IWF

Positive Beurteilung des österreichischen Finanz- marktes durch den IWF

Der IWF hat den österreichischen Finanzplatz im Rahmen des Financial Sector Assessment Program (FSAP) einer umfassenden Prüfung unterzogen. Diese Form der Prüfung wurde im Mai 1999 gemeinsam von IWF und Weltbank als Pilotprojekt für zuerst zwölf Länder ins Leben gerufen und seither stetig ausgeweitet. Der FSAP wird von Experten des IWF und der Weltbank unter Mitwirkung nationaler und internationaler Institutionen, Behörden und Experten durchgeführt. Bislang hat sich bereits eine Vielzahl von Staaten dieser freiwilligen Überprüfung unterzogen.

Ziel des FSAP ist das Erkennen von Schwachstellen in Finanzsystemen, um einerseits Krisen verhindern zu können und andererseits Prioritäten in der Weiterentwicklung des Finanzsektors aufzuzeigen sowie die Effizienz der Finanzsysteme zu erhöhen. So sollen durch eine umfassende Analyse der Stärken und Schwächen der Finanzsysteme der einzelnen Länder Problembereiche frühzeitig erkannt und rechtzeitig Korrekturmaßnahmen eingeleitet werden. Weiters soll der Dialog mit den nationalen Behörden verbessert werden.

Die FSAP-Prüfung in Österreich konzentrierte sich auf mehrere Kernthemen. Zunächst wurden die nationalen Rechtsvorschriften im Banken-, Versicherungs- und Wertpapierbereich sowie jene in Bezug auf die internationale Terrorbekämpfung, Geldwäsche und Transparenz überprüft. Für diese Evaluierung wurden u. a. die *Core Principles for Effective*

Banking Supervision des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht, die *Insurance Core Principles* der IAIS¹, die *Objectives and Principles of Securities Regulation* der internationalen Wertpapierhandelsorganisation IOSCO² sowie die Empfehlungen der Financial Action Task Force (FATF) herangezogen. In diesem Zusammenhang überprüfte der IWF auch die Finanzmarktformen der letzten Jahre sowie die Eignung, Effizienz und Ausstattung des nationalen Aufsichtssystems.

Zur Beurteilung der Krisenfestigkeit des österreichischen Finanzsystems konzipierte und berechnete der IWF in enger Zusammenarbeit mit der OeNB zahlreiche Stresstests, um das systemische Risiko des gesamten Finanzsystems bei externen Schocks bewerten zu können. Dabei wurde eine Vielzahl von Schocks simuliert, wie z. B. größere Wechselkursänderungen des japanischen Yen und des Schweizer Franken, eine verringerte Ertragskraft der österreichischen Banken infolge eines Rückgangs des Wirtschaftswachstum in den zentral- und osteuropäischen Staaten und diverse Zinsschocks.

Zur Vorbereitung und Durchführung der FSAP-Prüfung in Österreich hat das Finanzmarktkomitee im Frühjahr 2003 ein gemeinsames FSAP-Sekretariat eingerichtet, in dem je ein Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) sowie der OeNB gleichberechtigt als Ansprechpartner für alle beteiligten in- und ausländischen Institutionen tätig ist (FSAP-Austria@fma.gv.at).

Bereits im Sommer 2003 begannen die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten zur Bereitstellung der

¹ IAIS: International Association of Insurance Supervisors.

² IOSCO: International Organization of Securities Commissions.

relevanten Daten und Informationen. Im Oktober und Dezember 2003 fanden je zwei 14-tägige Arbeitsbesuche des IWF in Wien statt, wobei zahlreiche Gespräche mit Experten aus dem BMF, der FMA und der OeNB sowie mit österreichischen Banken, Versicherungen, Interessenverbänden und Wirtschaftsprüfern abgehalten wurden. Am Ende des zweiten Arbeitsbesuchs wurde vom IWF ein vorläufiger Prüfbericht vorgelegt.

Auf Basis ihrer Analysen gaben die Experten des IWF eine Reihe von Empfehlungen ab. So sprachen sie sich für die nachhaltige Absicherung der momentanen, im Wesentlichen durch Beteiligungserträge aus den zentral- und osteuropäischen Ländern induzierten Ertragskraft der österreichischen Banken aus, konstatierten die Notwendigkeit für weitere Maßnahmen zur Steigerung der Profitabilität auf dem Heimatmarkt und

regten strukturelle Veränderungen im Rahmen des Einlagensicherungssystems sowie Verbesserungen im Bereich der Unternehmenskontrolle und -steuerung (Corporate Governance) an. Weiters empfahl der IWF, auch künftig die Risiken aus Fremdwährungskrediten für Banken und Kreditnehmer einer laufenden Beobachtung zu unterziehen. Die Stärkung der dritten Säule der Altersvorsorge und die in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen zur Förderung des österreichischen Kapitalmarktes wurden ausdrücklich begrüßt.

Die FSAP-Prüfung wird im Zuge der regelmäßigen, jährlich stattfindenden Artikel IV-Konsultation durch den IWF Anfang Mai 2004 abgeschlossen. Die Veröffentlichung eines Schlussberichts mit den wesentlichen Ergebnissen ist für den Sommer 2004 geplant.

Vorläufige Ergebnisse
des FSAP
bestätigen Stabilität
des österreichischen
Bankensektors

Prüfresultate des IWF zum FSAP

Die vorläufigen Ergebnisse zeigen, dass

- die Übereinstimmung mit den international entwickelten Aufsichtsstandards im Banken-, Versicherungs- und Wertpapierbereich sowie jenen betreffend die Geldwäsche generell sehr hoch sei,
- die Etablierung einer integrierten Aufsicht im Einklang mit der internationalen Entwicklung stehe und die Zusammenarbeit zwischen FMA und OeNB gut funktioniere,
- der Bankensektor stabil und schockresistent sei, wie auch die von der OeNB in Kooperation mit dem IWF durchgeführten Stresstests bestätigt haben,
- sich der Finanzsektor ungeachtet des schwierigen konjunkturellen Umfelds zufrieden stellend entwickelt habe, und
- die frühe Expansion der österreichischen Kreditinstitute in Zentral- und Osteuropa wesentlich zur Kompensation der geringen inländischen Ertragskraft beigetragen habe.

Maßnahmen zur Stärkung des Finanzsystems

Die Europäische Kommission hat im November 2003 ein Paket von sieben Maßnahmen vorgelegt (einen Richtlinienentwurf und sechs Kommissionsbeschlüsse), mit dem das für den Wertpapiersektor entwickelte so genannte Lamfalussy-Konzept ent-

sprechend dem ECOFIN-Beschluss vom Dezember 2002 auf den gesamten Finanzdienstleistungssektor ausgedehnt werden soll. Im Wesentlichen beruht dieses Konzept auf einer spezifischen Ausschuss-Struktur und einem Vier-Stufen-Ansatz zur Reform des Rechtssetzungsverfahrens, um auf die raschen Entwicklun-

Neustrukturierung
der europäischen
Finanzarchitektur

Neue Richtlinien
der Europäischen
Kommission
im Rahmen
des Aktionsplans für
Finanzdienst-
leistungen

gen im Finanzdienstleistungssektor prompt und adäquat reagieren zu können. Zu diesem Zweck sollen im Mitentscheidungsverfahren durch den Europäischen Rat und das Europäische Parlament nur noch die politischen Grundsatzentscheidungen getroffen werden, während die technischen Durchführungsvorschriften von der Europäischen Kommission mithilfe eines aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammengesetzten Regulierungsausschusses (im Bankensektor: European Banking Committee – EBC) zu beschließen sind (Komitologie).

Den Aufsichtsbehörden, im Bankensektor auch den Zentralbanken, kommt in diesem Zusammenhang im Rahmen des CEBS (Committee of European Banking Supervisors) vor allem eine Beratungsfunktion zu. Darüber hinaus sollen sie auch zur konsistenten Umsetzung der EU-Richtlinien und zur Konvergenz der Aufsichtspraktiken in den EU-Mitgliedstaaten beitragen sowie die aufsichtliche Kooperation fördern.

Der im Jahr 1999 lancierte Aktionsplan für Finanzdienstleistungen (*Financial Services Action Plan*), dessen Ziel in der Verbesserung der Funktionsweise der europaweiten Finanzmärkte bestand, ist im Oktober 2003 abgelaufen. Im Berichtszeitraum wurden fünf Richtlinien vom Europäischen Rat und vom Europäischen Parlament angenommen.³ Von den 42 Legislativmaßnahmen des Aktionsplans konnten somit 36 fristgerecht realisiert werden. Im Verhandlungsstadium befinden sich

die Wertpapierdienstleistungs-Richtlinie, die Transparenz-Richtlinie, die Übernahme-Richtlinie und die 10. Gesellschaftsrecht-Richtlinie. Noch ausstehende Richtlinienvorschläge der Europäischen Kommission betreffen die neuen Eigenkapitalanforderungen für Finanzinstitute (Basel II) und die grenzüberschreitende Verlegung des Gesellschaftssitzes (14. Gesellschaftsrecht-Richtlinie).

Im November 2003 wurden von der Europäischen Kommission vier aus Marktpraktikern zusammengesetzte Expertengruppen (Banken, Versicherungen, Wertpapiere und Vermögensverwaltung) eingesetzt, um die im Rahmen des Aktionsplans getroffenen Legislativmaßnahmen auf ihre Praxistauglichkeit überprüfen zu lassen. Der Endbericht soll als Basis für weitere Diskussionen bis zum Herbst 2004 vorliegen.

Im August 2003 wurde der Aktionsplan 2003/04 des Regierungsbeauftragten für den Kapitalmarkt veröffentlicht. Die Ziele des Aktionsplans – mehr Volumen auf dem und mehr Vertrauen in den österreichischen Kapitalmarkt – sollen in erster Linie durch eine Verbesserung der Kapitalmarktkultur, angebots- und nachfrageseitige Maßnahmen sowie die Verbesserung der Marktinfrastruktur erreicht werden. Nachdem wesentliche Maßnahmen zu Qualitätsverbesserung (Corporate Governance-Kodex), Information (Kuratorium für den Kapitalmarkt) und Nachfrage (Zukunftsvorsorgeprodukt) bereits umgesetzt wurden, sollen

Verbesserung der
Kapitalmarktkultur

³ Es sind dies die Richtlinie 2003/6/EG über Insider-Geschäfte und Marktmanipulation (Marktmissbrauch); die Richtlinie 2003/41/EG über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung; die Richtlinie 2003/48/EG im Bereich Besteuerung von Zinserträgen; die Richtlinie 2003/51/EG über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen, von Banken und anderen Finanzinstituten sowie von Versicherungsunternehmen; die Richtlinie 2003/71/EG betreffend den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist.

2003/04 Maßnahmen für mehr Volumen auf der Angebotsseite – wie z. B. Privatisierung, Securitisation, steuerliche Maßnahmen zur Stärkung des Eigenkapitals und für Börsengänge, Stärkung des vorbörslichen Risikokapitalmarktes – das Schwergewicht bilden, um attraktive Anlagemöglichkeiten im Inland zu schaffen.

Ungeachtet der derzeitigen nationalen bzw. europäischen Restrukturierungsprozesse im Bereich der Finanzmarktaufsicht kommt den Zentralbanken weiterhin – und unbestritten – eine besondere Rolle bei der Sicherung der Stabilität der Finanzmärkte zu. In diesem Sinne nimmt die OeNB sowohl im Rahmen des ESZB als auch auf nationaler Ebene zahlreiche Aufgaben im Bereich der Finanzmarktstabilität wahr. Besonders hervorzuheben sind neben der Rolle der OeNB in der Sammlung, Aufbereitung und Bereitstellung der notwendigen Daten die nunmehr schon traditionelle halbjährliche Veröffentlichung des *Finanzmarktstabilitätsberichts* sowie die jährliche Mitherausgabe der Broschüre *Austrian Financial Markets*, in welcher der Öffentlichkeit und vor allem auch potenziellen Investoren jeweils aktualisierte Daten über den österreichischen Kapitalmarkt übersichtlich zur Verfügung gestellt werden. Auch durch Workshops und Podiumsdiskussionen zu aktuellen finanzmarktrelevanten Fragestellungen (z. B. „Die Auswirkungen von Securitisation auf die Finanzmarktstabilität“) nimmt die OeNB ihren Finanzmarktstabilitätsauftrag proaktiv wahr.

Verbesserte Ergebnisse im österreichischen Finanzsektor

Das Jahr 2003 brachte nach dem schwierigen Jahr 2002 für die österreichischen Banken eine Erholung,

die von den verbesserten Konjunkturaussichten und dem Aufschwung auf den Aktienmärkten in den USA, Japan und dem Euroraum getragen wurde.

Während die unkonsolidierte Bilanzsumme Ende 2002 und im ersten Quartal 2003 im Jahresvergleich noch leicht sank, erholte sich das Bilanzsummenwachstum mit einem Jahresplus von 5,5% im Dezember 2003 stark. Die unkonsolidierte Bilanzsumme aller österreichischen Banken hat im dritten Quartal 2003 erstmals die Marke von 600 Mrd EUR übersprungen und lag im Dezember 2003 bei 605 Mrd EUR. Vor allem das Auslandsgeschäft hat stark zugenommen. Während im Jahr 2003 die Auslandsverbindlichkeiten im Jahresvergleich um 8,4% stiegen, kam es bei den Auslandsforderungen gar zu einem Jahreswachstum von 12,2%. Das Auslandsgeschäft trug damit etwas unter 30% zur Gesamtbilanzsumme bei.

Das Kreditwachstum blieb auch Ende 2003 trotz sehr günstiger Finanzierungsbedingungen verhalten. Das jährliche Wachstum der Kredite an private Haushalte bewegt sich seit Jahresmitte 2003 um die 4%, die im Vergleich zu den letzten Jahren ein niedriger Wert sind. Die privaten Haushalte dürften offensichtlich ihr Verschuldungsverhalten an die doch schon drei Jahre anhaltende Wirtschaftsschwäche angepasst haben.

Das Jahreswachstum der Kredite an Unternehmen ist seit September 2002 negativ, allerdings hat sich die Dynamik deutlich abgeschwächt: Das Jahreswachstum von –0,2% im Dezember 2003 liegt schon deutlich über den Vergleichswerten von April und Mai 2003 (–2,7%). Gründe für diese Entwicklung sind auf der einen Seite die zurückhaltende Nachfrage der Unternehmen, die ihre Schulden

Wachsende Bilanzsumme bei den Banken, aber die Kreditentwicklung bleibt schwach

Weiterhin große Bedeutung der Zentralbanken für die Wahrung der Stabilität der Finanzmärkte

reduzieren und sich vermehrt auf die Innenfinanzierung stützen können. Andererseits zeigt der Bank Lending Survey, eine harmonisierte Umfrage über das Kreditgeschäft in allen Ländern des Euroraums, dass die österreichischen Banken bei der

Gewährung neuer Kredite zurückhaltend bleiben. Für den Beginn des Jahres 2004 rechnen die Banken mit einer leicht steigenden Kreditnachfrage der Unternehmen bei gleichzeitig weitgehend unveränderten Kreditvergaberichtlinien.

Umfrage über das Kreditgeschäft

Um den Informationsstand über die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte zu verbessern, führen die Zentralbanken des Euroraums – in Österreich die OeNB – gemeinsam mit der EZB seit Jänner 2003 viermal jährlich eine Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum (Bank Lending Survey) durch. Dabei werden 86 führende Banken aus allen Ländern des Euroraums, darunter fünf Institute aus Österreich, befragt. Die Teilnahme erfolgt auf freiwilliger Basis.

Die Erhebung wird mithilfe eines Fragebogens durchgeführt, der qualitative Fragen zur vergangenen und erwarteten zukünftigen Entwicklung der Kreditvergabepolitik enthält. Der Fragebogen besteht aus 18 Fragen zu Themen wie den Richtlinien zur Vergabe von Krediten sowie den Bedingungen für die Kreditgewährung an Unternehmen und Haushalte.

Durch den Bank Lending Survey erfahren die regelmäßigen Bankenmeldungen über die Kreditentwicklung eine wesentliche, auf die zukünftige Entwicklung gerichtete Ergänzung. Darüber hinaus soll die Umfrage auch eine Differenzierung der Angebots- und Nachfragebedingungen auf den Kreditmärkten ermöglichen.

Die bisherigen Befragungen im Rahmen des Bank Lending Survey ergaben bereits interessante Aufschlüsse über die Kreditentwicklung. Für Österreich deuten die Umfrageergebnisse darauf hin, dass die Banken im letzten Quartal 2002 sowie im Verlauf des Jahres 2003 die Kreditvergabe leicht zurückgenommen haben. Vor allem bei Unternehmenskrediten verhielten sich die befragten Kreditinstitute vorsichtig, im Privatkreditgeschäft war die Zurückhaltung etwas schwächer. Ihren Ausdruck fanden diese Veränderungen in erster Linie in den Margen, vor allem für risikoreichere Kredite, und einer zum Teil vorsichtigeren Kreditpolitik in Bezug auf die Sicherheiten sowie auf die Zusatz- oder Nebenvereinbarungen.

Wesentlichster Faktor für die vorsichtigeren Kreditpolitik war die Risikoeinschätzung. Die befragten Banken nannten insbesondere die Konjunkturaussichten, allgemein bzw. branchen- oder firmenspezifische Faktoren sowie die Werthaltigkeit der Sicherheiten.

Die Nachfrage nach Krediten seitens der Unternehmen hat sich im Jahr 2003 weniger vermindert als das Angebot. Einem leicht steigenden Finanzierungsbedarf kleiner und mittlerer Betriebe stand ein geringfügiger Rückgang seitens der Großunternehmen gegenüber. Die privaten Haushalte haben für Wohnbauzwecke mehr Kredite nachgefragt, während sich die Nachfrage nach Konsumkrediten und sonstigen Krediten im Schlussquartal 2003 leicht abgeschwächt hat.

Insgesamt unterscheiden sich die österreichischen Resultate nur wenig von jenen des Euroraums. Die Kreditpolitik in Österreich war in Summe etwas lockerer als im Durchschnitt des Euroraums. Die Kreditnachfrage der Unternehmen war im Euroraum ebenfalls leicht rückläufig. Auch hinsichtlich des Privatkreditgeschäfts waren die Unterschiede zum Euroraum sehr gering.

Das Jahr 2003 brachte eine intensive Diskussion über die hohen Volumina bei den Fremdwährungskrediten. Die OeNB veröffentlichte im ersten Halbjahr 2003 eine Studie⁴, in der die Entwicklung der Fremdwährungskredite in Österreich und mögliche Risikopotenziale dargestellt wurden. Weitere Untersuchungen wurden – gemeinsam mit der FMA – auf Basis einer Fragebogenerhebung im Bankensektor durchgeführt. Im Herbst 2003 veröffentlichte die FMA Richtlinien für die Vergabe und Gestionierung von Fremdwährungskrediten und von Krediten mit Tilgungsträgermodellen.

Die Ausleihungen in Fremdwährungen sind seit März 2003 in absoluten Euro-Werten leicht rückläufig und stagnierten Ende des Jahres 2003 bei etwas unter 44 Mrd EUR. Da aber 2003 der Schweizer Franken um 8% und der japanische Yen um 7% gegenüber dem Euro nachgaben, wurden weiterhin die Netto-Fremdwährungskredite ausgeweitet. Der Anteil der Fremdwährungskredite an den Direktkrediten ist hingegen bis Ende des Jahres 2003 leicht auf 18,4% gesunken. Seit Anfang des Jahres 2003 hat sich das Volumen der in japanischen Yen denominierten Kredite von knapp 16 Mrd EUR auf 5,3 Mrd EUR reduziert, während das in Schweizer Franken denominierte Kreditvolumen von 25,6 Mrd EUR deutlich auf 35,8 Mrd EUR gestiegen ist.

In Österreich werden von den Banken zunehmend innovative Instrumente, wie Kreditderivate und Verbriefungen, zum Handel von Kreditrisiken eingesetzt. Ein Kreditderivat dient zur Übertragung des Kreditrisikos ohne Auswirkungen auf die

Rechte an dem Eigentum des zugrunde liegenden Finanzinstruments. Eine Verbriefung ist eine Transaktion, bei der ein Pool von Vermögenswerten in Gestalt eines Wertpapiers gehandelt wird. Obwohl die Volumina gering sind und überwiegend gute Bonitäten gehandelt werden, haben sich die FMA und die OeNB dazu entschlossen, eine Umfrage unter den großen österreichischen Banken durchzuführen.

Diese Umfrage hat ergeben, dass die österreichischen Banken vor allem als Käufer von Kreditrisiken auftreten. Die gekauften Kreditrisiken weisen grundsätzlich eine gute Bonität auf, sie eröffnen den Banken zusätzliche Ertragschancen und tragen überdies zur Diversifikation des Kreditportfolios bei. Der Verkauf von Kreditrisiken hat bislang nur geringe Bedeutung, was vor allem an den geringen Transaktionsvolumina bei hohen Transaktionskosten und an der spezifischen Struktur des Kreditportfolios österreichischer Banken liegt, das von klein- und mittelständischen Unternehmen geprägt ist, für die der Markt zu wenig liquid ist. Aus der zunehmenden Verwendung von Kreditderivaten und Verbriefungen resultiert derzeit zwar kein zusätzliches Risiko für die Finanzmarktstabilität, jedoch werden zukünftige Entwicklungen genau beobachtet.

Die unkonsolidierte Ertragslage der österreichischen Banken hat sich im Jahr 2003 insgesamt verbessert. Das Wachstum der Betriebserträge (+1,1% im Vergleich zum Vorjahr) bei einer leicht rückläufigen Entwicklung der Betriebsaufwendungen (−0,4%) führte im Jahr 2003 zu einer Steigerung des unkonsolidierten Be-

Bei Fremdwährungskrediten Umschichtung in Schweizer Franken

Zunehmender Einsatz von innovativen Instrumenten zum Handel von Kreditrisiken

Verbesserte Ertragslage der österreichischen Banken

⁴ Boss, M. 2003. *Struktur und Risiken von Fremdwährungskrediten in Österreich*. Wien: OeNB.
http://www2.oenb.at/download/pdf/fremdwaehrungskredite_2003.pdf

triebsergebnisses um 4,5%. Verantwortlich für das Wachstum der Betriebserträge im österreichischen Bankensektor waren vor allem die Finanzgeschäfte, d. h. der Eigenhandel der Banken mit Wertpapieren, und die Provisionserträge. Auch der geringere Wertberichtsbedarf im Kreditbereich und höhere Auflösungen von bereits getätigten Wertberichtigungen wirkten sich im Jahr 2003 positiv auf die Ertragsituation der österreichischen Banken aus.

Einen bedeutenden Beitrag zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der österreichischen Mutterkonzerne leisteten die Beteiligungen in 13 zentral- und osteuropäischen Ländern. Die Bilanzsumme dieser Beteiligungen ist bis September 2003 auf über 74 Mrd EUR angestiegen, was einem Anteil von etwas über 11% an der Gesamtbilanzsumme der österreichischen Banken entspricht. Diese Beteiligungen lieferten einen überproportionalen Ergebnisbeitrag, wobei die Gründe vor allem in den höheren Margen im Zins-, Provisions- und Handelsgeschäft und der günstigeren Kostenstruktur in diesen Ländern lagen.

Der Vermögensbestand der österreichischen Pensionskassen ist Ende 2003 gegenüber dem Vorjahr um 15,7% auf 9,1 Mrd EUR gestiegen. Für die inländischen Investmentfonds ist eine ähnliche Entwicklung wie bei den Pensionskassen zu beobachten. Im Jahr 2003 stieg der von 24 österreichischen Kapitalanlagegesellschaften verwaltete Vermögensbestand um 8,1% auf 111 Mrd EUR. Die kapitalgewichtete durchschnittliche Gesamtperformance aller österreichischen Investmentfonds betrug in diesem Zeitraum 5,5%.

Auch bei den österreichischen Versicherungsunternehmen zeigte sich

analog zu den Entwicklungen in anderen europäischen Ländern im Jahr 2003 wieder ein erfreulicheres Bild. Die Summe der Aktiva (ohne Rückversicherungsgeschäft) ist in den ersten neun Monaten um 4,6% gestiegen.

Aktive Mitarbeit der OeNB bei den Aufsichtsgenden

Die Reformbestrebungen im Zuge der Verabschiedung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes führten im Jahr 2002 neben dem Transfer der Banken-, der Versicherungs-, der Pensionskassen- und der Wertpapieraufsicht vom BMF bzw. von der Bundeswertpapieraufsicht zur neuen unabhängigen FMA auch zu einer noch stärkeren Einbindung der OeNB in die Bankenaufsicht. Das Bankwesengesetz (BWG) sieht seither die verpflichtende Beauftragung der OeNB mit der Vor-Ort-Prüfung von Markt- und Kreditrisiken bei Kreditinstituten vor. Die im Zuge der Reform ebenfalls neu geschaffene optionale Teilnahme an Prüfungen der jeweiligen anderen Institution wurde im Sinne der guten Zusammenarbeit zwischen FMA und OeNB im Jahr 2003 seitens der FMA regelmäßig wahrgenommen. Im Herbst 2003 verabschiedeten FMA und OeNB ein gemeinsames Positionspapier mit dem Ziel, auf Basis der gesetzlichen Grundlagen, unter Ausschöpfung der Synergiepotenziale und der Vermeidung von Doppelgleisigkeiten sowie unter Einhaltung des Prinzips der Transparenz zwischen den beiden Partnern und gegenüber der Öffentlichkeit noch effektiver zusammenzuarbeiten. In diesem Sinn erfolgt auch in den bilateral von FMA und OeNB eingerichteten Gremien ein regelmäßiger und intensiver Informationsaustausch. Überdies ist beim

Auch andere Finanzintermediäre profitieren von der Erholung der Aktienmärkte

BMF das Finanzmarktkomitee, bestehend aus den drei für die Finanzmarktstabilität verantwortlichen Institutionen (BMF, FMA und OeNB), zur Förderung der Zusammenarbeit und des Meinungs austausches eingerichtet.

Die OeNB wurde von der FMA im Jahr 2003 auch verstärkt mit Vor-Ort-Prüfungen in den zentral- und osteuropäischen Ländern beauftragt, welche auf Basis der mit ausländischen Aufsichtsbehörden abgeschlossenen Memoranda of Understanding erfolgten. Auf diese Weise soll dem starken Engagement der österreichischen Kreditinstitute in diesen Staaten Rechnung getragen werden. Gemäß ihrer gesetzlichen Verpflichtung führte die OeNB auch die automationsunterstützte Erfassung und Verarbeitung der aufsichtsrechtlichen Meldungen der Kreditinstitute durch. Auf Basis dieser Daten stellt die OeNB der FMA regelmäßig standardisierte bzw. Ad-hoc-Analysen zur Verfügung, wobei im Jahr 2003 einer der Schwerpunkte auf der Analyse des Fremdwährungsrisikos lag.

Im Rahmen der Datenerfassung für die FMA melden auch die derzeit neun Mitarbeitervorsorgekassen, die gemäß § 1 BWG Kreditinstitute und daher ab Konzessionserteilung meldepflichtig sind, ihre Daten an die OeNB. Seit März 2003 liefern die Mitarbeitervorsorgekassen zusätzlich einen Quartalsausweis zur Überprüfung der Einhaltung der Eigenmittel- und Veranlagungsvorschriften gemäß dem Betrieblichen Mitarbeitervorsorgegesetz (BMVG).

Nicht zuletzt durch die enge operative Einbindung (Anhörungsrechte, gutachterliche Äußerungen etc.) in die Banken- und Finanzmarktaufsicht, konnte die OeNB auch im Eurosystem bzw. in der EU

ihre Aufgaben umfassend wahrnehmen und die internationale Zusammenarbeit mit anderen Zentralbanken und Aufsehern weiter intensivieren. Zu erwähnen sind hier insbesondere der Beratende Bankenausschuss der EU, in dem die Vize-Gouverneurin der OeNB, Gertrude Tumpel-Gugerell, bis zu ihrem Wechsel in das EZB-Direktorium den Vorsitz innehatte, die Aufnahme der OeNB in die Groupe de Contact sowie die Mitarbeit in verschiedenen EU-Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der Umsetzung der Basel II-Regelungen. Die internationale Einbindung der OeNB ist u. a. für den Informationsaustausch, die Analyse internationaler Trends sowie die Weiterentwicklung aufsichtlicher Rahmenbedingungen von großer Bedeutung und dient nicht zuletzt auch der Durchsetzung österreichischer Interessen.

Die OeNB hat auch im Jahr 2003 wieder wesentliche aufsichts- und finanzmarktrelevante Informationen bereitgestellt. So wurden u. a. zwei Produkthandbücher veröffentlicht, die eine Übersicht und Analyse hinsichtlich der auf dem österreichischen Finanzmarkt emittierten strukturierten Finanzprodukte bereitstellen. Ebenfalls wurde begonnen, eine Leitfadensreihe zu verschiedenen Aspekten des Risikomanagements als Orientierungshilfe für die Banken bei der Umsetzung der Basel II-Regelungen zu entwickeln. Darüber hinaus hat sich die in der OeNB-Website integrierte und kontinuierlich erweiterte Informationsplattform *Basel II* im Lauf des Jahres 2003 immer mehr zu einer Informationsquelle der nationalen und internationalen Öffentlichkeit in Bezug auf die Basel II-Regelungen entwickelt.

Gute
Zusammenarbeit
zwischen
FMA und OeNB

Aktive Wahrnehmung
der Aufsichtsagenden

Bereitstellung
von Informationen
durch die OeNB

Basel II und die
Anforderungen
an eine
moderne Aufsicht

Angesichts ständiger Veränderungen im Bankensektor (z. B. neuer Finanzprodukte und neuer Methoden des Risikomanagements) sowie im Hinblick auf die durch Basel II-Regelungen an die OeNB gestellten neuen Herausforderungen wurde ein Modernisierungsprojekt gestartet, das vor allem eine stärkere Risikoorientierung der Aufsicht, die Erhöhung der Effizienz, Anpassungen an die notwendige Internationalisierung sowie letztlich eine Erhöhung der Finanzmarktstabilität zum Ziel hat. Neben der Entwicklung der künftig notwendigen Prozesse (z. B. systemunterstützter Vor-Ort-Prüfung, Teilnahme an den IRB-Genehmigungsverfahren⁵) werden vor allem die gesamte Off-Site-Analyselandschaft (Modellrechnungen) einschließlich der dafür notwendigen IT-Infrastruktur auf den letzten Stand der Technik gebracht und die entsprechenden Schulungsmaßnahmen für die Mitarbeiter bereitgestellt.

Wahrnehmung der
Zahlungssystemauf-
sicht durch die OeNB

Im April 2002 wurde der OeNB die Aufsicht über die Zahlungssysteme übertragen. § 44a Nationalbankgesetz (NBG) regelt neben dem Gesetzesauftrag zur Prüfung der Systemsicherheit der Zahlungssysteme und der sicheren Teilnahme an Zahlungssystemen vor allem die Auskunftspflichten der Zahlungssystembetreiber und -teilnehmer über die von ihnen zur Gewährleistung der rechtlichen, finanziellen, organisatorischen und technischen Systemsicherheit getroffenen Maßnahmen.

Mitarbeit an der
Weiterentwicklung
der Wertpapier-
abwicklung

Die aus Sicht der OeNB für die Gewährleistung der Systemsicherheit als wesentlich angesehenen Anforderungen sind in den so genannten Aufsichtsprinzipien dargestellt. Im Rahmen der von der OeNB durchgeführ-

ten Prüfungen werden publizierte Leitfäden für die Einholung von Auskünften über die Gewährleistung des sicheren Systembetriebs bzw. der sicheren Systemteilnahme verwendet.⁶ In ihrer Prüfungstätigkeit wird die OeNB in Aufsichtsfragen, die mit der organisatorischen und technischen Systemsicherheit in Zusammenhang stehen, regelmäßig vom Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria (A-SIT) unterstützt.

In Erfüllung des gesetzlichen Auftrags gemäß § 44a NBG hat die OeNB zunächst das hauseigene Zahlungssystem ARTIS einer eingehenden Prüfung unterzogen. Im Rahmen dieser Systemprüfung, die Mitte 2003 abgeschlossen wurde, konnte ARTIS ein sehr hohes Sicherheitsniveau bescheinigt werden. Im Jahr 2003 wurde zudem die Prüfung eines weiteren Zahlungssystems durchgeführt.

Um die Entwicklung von Zahlungssystemen regelmäßig beobachten zu können und relevante Daten zur Verfügung zu haben, ist die Zahlungssystemstatistik ein wichtiges Instrument der OeNB. Die Arbeiten für dieses aufsichtsstatistische Meldesystem wurden nach einer eingehenden Marktkonsultation im Jahr 2003 abgeschlossen. Ab 2004 stehen der OeNB quartalsweise (bzw. bei systemrelevanten Systemen auch monatliche) Daten über Infrastruktur (inklusive Verfügbarkeit) und Umsätze der Zahlungssysteme zur Verfügung.

Sichere und effiziente Wertpapierabwicklungssysteme sind aus Sicht der Zentralbanken eine wesentliche Voraussetzung für die effektive Umsetzung der Geldpolitik und das reibungslose Funktionieren der Zah-

⁵ IRB: Internal Ratings Based.

⁶ Die genannten Dokumente sind im Internet verfügbar: http://www2.oenb.at/rel/zsa_p.htm

lungssysteme. Die Zielsetzung einer Arbeitsgruppe des ESZB und des Committee of European Securities Regulators (CESR), in der die OeNB – gemeinsam mit der FMA – mitarbeitet, ist die Schaffung von europäischen Standards für das Clearing und die Abwicklung von Wertpapieren.

Die OeNB ist die gemäß § 2 Abs. 2 Finalitätsgesetz zuständige Behörde zur Anerkennung von Systemen nach dem Finalitätsgesetz. In dieser Funktion hat sie auf Antrag der Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB) – nach Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen – die bei der OeKB eingerichtete und von der OeKB betriebene Wertpapiersammelbank sowie das bei der OeKB eingerichtete und von der OeKB betriebene Arrangement der Wiener Börse per 9. Dezember 2003 bescheidmäßig anerkannt.

OeNB als anerkannter Dialogpartner im Basel II-Prozess

Im Jahr 2003 haben der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht und die Europäische Kommission jeweils eine dritte Konsultationsrunde zu den aktuellen Entwürfen der neuen Eigenmittelvorschriften durchgeführt. Die OeNB hat in enger Zusammenarbeit mit der FMA und dem BMF eine breit angelegte Konsultation mit der Industrie initiiert. Dabei wurden nicht nur die dritten Konsultationspapiere mit den Kreditinstituten diskutiert, sondern vor allem an konkreten technischen Verbesserungsvorschlägen gearbeitet.

In die dritte Auswirkungsstudie (Quantitative Impact Study – QIS 3) wurden im ersten Halbjahr 2003 18 österreichische Kreditinstitute, die insgesamt 37% der Bilanzsumme des gesamten österreichischen Banken-

sektors abbilden, einbezogen. Die OeNB hat in enger Zusammenarbeit mit der FMA die Banken bei der anspruchsvollen Studie unterstützt und die wesentlichen Neuerungen diskutiert. Neben dem beachtlichen Repräsentationsgrad Österreichs bei dieser internationalen Studie konnte dadurch das Know-how deutlich vertieft und notwendige Impulse für die Implementierungsarbeit gesetzt werden.

Die Ergebnisse der dritten Auswirkungsstudie zeigen, dass fortgeschrittene Risikomanagementsysteme belohnt werden und damit ein gutes Anreizsystem zum Ausbau der auf bankinternen Risikoeinstufungen basierenden Ansätze (IRB-Ansätze) geschaffen worden ist. Im Standardansatz ist nach den künftigen Vorschriften mit einem Anstieg des Eigenmittelerfordernisses von 6,6% der Eigenmittel (inklusive dem heute noch nicht zu unterlegenden operationalen Risiko) zu rechnen. Beim einfachen IRB-Ansatz reduziert sich das Eigenmittelerfordernis auch unter Berücksichtigung des operationalen Risikos um 1,8%.

Es zeigt sich also, dass die vorgeschlagenen Regeln – insbesondere die 75-Prozent-Gewichtung von Retail-Geschäften – sowohl den mittelständischen Unternehmen als auch den kleinen und mittelgroßen Banken wesentlich mehr entsprechen als frühere Entwürfe. Dadurch ist sichergestellt, dass die eher klein- und mittelbetrieblichen Strukturen in Österreich keine Benachteiligung durch die Basel II-Regelungen erfahren.

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht hat nach Abschluss der Konsultation die über 200 eingegangenen Kommentare verarbeitet und in einer Presseaussendung vom 11. Oktober 2003 vier Themenschwerpunkte definiert, die noch vor Verabschiedung

Ergebnisse der dritten
Auswirkungsstudie

Intensive Arbeiten
zur Finalisierung
der neuen
Eigenmittel-
vorschriften

der neuen Basler Eigenkapitalvereinbarung zu finalisieren sind. Die größte Veränderung liegt in der Neugestaltung des Eigenmittelerfordernisses für unerwartete Verluste. Bisher war man davon ausgegangen, dass die Eigenmittel sowohl den erwarteten als auch den unerwarteten Verlust abdecken sollen. Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht und die Europäische Kommission haben ein kurzes Konsultationsdokument aufgelegt und bis Ende Dezember 2003 insgesamt 52 Kommentare der Industrie zu den aktualisierten Vorschlägen eingeholt. Als weiteres Ergebnis der dritten Konsultation wurde festgehalten, dass die zu komplex geratenen Vorschriften zur Unterlegung von Verbriefungen zu vereinfachen seien. Schließlich werden die Bestimmungen zur Behandlung von Kreditkarten sowie die genaue Ausgestaltung bestimmter risikominimierender Techniken ebenfalls noch adaptiert.

Die OeNB hat mit der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) unmittelbar nach den Basler Sitzungen am 13. Oktober 2003 hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Finanz über die aktuellen Ent-

wicklungen an einem Runden Tisch informiert.

Weiters hat die OeNB die Kommunikation mit den Banken weiter verstärkt und die Initiativen zur Information der Kreditnehmer und insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen fortgesetzt. Um sicherzustellen, dass sich auch die Bankkunden rechtzeitig auf die Basel II-Regelungen vorbereiten, wurde – in Kooperation mit der WKO – eine Veranstaltungsreihe in den Bundesländern mit Vertretern der österreichischen Wirtschaft abgehalten.

Die jeweils zuständigen Arbeitsgruppen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht arbeiten an den erwähnten Punkten und werden in der Ausschuss-Sitzung im Mai 2004 die aktualisierten Texte vorlegen. Der Mitte 2004 in Aussicht gestellte Termin zur Finalisierung der neuen Eigenkapitalvereinbarung kann damit mit hoher Wahrscheinlichkeit eingehalten werden, und die erforderlichen weiteren Schritte zur nationalen Implementierung, die bis Ende 2006 erfolgen soll, können gesetzt werden.

Neue Dynamik im Zahlungsverkehr, sicherer Umgang der Bevölkerung mit dem Euro-Bargeld

Führende Rolle der OeNB im unbaren Zahlungsverkehr

Es ist eine grundlegende, im Vertrag über die Europäische Union festgelegte Aufgabe des ESZB, das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme zu fördern. Entsprechend dem Protokoll über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB-Satzung) sowie dem Nationalbankgesetz (NBG) stellt die OeNB effiziente und zuverlässige Verrechnungs- und Zahlungsverkehrssysteme innerhalb der EU und im Verkehr mit Drittländern zur Verfügung. Die Kernaufgaben sind im Art. 105 Abs. 2 EG-Vertrag, in der ESZB-Satzung und in § 4 und § 50 NBG geregelt.

Im März 2003 hat die BIZ das Ergebnis der Konsultation international bedeutender Zahlungsverkehrsexperten zu möglichen Maßnahmen der Zentralbanken für die Weiterentwicklung des Massenzahlungsverkehrs veröffentlicht. Konkret spricht sich die BIZ dafür aus, dass sich Zentralbanken vier Ziele zur Erhaltung und Förderung effizienter und sicherer Zahlungsverkehrsstrukturen setzen:

- die Begünstigung rechtlich und regulatorisch zweckmäßiger Rahmenbedingungen
- die Favorisierung wettbewerbsgeprägter Marktbedingungen
- die Unterstützung effektiver Standards und verbesserter Infrastrukturen
- die für den Markt effektivste Erbringung von zentralbankspezifischen Dienstleistungen

Zur Erfüllung dieser Ziele werden Mindestanstrengungen der Zen-

tralbanken gefordert, darunter die kontinuierliche Reflexion der bestehenden Prozesse und die Verbesserung der erbrachten Dienstleistungen. Ein über die bisherigen Tätigkeiten hinausgehendes Engagement, auch im operativen Bereich, wird bei entsprechenden Marktgegebenheiten und in Kooperation mit den betroffenen Institutionen als positiver Impuls für eine effizientere Zahlungsverkehrsabwicklung gewertet.

Der im Juni 2003 publizierte Fortschrittsbericht der EZB¹ unterstreicht die Rolle des ESZB als Katalysator für die Einleitung der notwendigen Veränderungen im Bankensektor zur Schaffung eines einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums. Dennoch sieht sich das ESZB derzeit eher als aktiver Beobachter und zieht es vor, die Marktkräfte frei wirken zu lassen. Sollte sich der Markt jedoch nicht eigenständig entwickeln, könnte das Eurosystem eine aktivere Rolle übernehmen, indem es verstärkt regulatorisch und operativ tätig wird.

Aktuelle Entwicklungen im europäischen Zahlungsverkehr als neue Herausforderung

Die EU ergreift mit Richtlinien und Verordnungen zunehmend die Initiative im Bereich des Zahlungsverkehrs. Bereits im Jahr 2002 mussten aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 2560/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2001 über grenzüberschreitende Zahlungen in Euro die Gebühren für Barabhebungen bei Geldausgabeautomaten oder Kreditkartenzahlungen im Euroraum an die jeweiligen Inlandsgebühren angepasst

OeNB erfüllt
gesetzlichen Auftrag
im Zahlungsverkehr

BIZ und EZB
für aktive Rolle
der Zentralbanken
im Massenzahlungsverkehr

EU-Verordnung führt
zu Gebührensenkungen
bei Auslandsüberweisungen

¹ EZB. 2003. *Auf dem Weg zu einem einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum – Fortschrittsbericht.* Frankfurt/M.: EZB. Juni.

EU initiiert neue
rechtliche Rahmen-
bedingungen für
europäischen
Zahlungsverkehr

Europäische Banken
forcieren
Zahlungsverkehrs-
binnenmarkt

werden. Am 1. Juli 2003 sind die Bestimmungen für grenzüberschreitende Überweisungen in Kraft getreten. Seither sind auch die Preise für Überweisungen ins Ausland jenen für Inlandsüberweisungen anzupassen, unter der Voraussetzung, dass der Wert der Überweisung 12.500 EUR (ab dem Jahr 2006 50.000 EUR) nicht überschreitet und dass der Auftraggeber die internationale Kontonummer IBAN² und den Bankidentifikationscode BIC³ angibt. Die Europäische Kommission hat mit dieser Verordnung einen bedeutenden Schritt in Richtung eines einheitlichen Zahlungsverkehrsraums gesetzt. Die österreichischen Banken haben mit der Gleichstellung der Preise für den In- und Auslandszahlungsverkehr diese Verordnung zeitgerecht umgesetzt. Begleitende Maßnahmen, wie eine Informationskampagne zur neuen EU-Verordnung, haben den Kunden bei der Erfüllung der Anforderungen für die Inanspruchnahme der günstigeren Gebühren geholfen.

Die zukünftigen Strukturen einer effizienten europäischen Zahlungsverkehrslandschaft sollen keinen Spielraum für überhöhte Zugangs- und Transportkosten, für Innovationshemmnisse und für willkürliche technische Barrieren lassen. Mit der raschen Umsetzung des Binnenmarktpinzips im Zahlungsverkehr haben sich die nationalen Zentralbanken, in intensiver Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken und der Europäischen Kommission, für eine aktive Rolle zur Verwirklichung einer wettbewerbsfähigen und EU-konformen Zahlungsverkehrslandschaft entschlossen. Im kontinuierlichen Dialog mit österreichischen Finanz-

dienstleistungsunternehmen und mit den Partnern innerhalb des ESZB schafft die OeNB Rahmenbedingungen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Zahlungsverkehrssysteme im Sinne eines einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsbinnenmarktes.

Die Schaffung neuer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Zahlungsverkehr ist der nächste Schritt zur Verwirklichung des einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsbinnenmarktes. Diese liegen derzeit zur Stellungnahme für die Öffentlichkeit auf und werden in Zukunft eine wichtige Rolle für die Integration des Massenzahlungsverkehrs spielen. Im Detail werden folgende Ziele verfolgt:

- die Beseitigung von technischen und rechtlichen Hürden zur Sicherstellung effizienter und sicherer Zahlungsverkehrsdienstleistungen und eines angemessenen Konsumentenschutzes
- die Beseitigung von rechtlichen Unterschieden auf nationaler Ebene zur Angleichung der Effizienz im Binnenzahlungsverkehr an jene der nationalen Märkte
- die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Zahlungsverkehrsvorschriften auch in Anbetracht der EU-Erweiterung
- die Implementierung der neuen Geldwäschebestimmungen
- die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Finanzplatzes auf dem Weltmarkt sowie die Anpassung der Rechtsvorschriften an den technologischen Fortschritt

Der Entwurf über die neuen Rechtsgrundlagen bezieht sich auf nationale und grenzüberschreitende

² IBAN: International Bank Account Number.

³ BIC: Bank Identifier Code.

Massenzahlungen unter 50.000 EUR. Die Bestimmungen werden voraussichtlich 2004 in Kraft treten.

OeNB weitet Leistungen im Zahlungsverkehr aus

Das transeuropäische automatisierte Echtzeit-Brutto-Großbetragszahlungssystem TARGET⁴ besteht aus den 15 nationalen RTGS-Systemen⁵ der EU-Mitgliedstaaten, dem Zahlungsverkehrsmechanismus der EZB und einer Interlinking-Komponente, die eine Verbindung zwischen den einzelnen Systemen im TARGET-Verbund ermöglicht.

Das RTGS-System der OeNB – ARTIS⁶ – hat seit seinem Bestehen stets wachsende Transaktionszahlen bei einem gleichzeitig gestiegenen Transaktionsvolumen verarbeitet. Im Jahr 2003 erfasste ARTIS insgesamt rund 3,3 Millionen Zahlungen im Gesamtwert von rund 7.934 Mrd EUR. Auf das Inlandsgeschäft entfielen davon rund 1,9 Millionen Zahlungen mit einem Gesamtwert von rund 2.329 Mrd EUR. Gegenüber dem Vorjahr hat ARTIS bei den grenzüberschreitenden Transaktionen eine Steigerung um 7,7% verzeichnet, dies entspricht einer Steigerungsrate von 11,4% bei den Beträgen.

Auch im Jahr 2003 wurden die Anforderungen der TARGET-Teilnehmer im Zuge der TARGET User Group aufgenommen und die neuesten Entwicklungen in ARTIS vorgestellt. Die Abwicklung von Transaktionen in Zentralbankgeld über TARGET hat wesentlich zur Reduzierung des Systemrisikos und somit zur Sicherung der Finanzmarktstabilität beigetragen. Das Risikomanagement für TARGET wurde im Jahr 2003

verbessert und internationalen Standards angepasst.

Als Großbetragszahlungssystem des ESZB hat TARGET wesentlich zur Integration des Euroraums beigetragen. Um diesen Integrationsprozess noch stärker voranzutreiben und den Bedürfnissen der Teilnehmer noch besser entsprechen zu können, hat der EZB-Rat am 24. Oktober 2002 einen strategischen Beschluss über die langfristige Ausrichtung und Struktur des Nachfolgesystems von TARGET (TARGET2) gefasst. Demzufolge wird TARGET2 umfassende und harmonisierte Grundleistungen auf allen Plattformen anbieten. Für diese Grundleistungen wird es eine einheitliche Preisstruktur auf der Basis des effizientesten RTGS-Systems – also jenes Systems mit den niedrigsten durchschnittlichen Kosten pro Transaktion – geben. Zudem müssen innerhalb der ersten vier Jahre nach dem Start von TARGET2 alle Subventionen, die über einen bestimmten Gemeinwohlfaktor hinausgehen, verbindlich abgeschafft werden. Mit der Quantifizierung des Gemeinwohlfaktors wurde eine Expertengruppe in der EZB beauftragt. In den ersten drei Jahren kann TARGET2 aus mehreren RTGS-Systemen und/oder aus einer einzigen Gemeinschaftsplattform (Single Shared Platform) bestehen. Letztere steht im Eigentum aller sich beteiligenden nationalen Zentralbanken, die ihr eigenes RTGS-System aufgeben. Nach den ersten drei Jahren steht es den nationalen Zentralbanken frei, ihr eigenes System weiter zu betreiben, sich an der Gemeinschaftsplattform zu beteiligen oder gemeinsam mit anderen nationalen

Harmonisierte
Grundleistungen
für TARGET2

ARTIS verzeichnet
erneut höhere
Transaktionszahlen
bei grenzüberschreitenden
Zahlungen

⁴ TARGET: Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer.

⁵ RTGS: Real Time Gross Settlement.

⁶ ARTIS: Austrian Real Time Interbank Settlement.

Banken fordern eine
zentrale Plattform
für TARGET2

Voraussichtliche
Projektlaufzeit
für TARGET2
bis Anfang 2007

OeNB unterstützt
Konzept einer
gemeinsamen
Plattform
für TARGET2

Zentralbanken eine neue Plattform zu gründen.

Am 25. April 2003 endete das öffentliche Konsultationsverfahren zu TARGET2. Der europäische Finanzsektor wurde eingeladen, zu den geplanten Veränderungen für TARGET2 Stellung zu nehmen und die Anforderungen an das neue System einzubringen. Eine Zusammenfassung aller Meldungen wird seit Juli 2003 auf der Website der EZB angeboten. Die Bankenverbände begrüßten die Initiative zur Weiterentwicklung von TARGET in Richtung einer zentralen Plattform und bekräftigten ihren Wunsch, in den Entwicklungsprozess von TARGET2 auch weiterhin aktiv eingebunden zu werden.

Das TARGET2-Projekt ist in drei Phasen gegliedert: die Vorprojektphase, die Projektphase und die Testphase. Das Jahr 2003 war der Vorprojektphase gewidmet. Ein erster Vorschlag bezüglich der Grundleistungen für TARGET2 wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse des öffentlichen Konsultationsverfahrens erarbeitet, und die Kostenerhebung zur Identifizierung des effizientesten RTGS-Systems wurde verbessert. Die Erstellung der Spezifikationen und die technische Entwicklung von TARGET2 sind Arbeitsschwerpunkte der Hauptprojektphase, die voraussichtlich Mitte 2004 beginnen und im Jahr 2005 enden wird. In der Testphase, voraussichtlich im Jahr 2006, sind schließlich die einwandfreie Kommunikation zwischen allen Systemen in TARGET2 und die vereinbarten Leistungen aller Dienstleistungsunternehmen zu prüfen, darunter auch jene von SWIFT⁷. Damit auch den neuen Mitgliedstaaten TARGET2 rechtzeitig zur Verfügung steht, sollte der Start von TARGET2

auf den ehest möglichen Zeitpunkt fallen, an dem ein neuer Mitgliedstaat an der WWU teilnehmen kann. Ferner steht es den neuen Mitgliedstaaten frei, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur EU bereits im Jahr 2004 an TARGET teilzunehmen. Die OeNB trifft Vorkehrungen für einen möglichen Start von TARGET2 am 2. Jänner 2007. Dennoch wird TARGET2 erst dann den Betrieb aufnehmen, wenn alle Plattformen in TARGET2 die gleichen Grundleistungen mit der gleichen Preisstruktur anbieten und die Gemeinschaftsplattform zur Verfügung steht. Unabhängig von der zukünftigen Struktur von TARGET2 bleiben die bestehenden Geschäftsbeziehungen zwischen den nationalen Geschäftsbanken und der jeweiligen Zentralbank aufrecht, auch wenn diese an der Gemeinschaftsplattform teilnimmt.

Angesichts des Beschlusses des EZB-Rats vom 24. Oktober 2002 über die zukünftige Struktur von TARGET2 und angesichts der Ereignisse im Jahr 2003 hat die OeNB den Entschluss gefasst, sich an der Gemeinschaftsplattform für TARGET2 zu beteiligen. Bereits heute kann davon ausgegangen werden, dass die Gemeinschaftsplattform einen Großteil aller Transaktionen in TARGET2 abwickeln wird. Die Entwicklung eines zentralen Systems für TARGET2 entspricht einerseits den Forderungen der Banken, die aus dem öffentlichen Konsultationsverfahren zu TARGET2 resultieren, andererseits ist es ein klares Bekenntnis des ESZB zur Etablierung einheitlicher Standards für den Euro-Großbetragszahlungsverkehr. Die OeNB möchte mit ihrem frühen Entschluss, an der Gemeinschaftsplattform teilzunehmen, die

⁷ SWIFT: Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication.

Arbeitsprozesse rund um TARGET2 im Rahmen des ESZB erleichtern.

Die Schaffung eines einheitlichen Zahlungsverkehrsbinnenmarktes wird von der EZB und der Europäischen Kommission mit Nachdruck verfolgt. In diesem einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsbinnenmarkt soll auch der grenzüberschreitende Massenzahlungsverkehr innerhalb der EU in Zukunft genauso effizient funktionieren wie der Inlandszahlungsverkehr in den einzelnen Mitgliedstaaten. Mit der Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen in Euro hat die Europäische Kommission einen ersten wichtigen Schritt in Richtung eines europäischen Zahlungsverkehrsraums gesetzt. Aufgrund der veränderten Marktanforderungen und der gesetzlichen Rahmenbedingungen verfolgen die europäischen Banken das Ziel, für die Verarbeitung von grenzüberschreitenden Überweisungen innerhalb der EU eine ebenso effiziente und kostengünstige Infrastruktur zu schaffen, wie sie für den Inlandszahlungsverkehr in den meisten Ländern durch nationale automatisierte Clearinghäuser (ACHs)⁸ bereits existiert. Ein solches System für Intra-EU-Zahlungen wird als europaweites automatisiertes Clearinghaus (PE-ACH)⁹ bezeichnet. Um eine preiswerte, effiziente und sichere Abwicklung zu ermöglichen, muss sich ein PE-ACH an den Konventionen der vollautomatisierten Abwicklung von Zahlungsaufträgen (Straight Through Processing) orientieren. Demnach

müssen die getätigten Zahlungen automationsgerecht eingereicht werden, d. h. alle notwendigen Informationen, die eine automatische Weiterverarbeitung ohne manuelle Eingriffe ermöglicht, enthalten.

Die Euro Banking Association (EBA)¹⁰ stellt mit dem System STEP2¹¹ den Kreditinstituten die technische Infrastruktur für die kostengünstige und schnelle Abwicklung der in der Verordnung betroffenen Überweisungen zur Verfügung. STEP2 ist die erste und bislang einzige Infrastruktur für das europaweite Clearing von grenzüberschreitenden Überweisungen innerhalb der EU.¹² STEP2 ging im April 2003 in den Testbetrieb, um im Juli 2003 – zeitgleich mit In-Kraft-Treten der EU-Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen in Euro – den Produktionsbetrieb aufzunehmen.

Angelehnt an die EU-Verordnung beträgt der Höchstbetrag für Überweisungen, die in STEP2 verarbeitet werden, 12.500 EUR, ab Jänner 2006 50.000 EUR. Um auch für Überweisungen in den EU-Raum in den Genuss der geringen Inlandsgebühren zu kommen, müssen Kunden die IBAN des Empfängers sowie den BIC der Empfängerbank verwenden. Den eigenen IBAN und BIC erfahren Kunden von ihren Kreditinstituten, die diese Daten seit 1. Juli 2003 auf den Kontoauszügen oder einer Beilage angeben. Darüber hinaus sind Unternehmer, die innerhalb der EU Rechnungen für Waren und Dienstleistungen ausstellen, dazu

STEP2 etabliert sich
als europaweites
Clearinghaus

⁸ ACH: Automated Clearing House.

⁹ PE-ACH: Pan-European Automated Clearing House.

¹⁰ Die EBA wurde im Jahr 1985 von 18 Geschäftsbanken und der Europäischen Investitionsbank mit Sitz in Paris gegründet. Sie ist Initiator für die Entwicklung und den Aufbau einer europaweiten Zahlungsverkehrsinfrastruktur. Mehr als 190 Institute (Stand Februar 2004) sind als Mitglieder registriert. Die EBA bietet die Zahlungsverkehrssysteme EURO1, STEP1 und STEP2 an.

¹¹ STEP: Straight Through Euro Processing.

¹² Gemäß Resolution 135/03 des European Payments Council vom 10. Jänner 2003.

Vorteile durch das
STEP2-Engagement
der OeNB

OeNB fördert
Anbindung des
österreichischen
Finanzplatzes an
STEP2

verpflichtet, ihren ausländischen Kunden IBAN und BIC mitzuteilen.¹³ Bis dato verarbeitet STEP2 ausschließlich Überweisungen. Für die Zukunft ist jedoch eine Ausweitung des Leistungsangebots auf zusätzliche Zahlungsinstrumente, wie z. B. Lastschriften, geplant. Bislang nehmen 48 Banken (Stand Februar 2004) direkt an STEP2 teil. Über diese direkten Teilnehmer nutzen mehr als 1.000 Banken als indirekte Teilnehmer STEP2 aktiv. Die OeNB und die Deutsche Bundesbank nehmen als direkte Teilnehmer an STEP2 eine Vorreiterrolle unter den nationalen Zentralbanken ein.

Die OeNB sah es von Anfang an als ihre Aufgabe an, allen österreichischen Kreditinstituten einen gleichberechtigten Systemzugang zu STEP2 zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund hat sich die OeNB zum ehestmöglichen Zeitpunkt als zentraler Knotenpunkt für Intra-EU-Zahlungen positioniert. Am 3. November 2003 konnte der OeNB-Zugang zu STEP2 nach einer nur zehnmonatigen Projektlaufzeit wie geplant den Produktionsbetrieb aufnehmen. In ihrer Funktion als neutraler Partner fungiert die OeNB somit auch im Massenzahlungsverkehr als Schnittstelle für Zahlungen in den Euroraum und steht allen teilnehmenden Geschäftsbanken als Abwickler sowohl für Aufträge von als auch für Aufträge an STEP2 zur Verfügung. Mehr als 85% der heimischen Banken nutzen den STEP2-Zugang der OeNB für die Abwicklung ihrer grenzüberschreitenden Überweisungen innerhalb der EU. Damit ist die

OeNB jener direkte STEP2-Teilnehmer, der europaweit die zweitgrößte Anzahl an Banken in Form von indirekten Teilnehmern an STEP2 anbindet. Darüber hinaus garantiert die OeNB als „entry point“ für Österreich, dass alle heimischen Banken über STEP2 erreicht werden können.

Aus der Teilnahme der OeNB an STEP2 resultiert für den österreichischen Finanzplatz eine Reihe von Vorteilen:

- Kosteneinsparungen für Banken
- Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Finanzplatzes durch die Schaffung einer effizienten Infrastruktur für den Massenzahlungsverkehr
- Sicherstellung, dass alle heimischen Banken über einen neutralen Partner zu einem wettbewerbsfähigen Preis an STEP2 teilnehmen können, und damit Chancengleichheit im internationalen Wettbewerb
- Synergieeffekte durch die Vermeidung von Parallelstrukturen

Die Erstellung des zentralen Knotenpunkts zum STEP2-System über die OeNB ist ein Musterbeispiel einer Public Private Partnership, die nur durch die enge Kooperation zwischen der OeNB, den Geschäftsbanken und der Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH¹⁴ möglich geworden ist. Diese Kooperation ist nach der Gründung der GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA) ein weiteres Beispiel für moderne und Erfolg versprechende Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr in Österreich.

¹³ Siehe dazu die EU-Verordnung Nr. 2560/2001 Art. 5 Abs. 4.

¹⁴ Die APSS ist ein gemeinsames Unternehmen der österreichischen Banken und der OeNB. Ihre Kernkompetenz ist die Abwicklung des bargeldlosen, kartengestützten Zahlungsverkehrs.

Mit der Markteinführung des *eKontos* (vormals *ARTIS Online Internet*) im Jahr 2002 ermöglichte die OeNB als erste nationale Zentralbank im ESZB die Abfrage von Kontoinformationen und das Senden von Servicenachrichten über das Internet. Im Jahr 2003 wurde der Funktionsumfang um die Durchführung von Zahlungsaufträgen erweitert und somit das *eKonto* zur echten eBusiness-Lösung für das Kontenmanagement ausgebaut. Unter Nutzung einer hochsicheren Public Key Infrastructure können Inhaber von OeNB-Konten erstmals Zahlungen über das Internet durchführen. Basierend auf dem Einsatz der sicheren elektronischen Signatur gemäß dem österreichischen Signaturgesetz kommt dieser Referenzanwendung in zweierlei Hinsicht besondere Bedeutung zu: Einerseits gewährleistet sie in technischer Hinsicht den derzeit höchsten Sicherheitsstandard, andererseits wird durch das strenge öster-

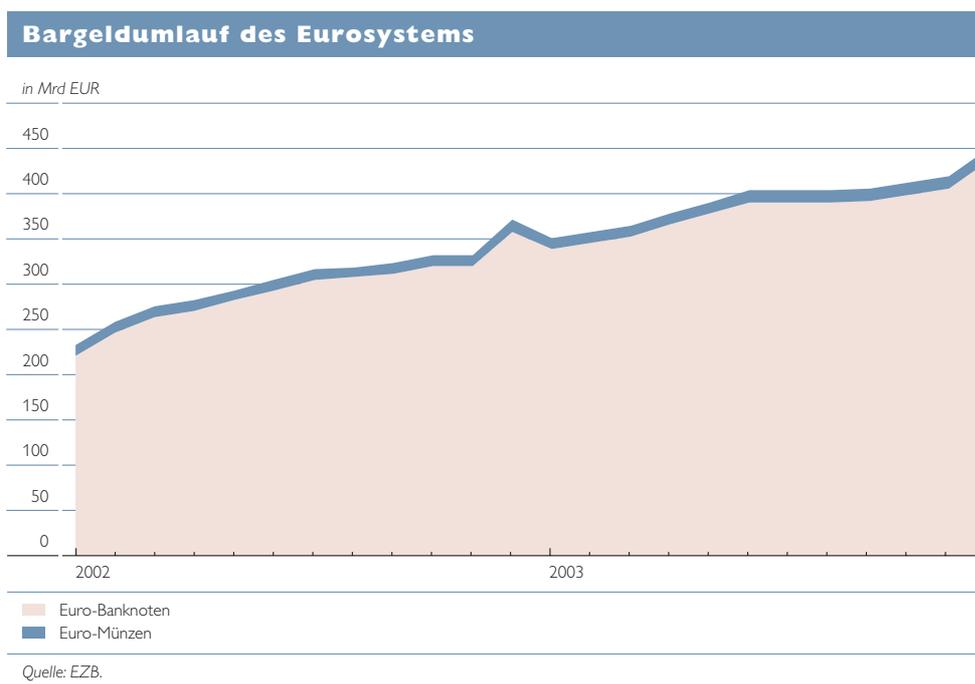
reichische Signaturgesetz eine entsprechend hohe Rechtssicherheit geboten. Die Einstellung der Elektronischen Banken-Kommunikation (EBK) im Herbst 2003, die bislang von zahlreichen Finanzdienstleistungsunternehmen zur Disposition ihrer Zentralbankkonten genutzt wurde, unterstreicht die Notwendigkeit des *eKontos*, das auch eine Ausfallslösung zu SWIFT darstellt. Mit der Bereitstellung des *eKontos* nimmt die OeNB nicht nur ihren gesetzlichen Auftrag – das sichere und reibungslose Funktionieren des Zahlungsverkehrs zu gewährleisten – wahr, sondern bestätigt ihre Position als kundenorientierter Dienstleister und kompetenter Partner im Zahlungsverkehr.

OeNB unterstützt
Zahlungsaufträge
mit sicherer
digitaler Signatur

Sicherheit beim Bargeld

Der Bargeldumlauf im Euroraum stieg mit Jahresende 2003 erstmals über die Marke von 450 Mrd EUR. Im Jahresvergleich wuchs das Bargeldvolumen somit um 21,4%.

Bargeldumlauf des
Eurosystems steigt
stark an



Bargeldumlauf im Euroraum –

Banknotenmigration als wesentlicher Faktor

Der Bargeldumlauf eines Landes war in der Vergangenheit ein wichtiger Indikator für andere Kenngrößen. Vor dem Hintergrund der stetig steigenden Bargeldmenge konnten z. B. die Wachstumsraten der elektronischen Zahlungssysteme richtig eingeschätzt oder die Fälschungszahlen unterschiedlicher Länder verglichen werden. Die Berechnung des Bargeldumlaufs war sehr einfach: Die Differenz zwischen den von der jeweiligen Zentralbank ausgegebenen und den an diese Zentralbank zurückgelieferten Banknoten und Münzen war der Umlauf eines Landes. Das Abfließen geringer Mengen in andere Länder spielte keine wesentliche Rolle, da der Großteil davon früher oder später wieder in das Ursprungsland zurückkam. Durch die Einführung des Euro-Bargelds hat sich diese Situation grundlegend verändert. Das Bargeld, das durch den Tourismus aus anderen Ländern des Euroraums hereinfließt, wird nicht mehr repatriiert, sondern speist den Bargeldkreislauf in Österreich. Untersuchungen, die direkt auf die Geldbörsen der Österreicher abzielen, zeigen, dass durch diese Migration bereits 26 % der Münzen und 52 % der Banknoten aus anderen Ländern stammen. Bei den 50 Euro- und 20 Euro-Banknoten führt dies dazu, dass bereits mehr Banknoten in die OeNB zurückgeflossen sind, als jemals von ihr ausgegeben wurden. Es zeigt sich, dass die Differenz zwischen Ausgabe und Rückfluss von Bargeld bei einer einzelnen Zentralbank kein tauglicher Indikator mehr ist, um zu bestimmen, wie viel Bargeld in diesem Land zirkuliert. Aus diesem Grund werden nur die Umlaufzahlen des gesamten Eurosystems publiziert.

Bankomaten
geben zunehmend
auch 50 Euro-
Banknoten aus

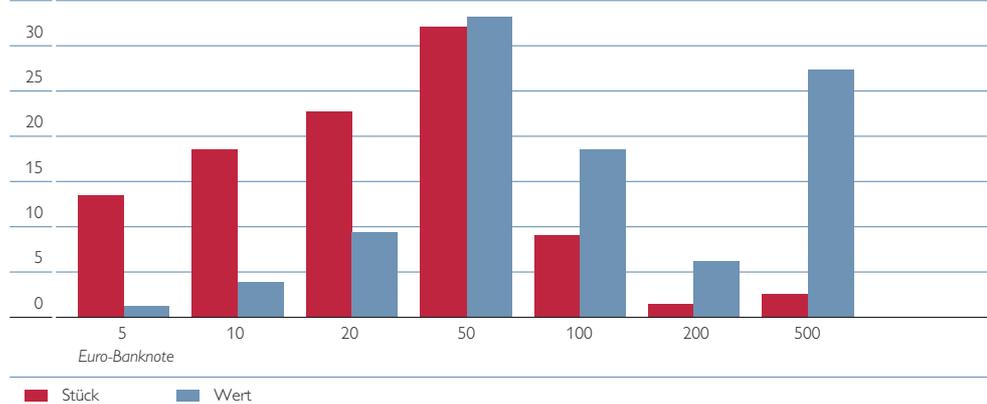
Europaweit stellt die 50 Euro-Banknote sowohl stück- als auch wertmäßig mit rund einem Drittel des Umlaufs die wichtigste Kategorie dar. Die Situation in Österreich unterscheidet sich davon ein wenig. Im Zuge der Euro-Bargeldumstellung wurde beschlossen, die Bankomaten mit 10 Euro- und 100 Euro-Banknoten zu befüllen. Dies geschah in Analogie zur früheren Bestückung

der Bankomaten mit 100 Schilling- und 1.000 Schilling-Banknoten. Die Erfahrungen haben jedoch gezeigt, dass es sowohl vonseiten der Konsumenten als auch des Handels den Bedarf nach einer differenzierteren Bestückung der Bankomaten gibt. Die OeNB hat darauf reagiert, indem der Betreiberfirma der Bankomaten, APSS, der Auftrag zu einer Umprogrammierung der Software erteilt

Zusammensetzung des Euro-Banknotenumlaufs im Euroraum

Stand per 31. Dezember 2003

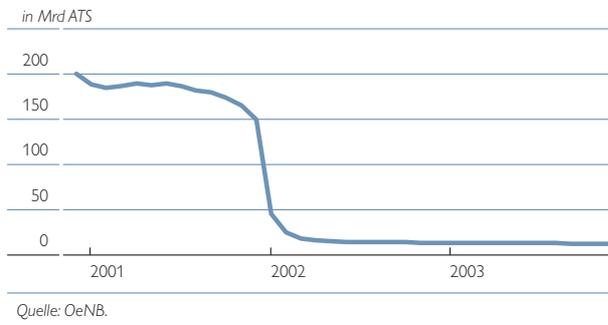
Anteil in %



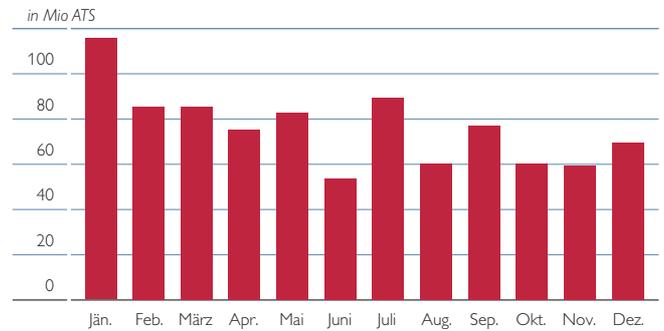
Quelle: EZB.

Aushaftende Schilling-Bestände

von Dezember 2000 bis Dezember 2003



Schilling-Rücklauf im Jahr 2003



wurde. Im Sommer 2003 wurden in einem Testbetrieb die Bankomaten der OeNB mit der neuen Software betrieben und geben seitdem zusätzlich 50 Euro-Banknoten aus. Nach dem erfolgreichen Abschluss dieses Testbetriebs wurde die Software auch für alle anderen Bankomaten freigeschaltet und die Betreiberbanken haben daher seit Herbst 2003 ebenfalls die Möglichkeit, ihre Bankomaten mit diesen drei Kategorien zu befüllen.

Nach wie vor nützen viele Kunden den kostenlosen Schilling-Umtausch in der OeNB-Hauptanstalt sowie in den Zweiganstalten. Die Hauptlast des Schilling-Rücklaufs fiel aber bereits in den Monaten rund um den Jahreswechsel 2001/02 an. Doch auch im Jahr 2003 wurden noch 910 Mio. ATS in Euro gewechselt. Da sich der Rückfluss der Schilling-Banknoten und -Münzen zunehmend aus Kleinstbeträgen zusammensetzt, ist der Zustrom zu den Kassen der OeNB weiterhin stark.

Ein wesentliches Ziel der OeNB ist es, die Bargeldexperten (Bankkassiere, Supermarktkassiere, Handelsmitarbeiter etc.) frühzeitig und professionell auf deren Arbeitsgebiet Euro-Bargeld einzuschulen. Um die

Informationen punktgenau zu den Zielpersonen zu bringen, wurde ein Multiplikatorensystem entwickelt, bei dem OeNB-Experten rund 5.000 externe Moderatoren ausgebildet haben, die im Schneeballsystem weitere rund 120.000 Bargeldexperten an den Euro heranführen. Als Serviceleistung werden weiterhin diese Bargeldschulungen unter Berücksichtigung der derzeitigen Fälschungen insbesondere für den Handel durchgeführt.

Im Herbst 2003 wurde der Bereich *Der Euro – unser Geld* auf der Website der OeNB um eine Experten-Website¹⁵ ergänzt. Im Fokus stehen Informationen rund um das Thema Bargeld. Dieses Service soll den Bargeldexperten aus den Banken, den Finanzämtern, der Exekutive, dem Zoll und dem Handel noch mehr Sicherheit im täglichen Umgang mit dem Euro geben. Die Experten-Website vermittelt den bereits zahlreichen Nutzern einen genauen Überblick über die Sicherheitsmerkmale des Euro und informiert über aktuelle Fälschungen und Statistiken.

Während die Fälschungszahl im Jahr 2003 europaweit weiter angestiegen ist, haben sich die Zahlen in Österreich in etwa auf dem Niveau

Schilling-Rücklauf gebremst, aber stetig

Schulungen als Schutzmaßnahme gegen Fälschungen

¹⁵ Siehe dazu: <http://bargeld.oenb.at>

des zweiten Halbjahres 2002 eingependelt. Es zeigte sich, dass Österreich im Jahr 2002 die Erstdestination vieler Fälscher aus Osteuropa war, deren Aktivitäten sich aber nun auf den gesamten Euroraum ausgeweitet haben. So betrafen im Jahr 2003 lediglich 1,3% aller Fälschungen Österreich.

Die Position Österreichs wurde dank beispielhafter Kooperation aller Institutionen und Einzelpersonen aus den Bereichen Produktion/Distribu-

tion sowie Prävention/Überwachung stark verbessert. Ein funktionierendes System zum Schutz vor Fälschungen als Ergebnis der intensiven Informationsarbeit in Kooperation mit dem Bundesministerium für Inneres und den Medien sorgt dafür, dass sich 80% der Österreicher über die Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten gut bzw. einigermaßen gut informiert fühlen. Aus diesem Grund ist Österreich für professionelle Fälscher ein unattraktives Land.

Vertrauen durch Transparenz und Dialog

Die Medien – unsere Partner im Bereich Öffentlichkeitsarbeit

Die wesentlichste Voraussetzung für innovatives Handeln ist Kommunikation. Untersuchungen zeigen, dass innovative und moderne Unternehmen mehr als andere über ihre Grenzen hinweg kommunizieren. Heute müssen auch wirtschaftspolitische Akteure den Kontakt mit der Öffentlichkeit suchen und forcieren, um der Gefahr der Isolierung entgegenwirken zu können. Dem kann nur durch permanentes Informieren, durch die kontinuierliche und offene Kommunikation nach innen und außen begegnet werden. Das Erfolgskonzept heißt also Transparenz. Die OeNB hat sich diesem Motto verschrieben und im Jahr 2003 verstärkt den Kontakt zur Öffentlichkeit gesucht, um das Vertrauen in die erfolgreiche Geldpolitik des Eurosystems und die gemeinsame Währung zu stärken. Die OeNB fungiert als Kommunikationsschnittstelle zwischen der Geldpolitik und der österreichischen Politik, Wirtschaft und Bevölkerung gleichermaßen.

Wesentlich dabei ist – im modernen Informationszeitalter – die reibungslose Zusammenarbeit mit den Medien. Mittels eines groß angelegten Konzepts von Journalistenseminaren hat die OeNB in vier Modulen Finanz- und Wirtschaftsjournalisten des Landes eingeladen, mehr über die Arbeit der Zentralbank zu erfahren.

Journalistenseminare sind vielerorts bereits gängige Praxis erfolgreicher Kommunikationspolitik. Zudem stellen sie ein probates Mittel dar, abseits der Jagd nach Schlagzeilen quasi „off the record“ komplexe Zusammenhänge und Tätigkeitsfelder genauer darzustellen und zu erläutern. Die diversen Module behandel-

ten die einzelnen Aufgabenbereiche und Geschäftsfelder der OeNB und werden von nun an in regelmäßigen Abständen stattfinden, um auch weiteren Finanz- und Wirtschaftsjournalisten detaillierten Einblick in eine Zentralbank zu geben.

Des Weiteren hat die OeNB in direkter Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Rundfunk (ORF) und diversen Printmedien die Öffentlichkeit gezielt hinsichtlich der Bereiche Sicherheitsmerkmale und Euro-Wertverständnis informiert. So konnten z. B. im Zuge des Silvesterquiz – das gemeinsam mit dem ORF ins Leben gerufen wurde – im Zeitraum von 20. bis 31. Dezember 2003 knapp 20 Millionen Menschen erreicht werden. Die Einführung des Euro-Bargelds liegt zwar schon einige Zeit zurück, dennoch haben sich noch nicht alle Bürger unseres Landes ganz an die gemeinsame Währung gewöhnt. Dieser Prozess dürfte doch länger dauern als ursprünglich angenommen. Deshalb hat die OeNB im Zuge der *Eurotour* auch im Jahr 2003 wieder den direkten Kontakt zu den Menschen unseres Landes gesucht, um einerseits neben der Hauptanstalt bzw. den Zweiganstalten der OeNB eine weitere Möglichkeit zum Schilling-Umtausch anzubieten und andererseits weiterhin über die Sicherheitsmerkmale zu informieren. Die *Eurotour* des OeNB-Euro-Busses durch Österreich war ein Erfolg. An den 62 Standorten gab es starke Nachfrage seitens der Bevölkerung. Einerseits nahmen rund 30.000 Menschen die angebotene Falschgeld-Präventionsschulung wahr, andererseits wechselten rund 20.000 Personen restliche Schilling-Bestände in Euro um.

Offenheit als Basis
für Vertrauen

Gezielte präventive
Informations-
maßnahmen
als Schutz
vor Euro-Fälschungen

Informations-
programme
für Journalisten als
Schritt in Richtung
mehr Transparenz

Vielfältige kommunikationspolitische Instrumente stärken den Dialog

Unterschiedliche Kommunikationsmittel als Garant für Dialog und Meinungsaustausch

Zweiganstalten als regionale Informationszentren

Dialog mit der Politik

OeNB-Hotlines – der „direkte Draht“ für die Bevölkerung

Durch den Einsatz vielfältiger Kommunikationsinstrumente hat die OeNB im Jahr 2003 gezielt versucht, den Dialog mit der Öffentlichkeit noch stärker zu forcieren. Neben den bereits erwähnten Informationsprogrammen für Finanz- und Wirtschaftsjournalisten wurden zahlreiche Veranstaltungen, wie z. B. Konferenzen, Tagungen und Workshops, veranstaltet. Insgesamt wurden 281 Veranstaltungen mit rund 15.000 Besuchern organisiert. Mit diesen hochkarätig besetzten Tagungen bietet die OeNB den Akteuren aus Politik und Wirtschaft eine Dialogplattform, die den ständigen Forschungs- und Meinungsaustausch fördert und unterstützt. Anlässlich des Jahrestages des Endes der dualen Phase veranstalteten die OeNB und ihre Zweiganstalten am 28. Februar 2003 den so genannten *Eurotag*. Erklärtes Ziel des *Eurotages* war die Beschäftigung mit den Themen *Sicherheitsmerkmale* und *Euro-Wertgefühl*. Allein in Wien fanden 3.000 Besucher den Weg in die OeNB. In den Zweiganstalten konnten zusätzliche 7.000 Besucher begrüßt werden. Im Zuge des breitgefächerten Programms an diesem Tag der offenen Tür wurde auch über die Themenbereiche *Basel II* und *Zahlungsbilanz Neu* detailliert informiert.

Neben der Neustrukturierung einer Reihe von Publikationen – u. a. des Schulkoffers oder des Quartalshefts *Berichte und Studien*, das nunmehr *Geldpolitik & Wirtschaft* heißt – hat die OeNB über 160 Presseaussendungen zu diversen institutionellen ökonomischen und statistischen Themen veröffentlicht. Flankiert wurden diese Presseaussendun-

gen von insgesamt 26 Pressekonferenzen mit rund 700 österreichischen und internationalen Medienvertretern.

Unterstützt wurde die Öffentlichkeitsarbeit auf regionaler Ebene durch die Zweiganstalten der OeNB in den Bundesländern. Durch zahlreiche Messepräsenzen, Vorträge, Bargeldschulungen, Presse- und Informationsgespräche verstärkten die Zweiganstalten den Auftritt der OeNB nach außen.

Ein wesentlicher Dialogpartner der OeNB ist natürlich auch die Politik. In regelmäßigen Abständen berichten Gouverneur und Vize-Gouverneur der OeNB dem Finanzausschuss des Nationalrats über die aktuelle ökonomische und insbesondere über die geldpolitische Situation des Eurosystems.

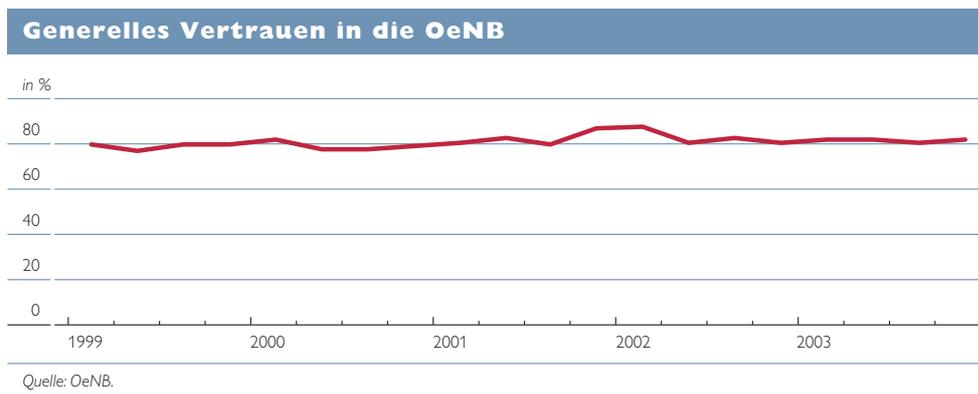
Schon im Vorfeld der Euro-Bargeleinführung hat sich die OeNB entschlossen, für die Anfragen der Bevölkerung ein Call-Center einzurichten, das für allgemeine, den Wirkungsbereich der OeNB betreffende Anfragen zur Verfügung steht. Im Jahr 2003 wurden in diesem Zusammenhang insgesamt über 27.000 Anfragen beantwortet (darunter rund 5.000 E-Mails), wobei sich ein Trend zu komplexeren Fragestellungen abzeichnet.

Aufgrund der Nachfrage des Fachpublikums ist für alle statistischen Anfragen eine eigene Statistik-Hotline eingerichtet worden. Im Zentrum der Anfragen standen die Bereiche Zinssatz-, Banken- und Zahlungsbilanzstatistik. Insgesamt wurden auf diesem Weg über 1.500 Anfragen beantwortet.

Im Jahr 2003 wurden zusätzlich rund 61 Millionen Zugriffe auf Einzeldateien der OeNB-Website www.oenb.at registriert.

Die Effektivität dieses Maßnahmenbündels wird durch die Umfrageergebnisse einer von einem Meinungsforschungsinstitut erstellten

Studie bestätigt. Das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung in die OeNB bleibt konstant auf einem hohen Niveau.



Effiziente, kundenorientierte Unternehmensführung

Aufgaben und strategische Entwicklung der OeNB

Als nationale Zentralbank im ESZB/Eurosystem gestaltet die OeNB die europäische Geld- und Währungs-

politik und deren Umsetzung aktiv mit. Darüber hinaus nimmt die OeNB zahlreiche Aufgaben wahr, die insbesondere die Sicherung der Finanzmarktstabilität und die Stärkung des Finanzplatzes Österreich zum Ziel haben.

Aufgaben der OeNB im Überblick

- Mitwirkung des Gouverneurs im EZB-Rat und im Erweiterten Rat
- Mitarbeit in zahlreichen Gremien des Eurosystems, des ESZB und der EU
- Volkswirtschaftliche Analysen und Forschungstätigkeit, insbesondere als Beitrag für die geldpolitischen Entscheidungen im EZB-Rat
- Schnittstelle zwischen dem Eurosystem und der österreichischen Wirtschaft, Politik und Bevölkerung
- Bereitstellung von aussagekräftigen, hochwertigen Statistiken, vor allem Monetärstatistiken, Zahlungsbilanzstatistiken, Zinssatzstatistiken und Aufsichtsstatistiken
- Abwicklung der geldpolitischen Geschäfte mit den österreichischen Banken
- Teilnahme an allfälligen Devisenmarktinterventionen des Eurosystems
- Management der eigenen Währungsreserven und des der OeNB zur Verwaltung übertragenen Teils der Währungsreserven der EZB
- Abwicklung und Überwachung der Mindestreserven der österreichischen Banken
- Bereitstellung und Förderung zuverlässiger Zahlungsverkehrssysteme in Österreich und deren Vernetzung mit dem Ausland (ARTIS, TARGET)
- Versorgung der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung mit Bargeld
- Analyse von Finanzmärkten und Banken unter Risikogesichtspunkten
- Mitwirkung bei der Aufsicht über inländische Kreditinstitute sowie Durchführung der Zahlungssystemaufsicht zur Sicherung der Stabilität der Finanzmärkte
- Internationale währungspolitische Zusammenarbeit und Beteiligung an internationalen Finanzinstitutionen

Maßgeschneiderter Strategieprozess

Die OeNB setzt entsprechend den sich aus ihrem Leitbild und ihrer strategischen Ausrichtung ergebenden Zielsetzungen selektive Schwerpunkte, um ihre Rolle als gestaltende Kraft im Eurosystem wahrnehmen zu können.

Internationale Kooperation

Der Einsatz moderner strategischer Steuerungsinstrumente trug wesentlich zur Erfüllung des Leistungsauftrags der OeNB mit besonderem Fokus auf Stabilität und auf

weitere Verbesserung des Kundennutzens bei. Diese konsequente Kundenorientierung wurde durch die Strukturierung des Leistungsspektrums in Produkte und durch die Implementierung der notwendigen Rahmenbedingungen zur Steuerung des Produktportfolios umgesetzt.

Die OeNB ist in internationalen Organisationen und Gremien vertreten und bringt dort ihre Expertise ein.

Die OeNB in internationalen Organisationen und als internationaler Dialogpartner

Europäisches System der Zentralbanken/Eurosystem

Die OeNB ist integraler Bestandteil des ESZB/Eurosystems. Der Gouverneur der OeNB wirkt als Mitglied des EZB-Rats aktiv an geldpolitischen und technischen Entscheidungen dieses Gremiums mit. OeNB-Mitarbeiter bereiten in den Komitees des Eurosystems und in zahlreichen Arbeitsgruppen die Entscheidungen des EZB-Rats vor und bringen Positionen und Ausarbeitungen zu volkswirtschaftlichen, internationalen sowie institutionellen Fragestellungen ein.

Europäische Union

Der Gouverneur der OeNB nimmt gemeinsam mit den anderen EU-Zentralbankgouverneuren an den informellen Treffen der EU-Finanzminister teil, in deren Rahmen strategisch wichtige finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der EU erörtert werden.

Nach der Reform der Arbeitsmethoden des Wirtschafts- und Finanzausschusses (WFA) mit dem Ziel, die Arbeitsfähigkeit des WFA in einer erweiterten EU zu erhalten, nimmt die OeNB jährlich nunmehr an sechs WFA-Treffen teil. Weiters wirkt die OeNB in der Arbeitsgruppe IWF des WFA sowie im Wirtschaftspolitischen Ausschuss aktiv mit. In diesen EU-Gremien werden insbesondere die Ratssitzungen der EU-Wirtschafts- und Finanzminister vorbereitet.

Der Informationsaustausch zwischen der EU und der OeNB sowie die Abstimmung in wirtschaftspolitischen Fragen werden durch die Repräsentanz der OeNB in Brüssel wesentlich erleichtert und beschleunigt.

Im Rahmen der neuen Komiteestruktur (Lamfalussy-Modell) ist die OeNB nunmehr im neu gegründeten Ausschuss der Europäischen Bankaufsichtsbehörden vertreten. Dieser Ausschuss ist das wichtigste Beratungsgremium der Europäischen Kommission in der Aufsicht über Banken.

Zur Vorbereitung der Erweiterung nahmen Vertreter der OeNB am makroökonomischen Dialog mit den neuen Mitgliedstaaten teil, in deren Rahmen vor allem wirtschafts- und fiskalpolitische Themen erörtert wurden.

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Der Gouverneur der OeNB nimmt an den BIZ-Gouverneurstreffen teil, die dem internationalen Informations- und Meinungsaustausch zu geld-, währungs- und finanzmarktpolitischen Themen dienen.

OeNB-Vertreter wirken bei diversen Arbeitsgruppen der BIZ mit, z. B. zur technischen Kooperation mit den Reformländern und auf dem Gebiet der Statistik.

Organisation for Economic Co-operation and Development

OeNB-Vertreter sind aktiv an der Arbeit zahlreicher OECD-Komitees beteiligt, darunter das wirtschaftspolitische Komitee, das Finanzmarktkomitee und die Länderprüfungskomitees. Dabei kommt speziell der Repräsentanz der OeNB in Paris eine wichtige Rolle zu. Seit dem Jahr 2002 hat die OeNB den Vorsitz im Kapitalverkehrskomitee inne. Die OeNB nimmt außerdem an den Sitzungen der Länderprüfungskomitees teil und unterstützt so die wichtige wirtschaftspolitische Beraterfunktion der OECD für ihre Mitgliedsländer.

Internationaler Währungsfonds

Der Gouverneur der OeNB ist Vertreter Österreichs im Gouverneursrat des IWF. Als solcher nimmt er an den Frühjahrs- und Jahrestagungen des IWF teil, bei denen vor allem die weltweite wirtschaftliche Entwicklung sowie Maßnahmen und Instrumente zur Verhinderung und zur besseren Bewältigung von internationalen Finanzkrisen erörtert werden.

Die OeNB als Plattform für den internationalen Meinungsaustausch

Generell versteht sich die OeNB als Plattform für den internationalen Meinungs- und Informationsaustausch zu währungs-, wirtschafts- und finanzmarktpolitischen Fragen zwischen Zentralbanken, wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, Finanzmarktvertretern und der universitären Forschung – dies insbesondere auch im Kontext der Erweiterung der EU.

In diesem Zusammenhang organisierte die OeNB im Jahr 2003 mehrere Konferenzen und Seminare, wie z. B. die Volkswirtschaftliche Tagung zum Thema „Die Förderung des Wirtschaftswachstums in Europa“, die Ost-West-Konferenz unter dem Titel „The Economic Potential of a Larger Europe – Keys to Success“ und das Seminar „The European Convention on the Future of Europe – Implications for Economic and Monetary Union“.

Kontinuierlicher organisatorischer Optimierungsprozess

Die professionelle Erfüllung der Aufgaben bei restriktivem Ressourceneinsatz wird durch die laufende Verfeinerung des betriebswirtschaftlichen Instrumentariums sowie durch Veränderungsprojekte unterstützt. U. a. wurde zur Erhöhung von Kostenbewusstsein und -transparenz die Prozesskostenrechnung weiter ausgebaut.

In mehreren Projekten wurden Antworten auf sich verändernde Rahmenbedingungen gegeben. So wurden z. B. im Projekt *Zahlungsbilanz Neu* die rechtlichen, fachlichen und technischen Grundlagen für die Ablöse des bestehenden Erhebungssystems (Daten über Bankenmeldungen) durch ein Direktmeldesystem (Meldung durch Unternehmen) zur Erstellung der österreichischen Zahlungsbilanz geschaffen. Dabei wurden bestehende und absehbare internationale gesetzliche sowie inhaltliche Anforderungen (seitens der EZB und von Eurostat) an die Zahlungsbilanzstatistik und die internationale Vermögensposition berücksichtigt. Um Synergien in der Datenerhebung nutzen zu können, soll das bereits bestehende Kooperationsabkommen mit der Statistik Austria ausgebaut werden.

Das Projekt *Elektronischer Akt* soll ebenso weitere Effizienzsteigerungen ermöglichen, wie auch die Implementierung einer Reihe neuer eBusiness-Anwendungen die Kommunikation mit der Öffentlichkeit in spezifischen Fachbereichen verbessert.

Im Rechnungswesen wurden weitere Workflow-Optimierungen erzielt. Dabei wurden u. a. eine betriebswirtschaftliche Datenbank für Controlling und Benchmarking, ein integriertes Planungstool sowie ein Einkaufsinformationssystem implementiert

Um den Anforderungen des Finanzdienstleistungssektors, der durch seine starke Technologieabhängigkeit von laufenden technischen Veränderungen betroffen ist, gerecht zu werden, setzt die OeNB eine netzwerkorientierte, flexible und leicht adaptierbare Infrastruktur ein. Durch laufende Überprüfung und kontinuierliche Weiterentwicklung der Sicherheitsmaßnahmen wird eine zuverlässige und flexible Infrastruktur bereitgestellt, die auch für zukünftige innovative Lösungen in der Zusammenarbeit mit Kunden und Partnern der OeNB zur Verfügung steht.

So hat die OeNB weltweit als erste Notenbank die SWIFTNet-FIN-Migration¹ erfolgreich abgeschlossen und damit den Umstieg auf die zukünftige SWIFT-Technologie vollzogen. Diese ermöglicht eine hochsichere, interaktive und damit schnellere Geschäftsabwicklung im Zahlungsverkehr.

Die Neugestaltung des Internetauftritts der OeNB unter Verwendung eines modernen Content Management System wurde in Angriff genommen. Über die Webapplikation *eKonto* (vormals *ARTIS Online Internet*) wurde den Banken ein komfortabler Zugriff zum Zahlungsverkehrssystem ARTIS zur Verfügung gestellt. Mit dem Produkt *eTender* wird eine zielgruppengerechte internetbasierte Lösung für die elektronische Ten-

Strategische
Weiterentwicklung
des IT-Bereichs

Innerbetriebliche
Prozess- und
Organisations-
optimierungen

¹ Aufgrund der erhöhten Anforderungen und steigenden Transaktionsvolumina wurde es notwendig, von der veralteten X.25 Technologie via SIPN (SWIFT Secure Internet Protocol Network) auf SWIFTNet Services, auch Single-Window-Konzept genannt, umzusteigen.

derabwicklung mit Geschäftsbanken betrieben.

Die OeNB bietet ihren Mitarbeitern unterschiedliche Arbeitszeitformen. Im Berichtsjahr 2003 wurden weitere Fortschritte bei der Flexibilisierung der Arbeitszeitmodelle erreicht. So bietet das Teilzeitmodell *20- oder 30-prozentige Beschäftigung* karenzierten Mitarbeitern die Möglichkeit, weiter im Arbeitsprozess integriert zu bleiben. Zusätzlich wurde ein *Teleworking*-Modell ausgearbeitet und in Testbetrieb genommen sowie mit den ebenfalls im Jahr 2003 eingeführten *Sabbaticals* eine Vorreiterrolle im Bereich der Zentralbanken übernommen.

Im Jahr 2003 hat die OeNB die Einhaltung der europäischen Umweltnormen nach EMAS² nun auch auf ihre Zweiganstalten ausgeweitet. Damit ist die führende Position der OeNB im Umweltschutz innerhalb der europäischen Zentralbanken weiter gefestigt.

Reorganisation der Zweiganstalten

Die Zweiganstalten der OeNB haben vielfältige Aufgaben und Zentralbankfunktionen für die jeweilige Region zu erfüllen: Öffentlichkeitsarbeit, Bargeldreservehaltung und Kassenfunktion, Zahlungsmittelinformation, Unterstützung der Finanzmarktaufsicht, Unternehmensanalyse, Zahlungsverkehrsaufgaben, lokale Wirtschaftsbeobachtung und statistisches Meldewesen.

Im Zuge der Euro-Bargeldeinführung spielten die Zweiganstalten eine wichtige Rolle. Die positive Wahrnehmung dieser OeNB-Funktion war untrennbar mit deren öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten verbunden. Nachdem die Jahre 2000 bis 2002

von großen Umstellungsvorhaben, insbesondere der Ausgliederung von großen Teilen der Bargeldbearbeitung in die GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA) sowie von der Euro-Bargeldeinführung geprägt waren, sind die Zweiganstalten im Verlauf des Jahres 2003 zum „Normalbetrieb“ zurückgekehrt.

Aufgrund der derzeitigen Marktsituation im Geldbereich, die durch starke Zentralisierungstendenzen gekennzeichnet ist, und im Sinne einer auf Effizienz abzielenden Unternehmensstrategie wurde mit März 2004 die Restrukturierung der Zweiganstalten beschlossen: Die dezentrale Aufgabenerfüllung der OeNB erfolgt in Zukunft in vier Regionen (Nord, West, Süd und Ost), deren Zuständigkeitsbereiche sich nicht mehr an politischen Regionen, sondern an Marktkonzentrationen und den jeweils zu versorgenden Einzugsgebieten orientieren. Durch dieses Regionenmodell ist – bei höherer Wirtschaftlichkeit aufgrund der Funktionsbündelung – weiterhin die hohe Qualität der Dienstleistungen in den Bundesländern gewährleistet. Die Bargeldfunktionen übernimmt an einigen Standorten die GSA.

Daraus ergeben sich für die bisher acht Zweiganstalten organisatorische Änderungen, die schrittweise umgesetzt werden.

Alle Zweiganstalten werden aufgelassen und in folgender Organisationsform neu errichtet:

- Zweiganstalt *Österreich Süd* mit dem Standort Graz und einer Dependence in Klagenfurt

Flexiblere
Arbeitszeitmodelle

Hohes Serviceniveau
unter wirtschaftlichen
Gesichtspunkten

Flächendeckendes
EMAS-Umwelt-
managementsystem

Unterstützung
der Zentralbankfunk-
tionen auf regionaler
Ebene

² EMAS: Eco-Management and Audit Scheme.

Die OeNB
kommt zum
Bürger –
mit dem Euro-Bus

- Zweiganstalt *Österreich Nord* mit dem Standort Linz und einer Dependence in Salzburg
 - Zweiganstalt *Österreich West* mit dem Standort Innsbruck
 - Die Region *Ost* wird von der Hauptanstalt in Wien aus betreut
- Zur Aufrechterhaltung eines hochwertigen Kundenservices wird die Funktion des im Rahmen der Euro-Bargeldeinführung eingesetzten Euro-Busses im Sinne einer mobilen Zweiganstalt erweitert werden: „Die OeNB kommt zum Bürger.“ Neben den bisherigen Hauptaufgaben Schilling-Umtausch und Information über Sicherheitsmerkmale des Euro-Bargelds soll auf diese Weise auch die

Öffentlichkeits- und Informationsarbeit über andere wichtige Zentralbankthemen verstärkt werden.

Die Umsetzung des Regionenkonzpts wird schrittweise erfolgen und bis Ende 2005 abgeschlossen sein.

Beteiligungen der OeNB im Zahlungsmittelbereich

In den Bereichen *Zahlungsmittel – Bargeld* und *Zahlungsmittel – Unbarer Zahlungsverkehr* stellen Beteiligungen und Kooperationen der OeNB ein wesentliches Element für eine effiziente und marktnahe Erfüllung ihrer Aufgaben dar.

Zahlungsmittelcluster der OeNB

Bargeld

Produktion von Bargeld

Münze Österreich AG

- Prägung, In-Verkehr-Setzen und Einziehung von Scheide- und Handelsmünzen
- Erzeugung und Verkauf von Gegenständen aus edlen und unedlen Metallen
- Engineering- und Consultingleistungen

Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS)

- Banknoten- und Sicherheitsdruck
- Handel mit Druckerzeugnissen
- Forschungs- und Entwicklungsleistungen

Unbarer Zahlungsverkehr

Produktion von Zahlungsverkehrstools

AUSTRIA CARD-Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m. b. H.

- Produktion und Vertrieb von Drucksorten, Kreditkarten und Kartensystemen, ferner von Geräten, die für die Herstellung bzw. Benützung dieser Systeme geeignet sind
- Produktion und Vertrieb von Ausweissystemen



Bargeldbearbeitung

GELDSERVICE AUSTRIA

Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA)

- Geldbearbeitung
- Versorgung mit Banknoten und Münzen
- Logistik



Bereitstellung von Infrastruktur sowie Absicherung des Finanzplatzes

Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH

- Auf- und Ausbau des Services der Bankomaten und der Bankomatassen
- EDV-Leistungen

A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH

- Zertifizierungsdienste im Zusammenhang mit elektronischen Signaturen

Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H.

- Studiengesellschaft zur Erarbeitung von Konzeptionen und Maßnahmen zur Reduktion der Zahlungsverkehrskosten der Kreditinstitute

Im Bargeldbereich beschäftigen sich die Münze Österreich AG und die Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS) primär mit der Produktion von Bargeld. Geschäftsgegenstand der GSA ist die Bargeldbearbeitung sowie die logistische Versorgung Österreichs mit Bargeld.

Dem Bereich *Zahlungsmittel – Unbarer Zahlungsverkehr* wird die AUSTRIA CARD-Plastikkarten- und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H. (AC) als wichtigster Produzent von hochsicheren Chipkarten zugeordnet. Die primären Aufgabengebiete der Minderheitsbeteiligungen Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH, A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH und Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H. sind die Bereitstellung einer sicheren Infrastruktur für Zahlungsverkehrssysteme und die Absicherung des Finanzplatzes. Die OeNB hat sich als neutraler Partner neben österreichischen Kreditinstituten an diesen zukunftsorientierten Unternehmen beteiligt.

Durch die Erhöhung der Sicherheit im Zahlungsverkehr, durch die Verbesserung der Qualität der Produkte und durch die Senkung der gesamtwirtschaftlichen Kosten des Finanzplatzes Österreich leisten diese Gesellschaften einen bedeutenden Beitrag für die österreichische Volkswirtschaft. Zur Optimierung des Gesamtnutzens zwischen Beteiligungen und OeNB tragen Synergieeffekte entscheidend bei. Im Geschäftsjahr 2003 wurde deswegen eine Verfeinerung der implementierten Konzernverrechnung vorgenommen.

Die Beteiligungen waren wesentlich in das Gesamtkonzept der Euro-Bargeldeinführung involviert und

bewältigten die damit verbundenen Herausforderungen problemlos. Das Geschäftsjahr 2003 war nunmehr das erste Normaljahr nach der Euro-Umstellung. Vonseiten der Beteiligungen Münze Österreich AG, OeBS und GSA wurde diesem Umstand durch Anpassung der Kapazitäten Rechnung getragen bzw. wurde die Geschäftstätigkeit durch strategische Anpassungen auf diese Phase nach der Euro-Ausstattung ausgerichtet. Gleichzeitig stellt die zunehmende Internationalisierung, insbesondere die Erweiterung der EU, für die Beteiligungen eine neue Herausforderung, aber auch eine Chance dar, sich auf einem erweiterten Markt behaupten zu können.

OeNB fördert Wissenschaft, Forschung und Kultur

Der *Jubiläumsfonds der OeNB zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* hat seit seiner Gründung im Jahr 1966 636 Mio EUR sowohl der Grundlagenforschung als auch der angewandten Forschung zur Verfügung gestellt. Er ist damit zu einem bedeutenden Baustein der Zukunftssicherung der heimischen Wissenschaft und Forschung geworden. Im Jahr 2003 verwendete die OeNB mit etwa 70 Mio EUR erneut den Großteil des ihr verbleibenden Reingewinns für die Forschungsförderung.

Im Rahmen der wirtschaftsorientierten Forschung kam im Berichtsjahr ein Betrag von rund 62 Mio EUR zur Ausschüttung. Diese Mittel wurden u. a. für die Refinanzierung von insgesamt 120 wirtschaftsorientierten Forschungsprojekten über den Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (FFF) und den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF)

Beteiligungen unterstützen die effiziente Aufgabenerfüllung der OeNB

Anpassung der Beteiligungen an geänderte Aufgabenstellungen

Forschungsförderung

bereitgestellt. Darüber hinaus wurden sechs Laboratorien der Christian Doppler Forschungsgesellschaft (CDG), sechs Forschungsvorhaben im Bereich Zahlungsverkehr und Zahlungsmittel, die Forschungsstelle für integrierte Sensorsysteme sowie das zweite Forschungsjahr des IMBA³ der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) unterstützt. Somit wurden insgesamt 134 Forschungsvorhaben im Rahmen der wirtschaftsorientierten Forschungsförderung finanziert. Ferner wurden Mittel für die Basisfinanzierung von drei Wirtschaftsforschungsinstituten (IHS, WIFO und WIIW)⁴ zur Verfügung gestellt.

Im Bereich der von der OeNB direkt vergebenen Mittel wurden 219 Forschungsprojekte mit rund 12,6 Mio EUR aus den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, Medizinische Wissenschaften sowie Sozial- und Geisteswissenschaften gefördert, wobei besonderes Schwergewicht auf eine verstärkte Förderung der Wirtschaftswissenschaften gelegt wurde. Im Rahmen des *Forum Jubiläumsfonds* werden laufend interessante Projektergebnisse einer Fachöffentlichkeit präsentiert.

Mit diesen Förderungen leistet die OeNB einen Beitrag zur Innovationsförderung, Technologieentwicklung, Standortattraktivität und zur Erhöhung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft.

Im Zusammenhang mit der von der österreichischen Bundesregierung angestrebten Neuorganisation der Förderung von Forschung wurde mit dem am 30. Dezember 2003 aus-

gegebenen Bundesgesetz BGBl. I Nr. 133/2003 die Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung (FTE-Nationalstiftung) errichtet. Aufgabe dieser Stiftung ist die Förderung von Forschung, Technologie und Entwicklung in Österreich, insbesondere von langfristig verwertbaren, interdisziplinären Forschungsmaßnahmen.

Im Zuge der Umsetzung der Ermächtigung des FTE-Nationalstiftungsgesetzes wurden durch Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 11. Dezember 2003 Rücklagen des *Allgemeinen Reservefonds* in der Höhe von 955 Mio EUR und der *Freien Reserve* im Ausmaß von 545 Mio EUR aufgelöst und rückwirkend mit 1. Jänner 2003 dem unter den Rücklagen ausgewiesenen OeNB-eigenen *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* gewidmet. Diese Mittel von insgesamt 1,5 Mrd EUR werden von der OeNB zweckgebunden im Rahmen eines gesonderten Rechnungskreises des Jubiläumsfonds veranlagt und die daraus resultierenden Erträge jährlich bis zu einem Betrag von 75 Mio EUR an die FTE-Nationalstiftung abgeführt. Im FTE-Nationalstiftungsgesetz ist ein Mitwirkungsrecht der OeNB bei der Entscheidung über die Fördermittelvergabe vorgesehen. Zu diesem Zweck vertritt der Gouverneur die OeNB im Stiftungsrat.

Die seit dem Jahr 1982 bestehende Förderung der OeNB auf dem Gebiet der wirtschaftsorientierten Forschung, für die bisher Mittel in Höhe von etwa 476 Mio EUR zur Verfügung gestellt wurden, ist mit

Nationalstiftung
für Forschung,
Technologie
und Entwicklung

³ IMBA: Institut für Molekulare Biotechnologie GmbH.

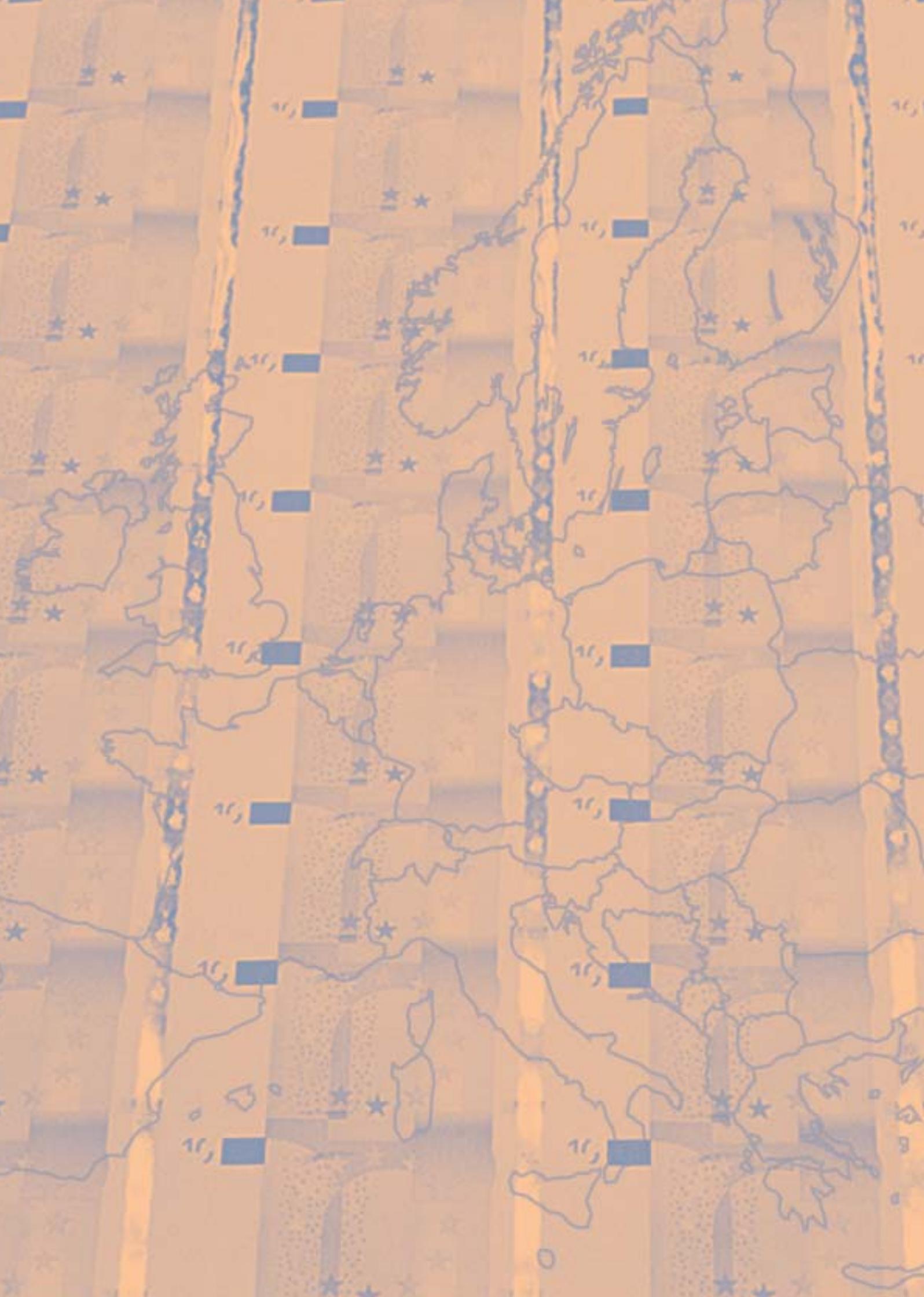
⁴ IHS: Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung;
WIFO: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung;
WIIW: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche.

der Errichtung der FTE-Nationalstiftung ausgelaufen. Durch die neue Struktur kann von der OeNB weiterhin ein wichtiger Beitrag zur Förderung von Forschung, Technologie und Entwicklung geleistet werden, wobei zusätzlich das Förderungsvolumen verstetigt wird, da die Förderungen des Jubiläumsfonds nicht vom Bilanzgewinn der OeNB abhängig sind.

Wie viele andere österreichische Unternehmen auch widmet die OeNB der *Kulturförderung* ein besonderes Augenmerk. Die Sammlung wertvoller alter Streichinstrumente

besteht derzeit aus 29 Instrumenten, die an junge österreichische Geigenvirtuosen, an österreichische Orchester und an Kammermusikensembles verliehen werden. Die OeNB sieht es als ihre Aufgabe an, diese Sammlung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. So fand in Zusammenarbeit mit dem ORF bereits zum dritten Mal ein Konzertzyklus unter dem Titel „Stradivari & Co“ im RadioKulturhaus statt. Die Website <http://geldkunstraum.oenb.at> enthält eine umfassende Darstellung der Kunstsammlung der OeNB.

Kulturförderung





Jahresabschluss 2003
der Oesterreichischen Nationalbank

Bilanz zum 31. Dezember 2003

Aktiva

	31. Dezember 2003 in EUR	31. Dezember 2002 in EUR
1 Gold und Goldforderungen	3.372.242.953,48	3.336.169.087,69
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	6.535.718.790,90	8.964.563.163,—
2.1 Forderungen an den IWF	1.003.176.673,28	998.506.293,06
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	5.532.542.117,62	7.966.056.869,94
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	876.766.003,17	788.121.132,87
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	827.413.460,35	1.268.490.067,32
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite	827.413.460,35	1.268.490.067,32
4.2 Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	—	—
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	2.896.906.773,—	2.851.119.297,—
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	2.414.278.263,—	2.679.245.467,—
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	482.628.510,—	171.873.830,—
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazität	—	—
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	—	—
6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	108.785,47	81.554,11
7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	1.862.961.571,09	2.015.082.547,10
8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	368.843.680,31	351.366.342,42
9 Intra-Eurosystem-Forderungen	2.829.032.357,67	4.175.873.646,22
9.1 Beteiligung an der EZB	117.970.000,—	117.970.000,—
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.179.700.000,—	1.179.700.000,—
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen ¹	×	×
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	—	—
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	1.531.362.357,67	2.878.203.646,22
10 Schwebende Verrechnungen	88.458.230,92	86.106.011,07
11 Sonstige Aktiva	9.614.454.782,05	9.836.252.296,47
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	265.217.658,85	345.879.860,37
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	158.410.572,90	146.872.313,85
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	7.843.816.244,29	7.316.249.229,68
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	9.282.874,57	12.065.471,25
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	300.090.443,66	325.957.680,22
11.6 Sonstiges	1.037.636.987,78	1.689.227.741,10
	<u>29.272.907.388,41</u>	<u>33.673.225.145,27</u>

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Passiva

	31. Dezember 2003 in EUR	31. Dezember 2002 in EUR
1 Banknotenumlauf	11.691.232.000,—	10.237.504.457,54
2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	4.255.393.088,81	3.541.818.388,57
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	4.254.943.088,81	3.541.468.388,57
2.2 Einlagefazilität	450.000,—	350.000,—
2.3 Termineinlagen	—	—
2.4 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	—	—
3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	—	—
4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen¹	x	x
5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	18.485.317,36	32.894.322,56
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	16.669.332,60	10.666.110,91
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	1.815.984,76	22.228.211,65
6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	2.377.747,85	1.731.293,20
7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	76.491.601,88	92.137.718,11
8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	372.099.005,07	583.590.178,92
8.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	372.099.005,07	583.590.178,92
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	—	—
9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	210.915.010,—	232.096.033,50
10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten	3.063.716.155,—	7.403.756.720,—
10.1 Verbindlichkeiten aus der Übertragung von Währungsreserven ¹	x	x
10.2 Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	—	—
10.3 Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	3.063.716.155,—	7.403.756.720,—
10.4 Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)	—	—
11 Schwebende Verrechnungen	7.326.392,62	85.345.638,01
12 Sonstige Passiva	785.886.706,52	1.405.665.367,63
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	4.108.930,56	13.921.305,80
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	33.281.888,71	206.904.633,25
12.3 Sonstiges	748.495.887,25	1.184.839.428,58
13 Rückstellungen	2.159.747.078,41	2.295.146.397,91
14 Ausgleichsposten aus Neubewertung	2.369.447.875,54	3.448.891.071,01
15 Kapital und Rücklagen	4.212.581.524,28	4.212.554.582,22
15.1 Kapital	12.000.000,—	12.000.000,—
15.2 Rücklagen	4.200.581.524,28	4.200.554.582,22
16 Bilanzgewinn (davon Gewinnvortrag im Jahr 2003 177.761,25 EUR) (davon Gewinnvortrag im Jahr 2002 118.388,57 EUR)	47.207.885,07	100.092.976,09
	<u>29.272.907.388,41</u>	<u>33.673.225.145,27</u>

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2003

	Geschäftsjahr 2003 in EUR		Geschäftsjahr 2002 in EUR	
1.1 Zinserträge		737.663.078,36		1.024.920.983,44
1.2 Zinsaufwendungen		-270.576.156,83		-430.736.433,01
1 Nettozinsergebnis		467.086.921,53		594.184.550,43
2.1 Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen		317.282.184,04		863.199.704,61
2.2 Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen		-698.963.294,91		-139.989.135,82
2.3 Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken		726.445.196,43		125.471.349,28
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen		344.764.085,56		848.681.918,07
3.1 Erträge aus Gebühren und Provisionen		2.398.562,96		1.713.055,22
3.2 Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen		-2.148.589,65		-2.097.981,23
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen		249.973,31		-384.926,01
4 Erträge aus Beteiligungen		100.663.842,13		242.848.036,33
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften		11.119.729,18		199.010,51
6.1 Erträge aus der Auflösung von Rücklagen				
Allgemeiner Reservefonds		955.000.000,—		
Freie Reserve		545.000.000,—		
		1.500.000.000,—		
Aufwendungen im Rahmen der Dotierung des Jubiläumsfonds zur Förderung der FTE-Nationalstiftung		-1.500.000.000,—		
6.2 Sonstige Erträge – Sonstiges		8.120.102,87		84.483.298,22
6 Sonstige Erträge		8.120.102,87		84.483.298,22
Nettoerträge insgesamt		932.004.654,58		1.770.011.887,55
7 Personalaufwendungen		-98.084.228,08		-98.103.441,50
8 Sachaufwendungen		-94.048.735,46		-100.158.690,79
9 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände		-13.902.434,67		-21.882.518,83
10 Aufwendungen für Banknoten		-11.314.432,50		-33.042.822,48
11 Sonstige Aufwendungen		-2.077.190,19		-2.057.936,33
Aufwendungen insgesamt		-219.427.020,90		-255.245.409,93
		712.577.633,68		1.514.766.477,62
12 Körperschaftsteuer		-242.276.395,45		-515.020.602,39
		470.301.238,23		999.745.875,23
13 Gewinnanteil des Bundes		-423.271.114,41		-899.771.287,71
14.1 Jahresgewinn		47.030.123,82		99.974.587,52
14.2 Gewinnvortrag		177.761,25		118.388,57
14 Bilanzgewinn		47.207.885,07		100.092.976,09

Anhang zum Jahresabschluss 2003

Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss

Allgemeine Bemerkungen und rechtliche Grundlagen

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind gemäß der Bestimmung des § 67 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984 (NBG) in der Fassung des BGBl. I Nr. 60/1998 unter Heranziehung der vom EZB-Rat gemäß Art. 26 Abs. 4 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB-Satzung) erlassenen Vorschriften aufzustellen. Die genannten Vorschriften wurden vom EZB-Rat am 5. Dezember 2002¹ beschlossen und werden im vorliegenden Jahresabschluss der OeNB in ihrer Gesamtheit angewendet. Sofern diese Leitlinie keine Vorgaben enthält, ist auf die im zweiten Satz des § 67 Abs. 2 NBG angesprochenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung zurückzugreifen.

Die übrigen für den Jahresabschluss der OeNB maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen der §§ 67 bis 69 und § 72 Abs. 1 NBG sowie das Handelsgesetzbuch (HGB) in der geltenden Fassung sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Die Verpflichtung zur Erstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 244 ff. HGB ist aufgrund der Bestimmungen des § 67 Abs. 3 NBG auch im Geschäftsjahr 2003 nicht gegeben.

Zur Verstetigung der von der OeNB der österreichischen Forschung zur Verfügung gestellten Beträge wurde in der außerordentlichen Generalversammlung vom 11. Dezember 2003 die finanzielle Förderung der von der österreichischen Bundesregierung beschlossenen Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung (FTE-Nationalstiftung)² aus Mitteln der OeNB beschlossen.

Auf Basis der in § 4 Abs. 5 FTE-Nationalstiftungsgesetz enthaltenen gesetzlichen Ermächtigung wurden Teile des *Allgemeinen Reservefonds* (955 Mio EUR) sowie der *Freien Reserve* (545 Mio EUR) – zusammen 1,5 Mrd EUR – aufgelöst und dem *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* (Jubiläumsfondsreserve) – rückwirkend per 1. Jänner 2003 – gewidmet.³

Der umgewidmete Betrag von 1,5 Mrd EUR wird von der OeNB im Rahmen der Jubiläumsfondsreserve zweckgebunden und vom übrigen Vermögen des Jubiläumsfonds getrennt zugunsten der FTE-Nationalstiftung veranlagt. Weiters wurde die OeNB ermächtigt (§ 4 Abs. 5 FTE-Nationalstiftungsgesetz), 75 Mio EUR jährlich an die Stiftung auszuschütten. Dabei erfolgt die Ausschüttung an die FTE-Nationalstiftung jeweils nach Feststellung des Jahresabschlusses der OeNB durch die Generalversammlung.

¹ Leitlinie der Europäischen Zentralbank vom 5. Dezember 2002 über die Rechnungslegungsgrundsätze und das Berichtswesen im Europäischen System der Zentralbanken (EZB/2002/10).

² Die FTE-Nationalstiftung wurde auf Basis des BGBl. I Nr. 133/2003 errichtet.

³ Gegen die OeNB-relevanten Bestimmungen des FTE-Nationalstiftungsgesetzes wurde seitens der EZB kein Einwand erhoben (Stellungnahme der Europäischen Zentralbank vom 2. Dezember 2003 auf Ersuchen des Bundesministeriums für Finanzen der Republik Österreich zu dem Entwurf eines Bundesgesetzes über die FTE-Nationalstiftung (CON/2003/27)).

Die Auflösung von Teilen des *Allgemeinen Reservefonds* und der *Freien Reserve* sowie die Dotierung des Jubiläumsfonds werden auch in der Gewinn- und Verlustrechnung, Posten 6 *Sonstige Erträge*, Subposten 6.1, dargestellt.

Die Zweckwidmung der *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* (im Passivposten 15.2 *Rücklagen* enthalten) wurde im Zuge des Jahresabschlusses um das Fremdwährungsrisiko erweitert.⁴

Die Gliederung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich im vorliegenden Jahresabschluss nach der im EZB-Rat beschlossenen Struktur.

Die EZB und die zwölf nationalen Zentralbanken der Länder, die den Euro eingeführt haben und zusammen das Eurosystem bilden, geben seit dem 1. Jänner 2002 auf Euro lautende Banknoten aus.⁵ Die jeweiligen Anteile am Gesamtwert des Euro-Banknotenumlaufs werden jeden Monat am letzten Geschäftstag nach dem Banknoten-Verteilungsschlüssel ermittelt.⁶ Vom Gesamtwert der in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten entfallen 8% auf die EZB und 92% auf die nationalen Zentralbanken des Eurosystems. Die nationalen Zentralbanken weisen ihren so ermittelten Anteil auf der Passivseite der Bilanz unter dem Passivposten 1 *Banknotenumlauf* aus.

Die Differenzbeträge zwischen dem Wert der Euro-Banknoten, der jeder nationalen Zentralbank gemäß dem Banknoten-Verteilungsschlüssel zugerechnet wird, und dem Wert

der Euro-Banknoten, die jede nationale Zentralbank tatsächlich in Umlauf gebracht hat, stellen verzinste Intra-Eurosystem-Forderungen bzw. -Verbindlichkeiten dar. In der gegenseitlichen Bilanz der OeNB werden diese gegen die anderen Teilnehmer am ESZB gerichteten Beträge saldiert im Passivposten 10 *Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten*, Subposten 10.3 *Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems*, ausgewiesen.

Im Zeitraum von 2002 bis 2007 werden die aus der Verteilung der Euro-Banknoten resultierenden Intra-Eurosystem-Salden angepasst, um beträchtliche Verschiebungen in der Gewinnsituation der nationalen Zentralbanken im Vergleich zu den Vorjahren zu vermeiden. Ausgangspunkt für die Anpassung ist die Differenz zwischen dem durchschnittlichen nationalen Banknotenumlauf im Zeitraum von Juli 1999 bis Juni 2001 und dem durchschnittlichen Anteil am Banknotenumlauf, der in diesem Zeitraum auf die jeweilige nationale Zentralbank nach dem Kapitalzeichnungsschlüssel der EZB entfallen wäre. Diese Differenz wird bis Ende 2007 berücksichtigt, wobei der Grad der Anpassung jedes Jahr verringert wird. Ab 2008 richtet sich die Verteilung der monetären Einkünfte nur noch nach dem voll einbezahlten Anteil einer nationalen Zentralbank am Kapital der EZB. Die Zinserträge und -aufwendungen im Zusammenhang mit diesen Salden werden über die EZB verrechnet und in der Gewinn- und Verlustrech-

⁴ Direktoriums- bzw. Generalratsbeschluss der OeNB vom 5. November bzw. 11. Dezember 2003.

⁵ Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 6. Dezember 2001 über die Ausgabe von Euro-Banknoten (EZB/2001/15).

⁶ Der Banknoten-Verteilungsschlüssel bezeichnet die Prozentsätze, die sich unter Berücksichtigung des Anteils der EZB am gesamten Ausgabevolumen von Euro-Banknoten aus der Anwendung des Kapitalzeichnungsschlüssels für die einzelnen nationalen Zentralbanken ergeben.

nung im Posten 1 *Nettozinsergebnis* erfasst.

Laut Beschluss des EZB-Rats⁷ werden die Seigniorage-Einkünfte der EZB aus ihrem 8-prozentigen Anteil am Euro-Banknotenumlauf separat in Form von Gewinnvorauszahlungen an die nationalen Zentralbanken verteilt. Zur Verteilung kommt der volle Betrag, es sei denn, der Nettogewinn der EZB für das jeweilige Geschäftsjahr liegt unter ihren Einkünften aus dem Banknotenumlauf bzw. der EZB-Rat beschließt, den Betrag um anteilige Kosten der EZB für die Banknotenausgabe und -bearbeitung zu kürzen. In Anbetracht des voraussichtlichen Bilanzergebnisses für das Jahr 2003 beschloss der EZB-Rat am 18. Dezember 2003, dass die im Jahr 2003 erzielten Seigniorage-Einkünfte der EZB nicht zur Ausschüttung gelangen sollen.

Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze

Die von der OeNB für die Erstellung ihres Jahresabschlusses angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze, die im gesamten Eurosystem Anwendung finden, richten sich nach mittels Gemeinschaftsrecht harmonisierten Rechnungslegungsprinzipien und international anerkannten Bilanzierungsstandards. Die wichtigsten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind nachstehend zusammengefasst:

- Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit
- Bilanzvorsicht
- Stichtagsbezogenheit
- Wesentlichkeit
- Unternehmensfortführung
- Periodenabgrenzung
- Stetigkeit und Vergleichbarkeit

Für die Verbuchung von Geschäftsfällen ist der Zeitpunkt der Zahlung (Erfüllungstag) maßgeblich.

Fremdwährungstransaktionen ohne vereinbarten Wechselkurs zur Bilanzwährung werden mit dem jeweils aktuellen Eurokurs erfasst.

Zum Jahresende sind aktuelle Marktkurse bzw. -preise zur Bewertung in der Bilanz heranzuziehen. Dies gilt sowohl für die bilanzwirksamen Posten als auch für die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Werte. Bei Wertpapieranlagen erfolgt die Neubewertung dabei jeweils pro Wertpapierkennnummer, bei Fremdwährungsbeständen für jede Währung gesondert. Die im *Sonstigen Anlagevermögen* ausgewiesenen Wertpapiere, die als gebundene Finanzanlagen bis zur Endfälligkeit gehalten werden, sind mit den Anschaffungskosten zu bilanzieren.

Realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam gebucht. Dabei werden die aus Transaktionen resultierenden realisierten Kursgewinne bzw. Kursverluste bei den valutarischen Beständen nach der Tagesnettodurchschnittskosten-Methode berechnet. Grundsätzlich werden dabei die Verkaufspreise jeder Transaktion den Durchschnittskosten der Ankäufe des jeweiligen Geschäftstags gegenübergestellt.

Sind die Verkäufe jedoch höher als die Ankäufe, so wird hinsichtlich des Verkaufsüberhangs der Verkaufspreis mit den Durchschnittskosten des Vortags verglichen.

Die aus der Bewertung stammenden buchmäßigen Gewinne werden nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt, sondern auf einem Neubewertungskonto in der

⁷ Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 21. November 2002 über die Verteilung der Einkünfte der Europäischen Zentralbank aus dem Euro-Banknotenumlauf an die Nationalen Zentralbanken der teilnehmenden Mitgliedstaaten (EZB/2002/9).

Bilanz passivseitig erfasst. Buchmäßige Verluste werden gegen Buchgewinne der Vorperioden auf dem entsprechenden Neubewertungskonto aufgerechnet, darüber hinausgehende Verluste in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Eine nachträgliche Umkehrung durch buchmäßige Gewinne, die in Folgejahren erzielt werden, ist nicht möglich. Darüber hinausgehend wurde von den Gremien⁸ der Bank beschlossen, Kursverluste aus der Fremdwährungsbewertung, die als Aufwand gebucht werden müssen, durch eine gleich hohe Auflösung der vor dem Jahr 1999 gebildeten *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen* (Kursdifferenzenreserve) abzudecken. Buchmäßige Verluste aus einem Wertpapier oder einer Währung werden nicht mit buchmäßigen Gewinnen aus anderen Wertpapieren oder anderen Währungen saldiert (Netting-Verbot).

Für die Ermittlung der Einstandspreise sowie für die Bewertung werden sämtliche Fremdwährungsbestände, die sich teilweise in unterschiedlichen Aktiv- bzw. Passivposten der Bilanz sowie in der Bilanz nicht ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten wieder finden, pro Währung in entsprechenden Währungspositionen zusammengefasst. Für die im Rahmen der Eigenmittelveranlagung gehaltenen Devisen wird eine eigene Währungsposition geführt.

In Erfüllung der im § 69 Abs. 4 NBG enthaltenen Bestimmung, wonach sich die Verpflichtung zur Bildung und zur Auflösung der Kursdifferenzenreserve nach der Risikoeinschätzung der valutarischen Bestände richtet, wird für die Berechnung des Währungsrisikos der

Value-at-Risk (VaR)-Ansatz herangezogen. Das Ergebnis des VaR stellt jene Währungsverlustgrenze dar, die bei einem gegebenen Gold- und Fremdwährungsbestand und einer gegebenen Währungsstreuung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (97,5%) innerhalb eines Zeithorizonts (1 Jahr) nicht überschritten wird. Zur Bedeckung des so ermittelten Verlustpotenzials werden die *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen*, der *Ausgleichsposten aus Neubewertung* und die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* herangezogen.

Zukünftige Marktentwicklungen – das sind insbesondere Zins- und Kursentwicklungen und deren Volatilität – können aufgrund der von der OeNB und von den übrigen an der dritten Stufe der WWU teilnehmenden Zentralbanken bzw. der EZB seit 1. Jänner 1999 anzuwendenden harmonisierten Bilanzierungsregeln zu erheblichen Gewinnschwankungen führen.

Bei unter oder über pari ausgegebenen bzw. erworbenen Wertpapieren wird der Differenzbetrag zum Nominalwert als Teil des Zinsertrags berechnet und über die Restlaufzeit des Wertpapiers erfolgswirksam amortisiert.

Der Wertansatz von Beteiligungen richtet sich nach dem jeweiligen Substanzwert (= Eigenkapitalbasis) dieser Gesellschaft.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden, beginnend mit dem auf die Anschaffung folgenden Quartal, linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen:

⁸ Direktoriums- bzw. Generalratsbeschluss der OeNB vom 10. November 1999 bzw. 25. November 1999.

- EDV-Hardware und -Software, Fahrzeuge: 4 Jahre
 - Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einrichtung: 10 Jahre
 - Gebäude: 25 Jahre
- Die betragliche Geringfügigkeitsgrenze für geringwertige Vermögensgegenstände ist mit 10.000,- EUR festgelegt.

Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003

	Realisierte Gewinne (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) <i>in 1.000 EUR</i>	Realisierte Verluste (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung)	Buchmäßige Verluste (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung)	Veränderung der Neubewertungskonten
Gold	–	–	–	+36.074
Fremdwährungen				
Eigenbestand	84.873	25.818	683.607 ¹	-236.206
Eigenmittelveranlagung	794	0	–	-6.309
Wertpapiere				
Eigenbestand	93.525	24.806	10.672 ²	-50.761
Eigenmittelveranlagung	12.520	14.566	2.826 ²	-15.711
Euro-Bestände des IVF	192.423	–	–	–
Beteiligungen	–	–	1.333	-77.316
Außerbilanzielle Geschäfte	11.546	13.209	525	-2.783
Insgesamt	395.681	78.399	698.963	-353.012

¹ Durch die gleich hohe Auflösung der Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen erfolgsneutral gehalten.

² Durch die gleich hohe Auflösung der Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken erfolgsneutral gehalten.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Gemäß Art. 29.3 der ESZB-Satzung wird der Schlüssel, nach dem die nationalen Zentralbanken Anteile am Kapital der EZB zeichnen, alle fünf Jahre angepasst. Die erste der-

artige Anpassung seit Gründung der EZB wurde am 1. Jänner 2004 wirksam.⁹ Im Sinne des EU-Ratsbeschlusses vom 15. Juli 2003¹⁰ traten am 1. Jänner 2004 die folgenden Änderungen in Kraft:

⁹ Eine weitere Anpassung des Kapitalzeichnungsschlüssels erfolgte am 1. Mai 2004 im Zuge des Beitritts von neuen Mitgliedstaaten zur EU.

¹⁰ Beschluss des Rates vom 15. Juli 2003 über die statistischen Daten, die bei der Anpassung des Schlüssels für die Zeichnung des Kapitals der Europäischen Zentralbank anzuwenden sind (2003/517/EG).

Schlüssel für die Zeichnung des Kapitals der EZB

	1. 1. 1999 bis 31. 12. 2003	1. 1. 2004 bis 30. 4. 2004
	in %	
Deutsche Bundesbank	24,4935	23,4040
Banque de France	16,8337	16,5175
Banca d'Italia	14,8950	14,5726
Banco de España	8,8935	8,7801
De Nederlandsche Bank	4,2780	4,4323
Nationale Bank van België/Banque Nationale de Belgique	2,8658	2,8297
Oesterreichische Nationalbank	2,3594	2,3019
Bank of Greece	2,0564	2,1614
Banco de Portugal	1,9232	2,0129
Suomen Pankki – Finlands Bank	1,3970	1,4298
Central Bank and Financial Services Authority of Ireland	0,8496	1,0254
Banque centrale du Luxembourg	0,1492	0,1708
Anteil der am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken	80,9943	79,6384
Bank of England	14,6811	15,9764
Sveriges Riksbank	2,6537	2,6636
Danmarks Nationalbank	1,6709	1,7216
Anteil der am Eurosystem nicht teilnehmenden EU-Zentralbanken	19,0057	20,3616
Insgesamt	100,0000	100,0000

Im Zuge der Anpassung des Kapitalzeichnungsschlüssels der EZB¹¹ reduzierte sich der Anteil der OeNB von 2,3594% auf 2,3019%. Aufgrund der Rückübertragung der Differenz auf die OeNB ging ihre im Aktivposten 9.1 ausgewiesene Beteiligung an der EZB um 2.875 Tsd EUR auf 115.095 Tsd EUR zurück.¹²

Die Anpassung der Gewichtsanteile der nationalen Zentralbanken am Kapitalzeichnungsschlüssel und die daraus resultierende Umschichtung der Anteile der nationalen Zen-

tralbanken des Euroraums am voll einbezahlten Kapital der EZB zogen darüber hinaus eine Anpassung der Euro-Forderungen nach sich, welche die EZB den teilnehmenden nationalen Zentralbanken im Wert der von ihnen eingebrachten Währungsreserven gutschrieb. Angesichts des gesunkenen Kapitalanteils der OeNB reduzierte sich ihre in Euro denomierte Forderung aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB (Aktivposten 9.2) um 28.750 Tsd EUR auf 1.150.950 Tsd EUR.¹³

¹¹ Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 18. Dezember 2003 über die prozentualen Anteile der nationalen Zentralbanken im Schlüssel für die Zeichnung des Kapitals der Europäischen Zentralbank (EZB/2003/17).

¹² Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 18. Dezember 2003 zur Bestimmung der Maßnahmen, die zur Einzahlung des Kapitals der Europäischen Zentralbank durch die teilnehmenden nationalen Zentralbanken erforderlich sind (EZB/2003/18).

¹³ Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 18. Dezember 2003 zur Festlegung der Maßnahmen, die für den Beitrag zu den Reserven und Rückstellungen der Europäischen Zentralbank sowie zur Anpassung der den übertragenen Währungsreserven entsprechenden Forderungen der nationalen Zentralbanken erforderlich sind (EZB/2003/21).

Die genannten Änderungen traten mit 1. Jänner 2004 in Kraft. Die Differenzbeträge wurden am 2. Jänner 2004 mittels TARGET-Transaktionen ausgeglichen.¹⁴

Kapitalbewegungen

Entwicklung der Kapitalkonten im Jahr 2003

	31. 12. 2002	Zunahme	Abnahme	31. 12. 2003
	in 1.000 EUR			
(Grund-)Kapital	12.000	–	–	12.000
Rücklagen	4.200.555	2.093.179	2.093.152	4.200.582
Allgemeiner Reservefonds	1.611.952	–	1.134.269	477.683
Freie Reserve	917.719	–	917.719	–
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.111.176	551.988	41.164	1.622.000
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen	552.441	16.958	–	569.399
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	7.267	24.233	–	31.500
Originärer Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	–	1.500.000	–	1.500.000
Ausgleichsposten aus Neubewertung	3.448.891	73.497	1.152.940	2.369.448
Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen	1.536.430	–	685.240	851.190
Reserve aus Initial Valuation	281.510	–	69	281.441
Neubewertungskonten	1.630.951	73.497	467.631	1.236.817
Insgesamt	7.661.446	2.166.676	3.246.092	6.582.030

Hinsichtlich der Details zu den einzelnen Veränderungen wird auf die Erläuterungen des jeweiligen Bilanzpostens verwiesen.

¹⁴ Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 18. Dezember 2003 zur Festlegung der Bedingungen für die Übertragung der Kapitalanteile der Europäischen Zentralbank zwischen den nationalen Zentralbanken und die Anpassung des eingezahlten Kapitals (EZB/2003/20).

Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2003

Nettowährungsposition (inkl. Gold)

	31. 12. 2002	31. 12. 2003	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in 1.000 EUR	in %
Gold und Goldforderungen	3.336.169	3.372.243	+36.074	+1,1
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets ¹	10.608.376	7.905.320	-2.703.056	-25,5
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	788.121	876.766	+88.645	+11,2
Sonstiges	65.653	20.309	-45.344	-69,1
abzüglich:				
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	92.138	76.492	-15.646	-17,0
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	583.590	372.099	-211.491	-36,2
Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	232.096	210.915	-21.181	-9,1
Ausgleichsposten aus Neubewertung ²	110.065	74.912	-35.153	-31,9
Sonstiges	4.316	4.172	-144	-3,3
	13.776.114	11.436.048	-2.340.066	-17,0
In der Bilanz nicht ausgewiesene Termintransaktionen (per saldo)	-256.385	-	+256.385	+100,0
Insgesamt	13.519.729	11.436.048	-2.083.681	-15,4

¹ Ohne den in Euro ausgedrückten nicht abgerufenen Teil der Quote des IWF (2002: 1.643.812 Tsd EUR, 2003: 1.369.601 Tsd EUR).

² Resultiert aus der Änderung der buchmäßigen Kursgewinne bei Fremdwährungswertpapieren als Folge der Bewertung zum Bilanzstichtag.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Aktiva

1 Gold und Goldforderungen

Bilanzstand 31. 12. 2003	3.372.243 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2002	3.336.169 Tsd EUR
Veränderung	+36.074 Tsd EUR +1,1%

In diesem Posten ist der physische und nicht physische Bestand an Gold ausgewiesen. Dieser beläuft sich am 31. Dezember 2003 auf rund 317 t und ist somit gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Auf Basis des Bewertungspreises von 330,364 EUR/ozf (das sind 10.621,45 EUR/kgf) ergibt sich der ausgewiesene Bilanzwert von 3.372.243 Tsd EUR.

2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand 31. 12. 2003	6.535.719 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2002	8.964.563 Tsd EUR
Veränderung	-2.428.844 Tsd EUR -27,1%

Dieser Bilanzposten enthält neben dem Komplex *Internationaler Währungsfonds* Fremdwährungsforderungen gegen Geschäftspartner in Ländern, die nicht an der Währungsunion teilnehmen.

Der Subposten 2.1 *Forderungen an den IWF* stellt sich wie folgt dar:

	31. 12. 2002	31. 12. 2003	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in 1.000 EUR	in %
Gesamtforderung (österreichische Quote) im Gegenwert von 1.872,3 Mio SZR ¹	2.427.062	2.205.569	-221.493	-9,1
abzüglich: Nicht abberufener Teil der Quote	1.643.812	1.369.601	-274.211	-16,7
Forderung aus der Beteiligung am IWF	783.250	835.968	+52.718	+6,7
SZR im Rahmen des IWF	176.367	143.649	-32.718	-18,6
Sonstige Forderungen gegen den IWF	38.889	23.560	-15.329	-39,4
Insgesamt	998.506	1.003.177	+4.671	+0,5

¹ Die OeNB hat gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 zur Gänze die Quote der Republik Österreich für eigene Rechnung übernommen.

Die *Forderung aus der Beteiligung am IWF* hat durch Ziehungen zugunsten von Mitgliedstaaten und durch die Neubewertung der Eurobestände des nicht abberufenen Teils der Quote durch den IWF sowie durch Kontodotationen um insgesamt 382.756 Tsd EUR zugenommen. Demgegenüber ist diese Forderung durch Erläge von Mitgliedstaaten um 108.545 Tsd EUR gesunken. Weiters haben sich die Bewertung der Gesamtquote (-221.540 Tsd EUR) und die Effekte aus realisierten Kursdifferenzen und Buchwertangleichungen (+47 Tsd EUR) entsprechend ausgewirkt.

Die Verzinsung der IWF-Beteiligung erfolgt aufgrund der sich wöchentlich ändernden Remunerationsrate, die sich im abgelaufenen Kalenderjahr – in gleicher Höhe wie der Zinssatz der Sonderziehungsrechte (SZR) – zwischen 1,49% und 1,91% p. a. bewegte.

Die *Sonderziehungsrechte im Rahmen des IWF*¹⁵ stehen zum 31. Dezember 2003 mit einem Gegenwert von 143.649 Tsd EUR, das entspricht 122 Mio SZR, zu Buche.

Die im Jahr 2003 eingetretene Abnahme um per saldo 32.718 Tsd EUR ist auf SZR-Verkäufe im Gegenwert von 29.841 Tsd EUR zurückzuführen. Die Zinsabrechnungen, die insbesondere die Remuneration der Beteiligung am IWF betreffen, haben sich hingegen mit einer Zunahme von 12.275 Tsd EUR ausgewirkt.

Käufe aufgrund von Designierungen durch den IWF erfolgten im Jahr 2003 nicht. Eine Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme von SZR besteht den Fondsstatuten zufolge jedoch nach wie vor so lange, bis der SZR-Bestand das Dreifache der Gesamtzuteilung beträgt, wobei sich die aktuelle Gesamtzuteilung auf 179.045 Tsd SZR beläuft.

Sonstige Forderungen gegen den IWF fassen sämtliche übrigen Beitragsleistungen der OeNB zu Sonderkreditaktionen des IWF zusammen. Im vorliegenden Jahresabschluss besteht dieser Posten ausschließlich aus Forderungen aus Beitragsleistungen (20 Mio SZR) im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (Poverty Reduction and Growth

¹⁵ Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 440/1969 ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der Sonderziehungsrechte teilzunehmen und die unentgeltlich zugeleiteten bzw. entgeltlich erworbenen Sonderziehungsrechte in ihre Aktiven einzustellen.

Facility – PRGF). Die Sonderaktion PRGF unterstützt die Ziele des IWF durch Gewährung von sehr weichen Krediten an die ärmsten Entwicklungsländer, um damit Wirtschaftsprogramme zu finanzieren, die auf eine erhebliche und nachhaltige Stär-

kung der Zahlungsbilanzsituation und des Wachstums abzielen.

Der Subposten 2.2 *Guthaben bei Banken, Wertpaperanlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva* stellt sich wie folgt dar:

	31. 12. 2002 in 1.000 EUR	31. 12. 2003	Veränderung in 1.000 EUR in %	
Guthaben bei Banken	2.274.884	1.212.263	-1.062.621	-46,7
Wertpapiere	5.684.975	4.315.000	-1.369.975	-24,1
Sonstige Forderungen	6.198	5.279	-919	-14,8
Insgesamt	7.966.057	5.532.542	-2.433.515	-30,5

In den *Guthaben bei Banken* sind Fremdwährungsbestände auf Korrespondenzkonten, Festgelder und Taggeldanlagen enthalten. Die Wertpapiere wurden von Emittenten mit Sitz außerhalb des Euro-Währungsraums begeben. Sämtliche Veranlagungen werden bei Partnern mit bester Bonität vorgenommen.

Die *sonstigen Forderungen* beinhalten ausschließlich Valuten.

Auf die Veränderung dieses Postens haben sich vor allem Transaktionen des Bundes und Bewertungseffekte ausgewirkt.

3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet

Die *Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet* beinhalten im Detail:

	31. 12. 2002 in 1.000 EUR	31. 12. 2003	Veränderung in 1.000 EUR in %	
Guthaben bei Banken	324.720	365.854	+41.134	+12,7
Wertpapiere	463.401	510.912	+47.511	+10,3
Insgesamt	788.121	876.766	+88.645	+11,2

4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

In diesem Bilanzposten sind alle auf Euro lautenden Veranlagungen und Konten bei Geschäftspartnern, die

ihren Sitz nicht im Euro-Währungsgebiet haben, enthalten.

Zu den Bilanzstichtagen 2002 und 2003 setzt sich dieser Bilanzposten wie folgt zusammen:

	31. 12. 2002 in 1.000 EUR	31. 12. 2003	Veränderung in 1.000 EUR	
				in %
Wertpapiere	780.679	764.209	-16.470	-2,1
Sonstige Veranlagungen	487.811	63.204	-424.607	-87,0
Insgesamt	1.268.490	827.413	-441.077	-34,8

5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten sind die zur Liquiditätsbereitstellung durchgeführten Geschäfte dargestellt.

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zeigt folgendes Bild:

	31. 12. 2002 in 1.000 EUR	31. 12. 2003	Veränderung in 1.000 EUR	
				in %
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	2.679.245	2.414.278	-264.967	-9,9
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	171.875	482.629	+310.754	+180,8
5.3 Feinsteuerooperationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-	-
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-	-
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	-	-	-	-
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	-	-	-	-
Insgesamt	2.851.120	2.896.907	+45.787	+1,6

5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte

Als *Hauptrefinanzierungsgeschäfte* werden die regelmäßig stattfindenden liquiditätszuführenden befristeten Transaktionen bezeichnet. Sie werden von den nationalen Zentralbanken in wöchentlichem Abstand, mit einer Laufzeit von zwei Wochen im Rahmen von Standardtendern (Zinstendern) durchgeführt. Alle Geschäftspartner, die die allgemeinen Zulassungskriterien erfüllen, sind zur Abgabe von Geboten innerhalb eines Tages berechtigt.

Diesem Hauptrefinanzierungsinstrument kommt bei der Verfolgung der Ziele der Offenmarktgeschäfte des Eurosystems eine Schlüsselrolle zu. Über es wird dem Finanzsektor der größte Teil des Refinanzierungsvolumens zur Verfügung gestellt.

5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte

Die *Längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte* sind liquiditätszuführende befristete Transaktionen in monatlichem Abstand und mit einer Laufzeit von drei Monaten. Über diese Geschäfte sollen den Geschäftspartnern zusätzliche längerfristige Refinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Sie werden von den nationalen Zentralbanken im Wege von Standardtendern durchgeführt. Die im Rahmen von *Längerfristigen Refinanzierungsgeschäften* durchgeführten Tender wurden im Jahr 2003 ausschließlich nach dem Zinstenderverfahren abgewickelt.

5.3 Feinsteuerungsoperationen

in Form von befristeten Transaktionen

Diese werden von Fall zu Fall zur Steuerung der Marktliquidität und der Zinssätze durchgeführt, und zwar insbesondere, um die Auswirkungen unerwarteter marktmäßiger Liquiditätsschwankungen auf die Zinssätze auszugleichen. Die Feinsteuerungsinstrumente und -verfahren werden der jeweiligen Art der Transaktionen und den dabei verfolgten speziellen Zielen angepasst. Feinsteuerungsoperationen werden üblicherweise von den nationalen Zentralbanken über Schnelltender oder bilaterale Geschäfte durchgeführt. Der EZB-Rat entscheidet, ob in Ausnahmefällen Feinsteuerungsoperationen von der EZB selbst durchgeführt werden.

Im Jahr 2003 wurden keine derartigen Geschäfte durchgeführt.

5.4 Strukturelle Operationen

in Form von befristeten Transaktionen

Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen werden eingesetzt, wenn die EZB die strukturelle Liquiditätsposition des Finanzsektors gegenüber dem Eurosystem anpassen will. Im Jahr 2003 wurden

keine derartigen Geschäfte abgeschlossen.

5.5 Spitzenrefinanzierungsfazität

Der Finanzsektor kann die *Spitzenrefinanzierungsfazität* in Anspruch nehmen, um sich von den nationalen Zentralbanken Übernachtliquidität zu einem vorgegebenen Zinssatz gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten zu beschaffen. Diese Kreditlinie ist zur Deckung eines vorübergehenden Liquiditätsbedarfs der Geschäftspartner bestimmt. Der Zinssatz dieser Fazität bildet im Allgemeinen die Obergrenze des Taggeldsatzes. Die *Spitzenrefinanzierungsfazität* wurde im Jahr 2003 mehrfach in Anspruch genommen.

5.6 Forderungen aus Margenausgleich

Forderungen aus Margenausgleich resultieren aus einer allfälligen Verpflichtung der Zentralbank, überschüssige Sicherheiten den Geschäftspartnern zur Verfügung zu stellen. Wenn dies nicht durch die Rückgabe von Wertpapieren, sondern durch Gutschrift auf dem Girokonto erfolgt, wird in diesem Subposten eine Forderung gegen die Geschäftspartner eingestellt. Im Jahr 2003 bestanden aus diesem Titel keine Forderungen.

6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2003	109 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2002	82 Tsd EUR
Veränderung	+27 Tsd EUR +33,4%

In diesem Posten sind sonstige Forderungen enthalten, die nicht aus geldpolitischen Operationen resultieren.

7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2003	1.862.962 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2002	2.015.083 Tsd EUR
Veränderung	-152.121 Tsd EUR -7,5%

In diesem Posten sind alle markt-gängigen Wertpapiere inklusive jener aus der Zeit vor der WWU, die auf ehemalige Währungen jener Staaten, die an der dritten Stufe teilnehmen, denominated sind und nicht unter dem währungspolitischen Instrumentarium auszuweisen bzw. keinen bestimmten Veranlagungszwecken gewidmet sind, zusammengefasst.

Die Jahresveränderung ist insbesondere auf transaktionsbedingte Abgänge zurückzuführen.

8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte

Bilanzstand 31. 12. 2003	368.844 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2002	351.367 Tsd EUR
Veränderung	+17.477 Tsd EUR +5,0%

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen dar. Sie basiert auf dem Scheidemünzengesetz 1988 in der Fassung des BGBl. Nr. 425/1996.

Das theoretische Höchstausmaß der Einlösungsverpflichtung des Bundes ist die Summe aller vor 1989 ausgegebenen Silbergedenkmünzen, vermindert um bereits bezahlte Münzenrücklieferungen sowie um von der Münze Österreich AG direkt eingezogene Münzen. Die Tilgung der so errechneten Maximalschuld von 1.248.269 Tsd EUR erfolgt mit einem jährlichen Betrag von 5.814 Tsd EUR aus dem Gewinnanteil des Bundes am Erfolgsüberschuss der

OeNB. Weiters sind die Erlöse aus der Verwertung der rückgelieferten Silbermünzen, einschließlich der aus der Veranlagung dieser Beträge durch die Münze Österreich AG bis zum vertraglich festgelegten Überweisungstermin (15. Dezember jeden Jahres) realisierten Zinsen, zur Tilgung zu verwenden. Eine am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilgbare Schuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich hohen jährlichen Raten zu tilgen.

Erhöhungen dieser Forderung aus Rücklieferungen von Silbergedenkmünzen an den Bund im Gesamtnennwert von 39.339 Tsd EUR standen Tilgungen aus dem Gewinnanteil des Bundes am Erfolgsüberschuss 2002 der OeNB sowie aus Verwertungserlösen von Silbermünzen über insgesamt 21.862 Tsd EUR gegenüber.

9 Intra-Eurosystem-Forderungen

Bilanzstand 31. 12. 2003	2.829.032 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2002	4.175.873 Tsd EUR
Veränderung	-1.346.841 Tsd EUR -32,3%

In diesem Bilanzposten sind die Forderungen aus dem OeNB-Kapitalanteil an der EZB und jene aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB enthalten. Weiters sind die Nettoforderungen aus TARGET- und sonstigen Intra-Eurosystem-Salden in diesem Posten ausgewiesen.

Der im Bilanzformat enthaltene Subposten 9.3 *Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen* (Promissory Notes) ist für die OeNB nicht relevant, da er ausschließlich die EZB betrifft.

Die *Intra-Eurosystem-Forderungen* setzen sich zu den Bilanzstichtagen 2002 und 2003 wie folgt zusammen:

	31. 12. 2002	31. 12. 2003	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in 1.000 EUR	in %
9.1 Beteiligung an der EZB	117.970	117.970	–	–
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.179.700	1.179.700	–	–
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	x	x	x	x
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	–	–	–	–
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	2.878.203	1.531.362	–1.346.841	–46,8
Insgesamt	4.175.873	2.829.032	–1.346.841	–32,3

9.1 Beteiligung an der EZB

Der Anteil, den die OeNB am gesamten *EZB-Kapital* von 5 Mrd EUR hält, beträgt zum Bilanzstichtag 2,3594% und ist damit gegenüber

dem 31. Dezember 2002 unverändert geblieben.

Die EZB-Kapitalanteile der jeweiligen nationalen Zentralbanken zeigt die nachstehende Tabelle:

Kapitalanteile der 15 EU-Zentralbanken zum 31. Dezember 2003

	Gezeichneter Kapitalanteil		davon einbezahlt	Relativer Kapitalanteil
	in %	in EUR		
Deutsche Bundesbank	24,4935	1.224.675.000	1.224.675.000	30,2410
Banque de France	16,8337	841.685.000	841.685.000	20,7838
Banca d'Italia	14,8950	744.750.000	744.750.000	18,3902
Banco de España	8,8935	444.675.000	444.675.000	10,9804
De Nederlandsche Bank	4,2780	213.900.000	213.900.000	5,2819
Nationale Bank van België/ Banque Nationale de Belgique	2,8658	143.290.000	143.290.000	3,5383
Oesterreichische Nationalbank	2,3594	117.970.000	117.970.000	2,9130
Bank of Greece	2,0564	102.820.000	102.820.000	2,5389
Banco de Portugal	1,9232	96.160.000	96.160.000	2,3745
Suomen Pankki – Finlands Bank	1,3970	69.850.000	69.850.000	1,7248
Central Bank and Financial Services Authority of Ireland	0,8496	42.480.000	42.480.000	1,0490
Banque centrale du Luxembourg	0,1492	7.460.000	7.460.000	0,1842
	80,9943	4.049.715.000	4.049.715.000	100,0
Bank of England	14,6811	734.055.000	36.702.750 ¹	
Sveriges Riksbank	2,6537	132.685.000	6.634.250 ¹	
Danmarks Nationalbank	1,6709	83.545.000	4.177.250 ¹	
	19,0057	950.285.000	47.514.250	
Insgesamt	100,0000	5.000.000.000	4.097.229.250	

¹ Entspricht 5% des gezeichneten Kapitalanteils zur Finanzierung der Kosten der EZB (EZB/1998/14).

9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven

Die Übertragung von Währungsreserven von den am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken an die EZB ist im Art. 30 der ESZB-Satzung vorgesehen. Die resultierenden Euro-Forderungen aus dieser Transaktion werden in dieser Position ausgewiesen.

Die von der OeNB transferierten Werte werden im Namen und für Rechnung der EZB von der OeNB – separiert von ihren Eigenbeständen – verwaltet und scheinen daher nicht in der OeNB-Bilanz auf.

Die ausgewiesene, nicht rückzahlbare Euro-Forderung wird mit 85 % des geltenden Zinssatzes des Hauptrefinanzierungsinstruments auf täglicher Basis seitens der EZB verzinst.

9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)

Die *Sonstigen Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)* stellen jenen Nettosaldo dar, der aus Transaktionen zwischen der OeNB und den übrigen 14 nationalen Zentralbanken (also einschließlich der nicht an der WWU teilnehmenden Zentralbanken) bzw. der EZB, insbesondere aus dem Zahlungsverkehrssystem TARGET, entstanden ist. Weiters werden hier der Eurosystem-Verrechnungssaldo aus der Umverteilung

der monetären Einkünfte zum Jahresultimo, die Forderung aus der allfälligen anteiligen Rückverteilung der EZB-Seigniorage-Einkünfte sowie jene Salden ausgewiesen, die sich aus Korrespondenzkonten¹⁶ mit einzelnen Zentralbanken ergeben.

Die aus täglichen Transaktionen resultierenden bilateralen Einzelsalden der OeNB gegenüber den anderen Zentralbanken werden am Tagesende auf das Konto mit der EZB im Wege einer Zession übertragen (Netting by Novation).

Die Verzinsung erfolgt auf täglicher Basis zum Monatsende. Für die Berechnung, die die EZB zentral durchführt, kommt der von der EZB bekannt gegebene marginale Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments zur Anwendung. Die entsprechenden Zahlungen werden im TARGET-System monatlich im Nachhinein durchgeführt.

10 Schwebende Verrechnungen

Dieser Bilanzposten resultiert aus Verrechnungen des Jahres 2003, die Anfang Jänner 2004 zahlungsmäßig abgewickelt wurden.

11 Sonstige Aktiva

Die *Sonstigen Aktiva* setzen sich aus den folgenden Bilanzposten zusammen:

	31. 12. 2002	31. 12. 2003	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in 1.000 EUR	in %
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	345.880	265.218	-80.662	-23,3
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	146.873	158.411	+11.538	+7,9
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	7.316.249	7.843.816	+527.567	+7,2
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	12.066	9.283	-2.783	-23,1
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	325.957	300.090	-25.867	-7,9
11.6 Sonstiges	1.689.228	1.037.637	-651.591	-38,6
Insgesamt	9.836.252	9.614.455	-221.798	-2,3

¹⁶ Die Korrespondenzkonten können z. B. im Falle einer vorübergehenden Störung des TARGET-Systems für eine begrenzte Zahl von Transaktionen verwendet werden.

**11.1 Scheidemünzen
des Euro-Währungsgebiets**

Dieser Bilanzposten stellt den Kas- senbestand der Bank an umlauffähigen Euro-Münzen der am Euro-Wäh- rungssystem teilnehmenden Mit- gliedstaaten dar.

**11.2 Sachanlagen und immaterielle
Vermögensgegenstände**

Die *Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände* beinhalten *Ge- bäude und Grundstücke, Einrichtung und Maschinen* (Geschäftsausstattung, Hard- und Software, Kraftfahrzeuge), *mobile Sachwerte und immaterielle Ver- mögensgegenstände*.

Die *Gebäude und Grundstücke* zeigen folgende Entwicklung:

Anschaffungs- und Herstel- lungskosten bis 31. 12. 2002 in 1.000 EUR	Zugänge im Jahr 2003	Abgänge im Jahr 2003	Kumulierte Abschrei- bungen	Buchwert 31. 12. 2003	Buchwert 31. 12. 2002	Abschrei- bungen des Jahres 2003
101.675 ¹	15.055	169 ²	19.809	96.752	85.094	3.397

¹ Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBl. Nr. 190/1954) übernommen.

² Die Differenz zwischen den Buchwertabgängen und den Abgängen zu den historischen Anschaffungskosten beträgt 169 Tsd EUR.

Die Zugänge im Jahr 2003 sind im Wesentlichen auf die Aktivierung von Investitionen im OeNB-Haupt- gebäude und im Bürogebäude Nord zurückzuführen.

Die *Einrichtung und Maschinen* zeigen folgende Entwicklung:

Anschaffungs- kosten bis 31. 12. 2002 in 1.000 EUR	Zugänge im Jahr 2003	Abgänge im Jahr 2003	Kumulierte Abschrei- bungen	Buchwert 31. 12. 2003	Buchwert 31. 12. 2002	Abschrei- bungen des Jahres 2003
91.250	10.469	5.122 ¹	68.516	28.081	28.184	10.490

¹ Die Differenz zwischen den Buchwertabgängen und den Abgängen zu den historischen Anschaffungskosten beträgt 5.040 Tsd EUR.

Die *mobilen Sachwerte* in Höhe von 32.920 Tsd EUR umfassen die im Jahr 1989 begonnene Sammlung historischer Streichinstrumente alter Meister. Zum Bilanzstichtag 2003

besteht diese Instrumentensammlung unverändert aus 23 Geigen, 4 Violon- celli und 2 Violen. Die Instrumente werden an förderungswürdige Musi- ker verliehen.

Die immateriellen Vermögensgegenstände (Wohnrecht) zeigen folgende Entwicklung:

Anschaffungskosten bis 31. 12. 2002 in 1.000 EUR	Zugänge im Jahr 2003	Abgänge im Jahr 2003	Kumulierte Abschreibungen	Buchwert 31. 12. 2003	Buchwert 31. 12. 2002	Abschreibungen des Jahres 2003
720	–	–	62	658	674	15

11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen

Das *Sonstige Finanzanlagevermögen* setzt sich im Detail wie folgt zusammen:

	31. 12. 2002 in 1.000 EUR	31. 12. 2003	Veränderung in 1.000 EUR	in %
Wertpapiere	6.063.592	6.557.816	+494.224	+8,2
Beteiligungen	1.017.558	818.481	–199.077	–19,6
Sonstige Veranlagungen	235.099	467.519	+232.420	+98,9
Insgesamt	7.316.249	7.843.816	+527.567	+7,2

Vom Gesamtbestand der Wertpapierveranlagungen waren 1.440.381 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve und 1.339.234 Tsd EUR der Veranlagung des *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* (davon 1.300.392 Tsd EUR zur Förderung der FTE-Nationalstiftung) gewidmet. Auf die Veranlagung von Eigenmitteln entfielen 3.778.201 Tsd EUR.¹⁷ Aus der Wertpapierbewertung resultieren buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 46.718 Tsd EUR, denen buchmäßige Kursverluste über insgesamt 11.701 Tsd EUR gegenüber-

stehen. Aus der Fremdwährungsbeurteilung stammen buchmäßige Kursgewinne über 808 Tsd EUR.

Von den Beteiligungen sind 517.113 Tsd EUR der Eigenmittelveranlagung und 301.368 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve gewidmet.

Die *sonstigen Veranlagungen* stellen im Wesentlichen täglich fällige Veranlagungen dar, wovon 251.575 Tsd EUR auf die Veranlagung der Pensionsreserve und 199.608 Tsd EUR auf jene zur Förderung der FTE-Nationalstiftung entfallen.

¹⁷ Zu den auf der Passivseite ausgewiesenen Eigenmitteln zählen neben dem Grundkapital der Allgemeine Reservefonds, die Freie Reserve, die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken, das ERP-Sondervermögen, die Reserve aus valutaren Kursdifferenzen sowie allgemeine Rückstellungen, und zwar insbesondere jene für das Fremdwährungsrisiko und allgemeine Bankrisiken.

Die *Beteiligungen* stellen sich wie folgt dar:

Substanzwert zum 31. 12. 2002	Zugänge im Jahr 2003	Abgänge im Jahr 2003	Substanzwert zum 31. 12. 2003	Substanzwert zum 31. 12. 2002	Abschreibungen des Jahres 2003	Neubewertung im Jahr 2003
897.558 ¹	1.654	38 ²	818.481	897.558 ¹	1.333	-79.398

¹ Unter Berücksichtigung jenes Dividendenanteils von 120.000 Tsd EUR, der bereits im Jahr 2002 in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt wurde.

² Die Differenz zwischen den Buchwertabgängen und den Abgängen zu den historischen Anschaffungskosten beträgt 38 Tsd EUR.

Die *Beteiligungen* wurden mit Jahresabschluss 2003 erfasst und ihren jeweiligen Substanzwerten im zeigen folgendes Bild:

Unternehmen (Beteiligungsausmaß in %)	Substanzwert in 1.000 EUR
Münze Österreich AG (100%)	324.452
Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (100%)	101.762
GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (91,6%)	35
AUSTRIA CARD-Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H. (100%)	28.811
Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH (38%)	8.527
A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH (9,1%)	103
Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H. (25%)	37
BLM Betriebs-Liegenschafts-Management GmbH (100%)	51.934
Sonstige	1.452
IG Immobilien GmbH ¹ (100%)	301.368
Insgesamt	818.481

¹ Der Pensionsreserve gewidmet.

11.6 Sonstiges

Die *sonstigen Vermögensgegenstände* setzen sich im Detail wie folgt zusammen:

	31. 12. 2002 in 1.000 EUR	31. 12. 2003	Veränderung in 1.000 EUR
ERP-Kreditforderungen gegen Unternehmen	709.928	645.023	-64.905
OeKB-Taggeldkonto für die Vergabe von ERP-Krediten	184.467	266.068	+81.601
ERP-Fonds-Nationalbankblock	894.395	911.091	+16.696
Interimskonto zum Schilling-Banknotenumlauf	629.195	-	-629.195
Schilling-Scheidemünzen	119.761	86.805	-32.956
Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer	5.612	6.459	+847
Sonstige Forderungen	40.265	33.282	-6.983
Insgesamt	1.689.228	1.037.637	-651.591

Gemäß § 3 Abs. 2 ERP-Fonds-Gesetz errechnet sich der Plafond der Finanzierungsverpflichtung der OeNB aus dem seinerzeit von der Bundesschuld abbeschriebenen Betrag über 341.955 Tsd EUR zuzüglich der Summe angesammelter Zinsenüberschüsse. Zum 31. Dezember 2003 beliefen sich diese auf 569.398 Tsd EUR. Der Rahmen für die aus dem Nationalbankblock zu gewährenden Kredite beläuft sich am 31. Dezember 2003 auf insgesamt 911.353 Tsd EUR. Die Finanzierung von ERP-Krediten erfolgt in Form von Buchkrediten, wobei die rechtliche Grundlage dafür im § 83 NBG verankert ist.

Die Restlaufzeiten der Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer der Bank betragen in fast allen Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse dienen durchwegs Ablebensrisikoversicherungen.

Die sonstigen Forderungen zum 31. Dezember 2003 in Höhe von 33.282 Tsd EUR beinhalten im Wesentlichen geleistete Vorauszah-

lungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Forderungen aus dem laufenden Bankgeschäft.

Passiva

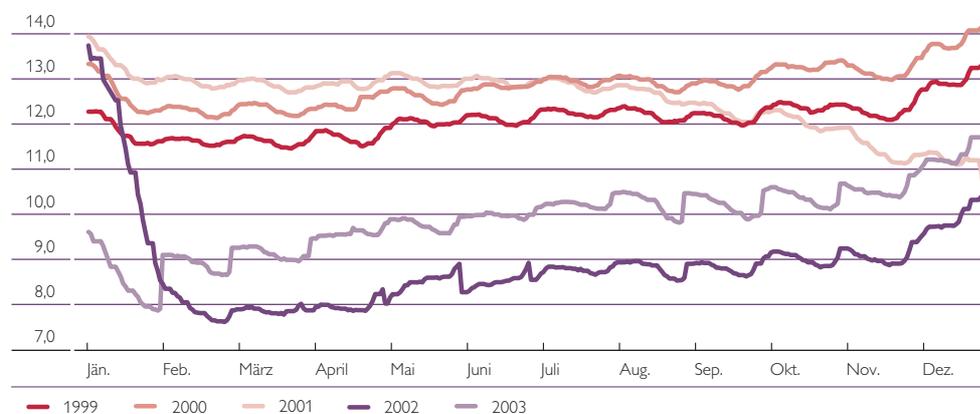
1 Banknotenumlauf

Bilanzstand 31. 12. 2003	11.691.232 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2002	10.237.504 Tsd EUR
Veränderung	+1.453.728 Tsd EUR +14,2%

Dieser Bilanzposten beinhaltet den Anteil der OeNB nach dem Banknoten-Verteilungsschlüssel an den insgesamt ausgegebenen Euro-Banknoten (siehe dazu Seite 92). Während dieser Bilanzposten zum Ultimo des Vorjahres neben den Euro-Banknoten letztmals noch in Umlauf befindliche Schilling-Banknoten enthielt, stellt er im Geschäftsjahr 2003 ausschließlich die Euro-Banknotenumlauf-Verbindlichkeit dar.

Banknotenumlauf¹

Tagesstände in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

¹ Im Geschäftsjahr 2002 enthielt der OeNB-Banknotenumlauf zwei Komponenten:

1. Euro-Banknotenumlauf-Verbindlichkeit (2,68% OeNB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf des Eurosystems zum Stichtag 1. Jänner 2002 bzw. zu jedem Monatsende zuzüglich kumulierter Transaktionen der OeNB seit diesem Stichtag);
2. Schilling-Banknotenumlauf (Ausweis nur bis 31. Dezember 2002).

Die Jahresdurchschnitte seit dem Eintritt in die dritte Stufe der WWU können nachstehender Tabelle entnommen werden:

	Veränderung zum Vorjahr		
	Jahres- durchschnitt des Banknoten- umlaufs	in Mio EUR	in %
1999	12.095	+407	+3,5
2000	12.851	+756	+6,3
2001	12.519	-332	-2,6
2002	8.887	-3.632	-29,0
2003	9.913	+1.026	+11,5

2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Dieser Bilanzposten setzt sich wie folgt zusammen:

	31. 12. 2002	31. 12. 2003	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in 1.000 EUR	in %
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	3.541.468	4.254.943	+713.475	+20,1
2.2 Einlagefazilität	350	450	+100	+28,6
2.3 Termineinlagen	–	–	–	–
2.4 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–	–	–
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–	–	–
Insgesamt	3.541.818	4.255.393	+713.575	+20,1

2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)

Darin werden im Wesentlichen von Kreditinstituten im Zusammenhang mit der Erfüllung der Mindestreserve gehaltene Guthaben ausgewiesen.

Seit 1. Jänner 1999 werden die Mindestreserve-Guthaben der Kreditinstitute verzinst. Der anzuwendende Zinssatz entspricht dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

2.2 Einlagefazilität

Als *Einlagefazilität* werden jene Einlagen ausgewiesen, die im Rahmen ständiger Fazilitäten von österreichischen Kreditinstituten bei der OeNB zu einem vorgegebenen Zinssatz über Nacht getätigt werden. Im Jahr 2003 wurden derartige

Geschäfte mit durchschnittlich 3.370 Tsd EUR durchgeführt.

5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2003	18.485 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2002	32.894 Tsd EUR
Veränderung	-14.409 Tsd EUR -43,8%

Dieser Bilanzposten enthält die Einlagen öffentlicher Haushalte mit 16.669 Tsd EUR sowie Guthaben auf Girokonten von nicht mindest-reservepflichtigen Kreditinstituten bzw. von sonstigen Nichtbanken.

6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand 31. 12. 2003	2.378 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2002	1.732 Tsd EUR
Veränderung	+646 Tsd EUR +37,3%

In diesem Bilanzposten sind Euro-Verbindlichkeiten gegenüber Zentralbanken und Währungsinstitutionen, die nicht dem Eurosystem angehören, zusammengefasst.

7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2003	76.492 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2002	92.138 Tsd EUR
Veränderung	-15.646 Tsd EUR -17,0%

8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand 31. 12. 2003	372.099 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2002	583.590 Tsd EUR
Veränderung	-211.491 Tsd EUR -36,2%

In den Bilanzposten 7 und 8 werden im Wesentlichen Swapgeschäfte mit dem Finanzsektor ausgewiesen.

9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte

Bilanzstand 31. 12. 2003	210.915 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2002	232.096 Tsd EUR
Veränderung	-21.181 Tsd EUR -9,1%

Dieser Bilanzposten stellt den zum Bilanzstichtag errechneten Gegenwert der vom IWF der OeNB unent-

geltlich zugeteilten 179 Mio SZR dar. Die Zuteilungen erfolgten jeweils zum 1. Jänner der Jahre 1970 bis 1972 und 1979 bis 1981.

10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten

Bilanzstand 31. 12. 2003	3.063.716 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2002	7.403.757 Tsd EUR
Veränderung	-4.340.041 Tsd EUR -58,6%

In diesem Bilanzposten sind die Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung von Euro-Banknoten aus der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels (siehe dazu Seite 92) laut Beschluss EZB/2001/15 und EZB/2001/16 dargestellt.

11 Schwebende Verrechnungen

Bilanzstand 31. 12. 2003	7.326 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2002	85.345 Tsd EUR
Veränderung	-78.019 Tsd EUR -91,4%

In diesem Posten sind Zahlungen ausgewiesen, die aus verrechnungstechnischen Gründen erst im Jänner des Folgejahres stattfinden.

12 Sonstige Passiva

Die *Sonstigen Passiva* setzen sich aus den folgenden Bilanzposten zusammen:

	31. 12. 2002 in 1.000 EUR	31. 12. 2003	Veränderung in 1.000 EUR	in %
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	13.921	4.109	-9.812	-70,5
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	206.905	33.282	-173.623	-83,9
12.3 Sonstiges	1.184.840	748.496	-436.344	-36,8
Insgesamt	1.405.666	785.887	-619.799	-44,1

12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Im *Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften* werden die aus der Bewertung von außerbilanziellen Positionen stammenden Kursverluste, die gegen die Gewinn- und Ver-

lustrechnung verrechnet werden, sowie Buchwertangleichungen ausgewiesen.

12.3 Sonstiges

Dieser Passivposten setzt sich wie folgt zusammen:

	31. 12. 2002 in 1.000 EUR	31. 12. 2003	Veränderung in 1.000 EUR	in %
Satzungsgemäßer Gewinnanteil des Bundes (ohne Dividende)	899.771	423.271	-476.500	-53,0
Verbindlichkeiten aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist	250.251	239.296	-10.955	-4,4
Förderungsmittel des Jubiläumsfonds				
Originärer Jubiläumsfonds	20.116	23.631	+3.515	+17,5
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	-	48.073	+48.073	x
Sonstiges	14.702	14.225	-477	-3,2
Insgesamt	1.184.840	748.496	-436.344	-36,8

Der *Satzungsgemäße Gewinnanteil des Bundes* errechnet sich gemäß § 69 Abs. 3 NBG mit 90% des versteuerten Jahresüberschusses des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Bei dem als Förderungsmittel des originären Jubiläumsfonds ausgewiesenen Betrag von 23.631 Tsd EUR handelt es sich um die bis 31. Dezember 2003 nicht ausbezahlten Förderungsmittel. Dem *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* wurden

gemäß Beschluss der Generalversammlung aus dem Bilanzgewinn 2002 70.250 Tsd EUR zur Verfügung gestellt, wovon 59.294 Tsd EUR zur Förderung wirtschaftsnaher Forschungsprojekte zweckgewidmet sind. Im Geschäftsjahr sind vom Generalrat für 353 Projekte 71.656 Tsd EUR und für die Förderung von drei Instituten 2.742 Tsd EUR neu bewilligt worden, wovon per saldo 69.331 Tsd EUR zur Auszahlung gelangten. Im Rahmen der seit 1966 erteilten

Finanzierungszusagen sind insgesamt 636.090 Tsd EUR zur Auszahlung gelangt. Die Förderungsmittel des Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung in Höhe von 48.073 Tsd EUR stammen aus den

für das Jahr 2003 anteilig ermittelten Erträgen der zweckgewidmeten Veranlagungswerte, welche am Tag nach der Generalversammlung an die Stiftung zur Auszahlung kommen.

13 Rückstellungen

	31. 12. 2002	Auflösung bzw. Verwendung	Zuweisung	31. 12. 2003
	in 1.000 EUR			
Pensionsreserve	1.801.700	88.458	115.408	1.828.650
Sonstige Rückstellungen für den Personalbereich				
Abfertigungen	46.172	4.315	3.729	45.586
Dienstnehmerjubiläen	10.202	1.039	1.184	10.347
Nicht konsumierte Urlaube	9.442	12	0	9.430
Rückstellungen für				
unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten	306.944	47.115	–	259.829
Körperschaftsteuer	105.967	105.967	–	–
allgemeine Währungsrisiken	9.000	9.000	–	–
Lieferungen und Leistungen	1.384	1.333	1.834	1.885
Hausverwaltungsbereich	2.163	702	–	1.461
Leistungen von Konzerngesellschaften	590	590	1.330	1.330
Sonstiges	1.582	1.397	1.044	1.229
Insgesamt	2.295.146	259.928	124.529	2.159.747

Das Pensionssystem der OeNB besteht darin, dass diese die volle Pensionsverpflichtung gegenüber ihren Dienstnehmern mit pensionsversicherungsfreien Dienstverhältnissen übernommen hat. Zur Deckung ist sie vom Gesetz verpflichtet, eine Pensionsreserve zu bilden, die den Barwert sämtlicher Pensionsverpflichtungen darstellt.

Mit 1. Mai 1999 wurde für alle ab 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Pensionsversicherung eine Pensionskassenvereinbarung abgeschlossen. Da somit seit 1. Mai 1998 keine neuen Mitarbeiter mehr in das Direktzusagensystem einbezogen werden, ist der Personenkreis, für den die Pensionsreserve zur Absicherung der Pensionen dient, nach oben hin begrenzt, womit dieses System praktisch ein geschlossenes darstellt. Die Pensionszahlungen der OeNB

werden aus der für diesen Zweck bilanzierten Rückstellung geleistet.

Die durch die Pensionsreserve gedeckten Pensionsaufwendungen des Jahres 2003 haben gegenüber dem Vorjahr um 2.352 Tsd EUR oder 2,7% auf 88.458 Tsd EUR zugenommen. In diesem Aufwand sind auch die Bezüge für 15 pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene in Höhe von 3.966 Tsd EUR (2002: 3.987 Tsd EUR) enthalten.

Die aus der Veranlagung der Pensionsreserve stammenden Erträge wurden im Zuge des Jahresabschlusses in Höhe von 115.408 Tsd EUR der Pensionsreserve zugeführt, womit sie mit dem versicherungsmathematisch berechneten Barwert ausgewiesen wird. Für die Berechnung der Pensionsreserve zum 31. Dezember 2003 wurde vom Versicherungsmathematiker ein – gegen-

über dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,50% p. a. angewendet.

Die Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet, wobei ein – gegenüber dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,50% p. a. angewendet wird.

Anhängige Gerichtsverfahren werden sich voraussichtlich nur unter der Wesentlichkeitsgrenze auswirken, sodass von der Bildung einer Rückstellung Abstand genommen wurde.

14 Ausgleichsposten aus Neubewertung

Dieser Bilanzposten setzt sich wie folgt zusammen:

	31. 12. 2002 in 1.000 EUR	31. 12. 2003	Veränderung in 1.000 EUR
Neubewertungskonten			
Gold	821.328	857.402	+36.074
Fremdwährungen	284.205	41.690	-242.515
Wertpapiere	254.602	149.090	-105.512
Beteiligungen	258.750	179.352	-79.398
Außerbilanzielle Geschäfte	12.066	9.283	-2.783
Insgesamt	1.630.951	1.236.817	-394.134
Nicht aufgelöste Aufwertungsgewinne vom 1. 1. 1999 (Initial Valuation)			
Wertpapiere	1.782	1.713	-69
Beteiligungen	279.728	279.728	-
Insgesamt	281.510	281.441	-69
Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen (vor 1999 gebildet)			
	1.536.430	851.190	-685.240
Insgesamt	3.448.891	2.369.448	-1.079.443

Die auf den *Neubewertungskonten* erfassten Beträge stellen die aus der Bewertung zum 31. Dezember 2003 resultierenden buchmäßigen Gewinne, getrennt nach den einzelnen Bewertungseinheiten, dar. Diese Bewertungsgewinne können in den Folgejahren durch Transaktionen bei den entsprechenden Beständen realisiert bzw. zum Ausgleich künftiger Bewertungsverluste herangezogen werden. Die Neubewertungsgewinne werden weiters währungsweise für die Abdeckung des mittels der VaR-Methode ermittelten Risikos bei den valutarischen Beständen berücksichtigt.

Bestimmungsgemäß wurden die im Zuge der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999 erfassten Aufwer-

tungsgewinne (*Initial Valuation*) durch transaktionsbedingte Abgänge der entsprechenden Vermögensgegenstände anteilmäßig aufgelöst.

Die OeNB ist gemäß § 69 Abs. 1 NBG verpflichtet, eine Reserve zur Deckung von Kursrisiken, die mit der Haltung von valutarischen Beständen verbunden sind, zu bilanzieren. Die im Jahresabschluss 2003 ausgewiesene *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen* beinhaltet die aus den Jahren vor Beginn des Eurosystems verbliebenen Kursgewinne in Höhe von 851.190 Tsd EUR. Sie wird zur erfolgsmäßigen Darstellung von – anlässlich von Verkäufen realisierten – Kursgewinnen verwendet. Weiters wird sie zur Abdeckung von buchmäßigen Kursverlusten, die als

Aufwand zu verrechnen sind, aufgelöst. Mit ihrem verbleibenden Saldo dient sie der Abdeckung des mittels VaR ermittelten Kursrisikos, das nicht durch die *Neubewertungskonten* gedeckt ist. Eine Dotierung

dieser Spezialreserve ist seit 1. Jänner 1999 nicht mehr möglich.

15 Kapital und Rücklagen

Die *Rücklagen* zeigen folgendes Bild:

	31. 12. 2002	31. 12. 2003	Veränderung	
	in 1.000 EUR	in 1.000 EUR	in 1.000 EUR	in %
Allgemeiner Reservefonds	1.611.952	477.683	-1.134.269	-70,4
Freie Reserve	917.719	–	-917.719	-100,0
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.111.176	1.622.000	+510.824	+46,0
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen	552.441	569.399	+16.958	+3,1
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	7.267	1.531.500	+1.524.233	
Insgesamt	4.200.555	4.200.582	+27	+0

Der *Allgemeine Reservefonds* und die *Freie Reserve* zeigen eine Abnahme um insgesamt 2.051.988 Tsd EUR. Davon wurden 1.500.000 Tsd EUR zur zweckgebundenen Förderung der FTE-Nationalstiftung in den *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* umgewidmet. Weitere 551.988 Tsd EUR wurden in die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* als Ergebnis der Risikobemessung des gestiegenen Risikos umgewidmet. Die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* dient zur Abdeckung allfälliger EZB-Verluste, die von der OeNB ihrem Kapitalanteil an der EZB entsprechend zu tragen sind, sowie zur Abdeckung von Fremdwährungs- und Wertpapierkursverlusten. Für die Ermittlung des Gesamtrisikos (einschließlich des anteiligen Risikos der EZB, das nicht durch deren eigene Risikovorsorgen abgedeckt ist) werden anerkannte Risikoberechnungsmodelle (VaR) herangezogen. Im Zuge des Jahresabschlusses 2003 wurden 20.340 Tsd EUR für die erfolgsmäßige Darstellung des EZB-Seigniorage-Entgangs und 20.824 Tsd EUR für die Abdeckung von in den

Portefeuilles der OeNB entstandenen Wertpapierkursverlusten verwendet.

Die dem originären Jubiläumsfonds zugeordneten 31.500 Tsd EUR sind im April 1966 aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1965 mit 7.267 Tsd EUR und im Mai 2003 aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2002 mit 24.233 Tsd EUR zugeführt worden.

Das gebundene ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen dient dem Zweck, Ausfälle aus ERP-Krediten des Nationalbankblocks abzudecken.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen (in der Bilanz nicht ausgewiesene Posten)

Zum 31. Dezember 2003 waren außer den in der Bilanz erfassten Posten nachfolgende finanzielle Verpflichtungen bzw. derivative Finanzinstrumente außerbilanziell erfasst:

- Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit „New Arrangements to Borrow“ in Höhe von insgesamt 485.336 Tsd EUR
- Gemäß den IWF-Statuten bestehende Verpflichtung zur Übernahme von SZR bis zum Drei-

- fachen der unentgeltlichen SZR-Zuteilung im Gegenwert von 489.096 Tsd EUR
 - Nachschussverpflichtung von 35.340 Tsd EUR (Gegenwert von 30 Mio SZR) auf die mit 8.000 Stück Aktien zu je 5.000 SZR bestehende Beteiligung an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel
 - Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen in Höhe von insgesamt 23.808 Tsd EUR
 - Rückzahlungsverpflichtungen der OeNB im Falle der Beendigung von Dienstverhältnissen im Zusammenhang mit von Dienstnehmern geleisteten Pensionsbeiträgen in Höhe von insgesamt 13.583 Tsd EUR
 - Eventualverbindlichkeit im für die OeNB anteiligen Ausmaß von 1.179.700 Tsd EUR im Zusammenhang mit der Möglichkeit der EZB, weitere Währungsreserven im Ausmaß von bis zu 50 Mrd EUR von den teilnehmenden nationalen Zentralbanken einzufordern
 - Eventualverbindlichkeit im für die OeNB anteiligen Ausmaß von 117.970 Tsd EUR im Zusammenhang mit der Möglichkeit der EZB, weitere Mittel einzufordern und damit ihr einbezahltes Kapital um weitere 5 Mrd EUR aufzustocken
- Darüber hinaus resultieren aus Forward Rate Agreements und aus Gold-/Zinssatzswaps noch offene Geschäfte.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

	2002	2003	Veränderung ¹	
	in 1.000 EUR		in 1.000 EUR	in %
1 Nettozinsergebnis	594.185	467.087	-127.098	-21,4
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	848.682	344.764	-503.918	-59,4
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	-385	250	+635	+164,9
4 Erträge aus Beteiligungen	242.848	100.664	-142.184	-58,5
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	199	11.120	+10.921	
6 Sonstige Erträge	84.483	8.120	-76.363	-90,4
Nettoerträge insgesamt	1.770.012	932.005	-838.007	-47,3
7 Personalaufwendungen	-98.103	-98.084	-19	-0
8 Sachaufwendungen	-100.159	-94.049	-6.110	-6,1
9 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-21.882	-13.902	-7.980	-36,5
10 Aufwendungen für Banknoten	-33.042	-11.314	-21.728	-65,8
11 Sonstige Aufwendungen	-2.059	-2.078	+19	+0,9
Aufwendungen insgesamt	-255.245	-219.427	-35.818	-14,0
Geschäftliches Ergebnis	1.514.767	712.578	-802.189	-53,0
12 Körperschaftsteuer	-515.021	-242.276	-272.745	-53,0
13 Gewinnanteil des Bundes	999.746	470.302	-529.444	-53,0
14.1 Jahresgewinn	-899.771	-423.271	-476.500	-53,0
14.2 Gewinnvortrag	99.975	47.031	-52.944	-53,0
	118	177	+59	+50,0
14 Bilanzgewinn	100.093	47.208	-52.885	-52,8

¹ Die Vorzeichen der Veränderungen beziehen sich auf die absoluten Zu- bzw. Abnahmen des jeweiligen Ertrags- bzw. Aufwandspostens.

Geschäftliches Ergebnis

in Mio EUR



Quelle: OeNB.

1 Nettozinsergebnis

Das *Nettozinsergebnis* stellt die Differenz zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen dar. Die ausgewiesene Abnahme ist insbesondere auf das gegenüber dem Jahr 2002 deutlich niedrigere Zinsniveau für Euro- und Fremdwährungsveranlagungen bei gleichzeitig geringeren Fremdwährungsbeständen zurückzuführen.

Die Erträge aus der Fremdwährungsveranlagung wurden per saldo mit 324.710 Tsd EUR (−195.682 Tsd EUR), jene aus Euro-Veranlagungen per saldo mit 141.196 Tsd EUR (−13.161 Tsd EUR) verrechnet. Aus dem geldpolitischen Instrumentarium wurden 94.023 Tsd EUR (+13.368 Tsd EUR) und aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB 23.528 Tsd EUR (−9.708 Tsd EUR) vereinnahmt. Weiters resultierten aus der Verzinsung der TARGET-Salden Erträge von per saldo 8.310 Tsd EUR (−76.341 Tsd EUR). Demgegenüber mussten für die Verzinsung der Mindestreserve-Einlagen 96.243 Tsd EUR (−39.965 Tsd EUR) aufge-

wendet werden. Zinsaufwendungen in Höhe von 74.476 Tsd EUR (−102.213 Tsd EUR) stammen aus den Intra-Eurosystem-Salden aus der Verteilung des Euro-Banknotenumschlufs innerhalb des Eurosystems.

2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen

Die realisierten Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen resultieren aus der infolge der laufenden Geschäftstätigkeit tatsächlich erhaltenen bzw. zu bezahlenden Differenz zwischen dem durchschnittlichen Einstandspreis und dem auf dem Markt erzielten Preis bei Gold-, Fremdwährungs-, Wertpapier- und sonstigen Geschäften.

Die per saldo realisierten Gewinne haben um 545.918 Tsd EUR (−63,2%) auf 317.282 Tsd EUR abgenommen. Davon stammen 252.272 Tsd EUR (−487.027 Tsd EUR) aus Gold und Fremdwährungen sowie 66.673 Tsd EUR (−57.359 Tsd EUR) aus Wertpapieren. Auf die Abnahme der Realisate aus Gold- und Fremdwährungsgeschäften haben sich auch die Kursgewinne aus dem Verkauf von 30 t Gold des Jahres 2002 ausgewirkt, da diese im Jahr 2003 weggefallen sind.

Die *Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen* begründen sich im Wesentlichen mit dem Rückgang der Marktpreise zum Bilanzstichtag unter die durchschnittlichen Buchpreise der entsprechenden Währungen bzw. Wertpapiere. Dabei entfielen auf Fremdwährungen 683.607 Tsd EUR (+549.614 Tsd EUR) und auf Wertpapiere 13.498 Tsd EUR (+13.020 Tsd EUR).

Der Posten *Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken*

stammt im Wesentlichen aus der Auflösung der vor 1999 gebildeten *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen* zur Abdeckung der erwähnten buchmäßigen Währungskursverluste von 683.607 Tsd EUR, wodurch diese in Entsprechung des § 69 Abs. 1 NBG erfolgsneutral gehalten wurden. Weiters wurde darin die Auflösung der *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* zur Abdeckung buchmäßiger Wertpapierkursverluste von 13.498 Tsd EUR und des EZB-Seigniorage-Entgangs von 20.340 Tsd EUR dargestellt.

4 Erträge aus Beteiligungen

Dieser Posten beinhaltet mit 17.899 Tsd EUR Gewinnausschüttungen der EZB für das Jahr 2002 sowie der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (650 Tsd EUR) und der AUSTRIA CARD-Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H. (50 Tsd EUR). Die Dividendenzahlungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, (2.065 Tsd EUR) und der Münze Österreich AG (80.000 Tsd EUR) werden darin ebenfalls ausgewiesen. Weiters sind in diesem Posten die anteiligen Seigniorage-Einkünfte aus der Übertragung von 8% des Euro-Banknotenumlaufs auf die EZB auszuweisen.¹⁸ Angesichts des Bilanzergebnisses der EZB für 2003 wurden diese im Sinne eines entsprechenden Beschlusses des EZB-Rats vom 18. Dezember 2003 an die nationalen Zentralbanken nicht ausgeschüttet.

5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften

Ausgangspunkt für die Bemessung der monetären Einkünfte der nationalen Zentralbanken des Eurosystems sind ihre tatsächlichen Einkünfte aus den als Gegenposten zur monetären Basis gehaltenen Vermögenswerten, die zu diesem Zweck gesondert erfasst werden. Die monetäre Basis ergibt sich aus dem Banknotenumlauf, den Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten sowie den Intra-Eurosystem-Nettoverbindlichkeiten aus TARGET-Transaktionen und aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems. Die so ermittelten monetären Einkünfte sind, reduziert um Zinsaufwendungen für die genannten Passivpositionen, in einen gemeinsamen Topf abzuführen. Zu den gesondert erfassten Vermögenswerten zählen die Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet sowie die Intra-Eurosystem-Nettoforderungen aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB, aus TARGET-Transaktionen und aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems. Hinzu kommt ein begrenzter Teil des Goldbestands einer jeden nationalen Zentralbank entsprechend ihrem Kapitalanteil an der EZB. Etwaige Wertunterschiede zwischen den gesondert erfassten Aktiva einer nationalen Zentralbank und ihrer monetären Basis werden ausgeglichen, indem die Differenz mit dem Durchschnittsertrag der gesondert erfassten Vermögenswerte aller nationalen Zentralbanken ver-

¹⁸ Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 21. November 2002 über die Verteilung der Einkünfte der Europäischen Zentralbank aus dem Euro-Banknotenumlauf an die Nationalen Zentralbanken der teilnehmenden Mitgliedstaaten (EZB/2002/9).

zinst wird. Die so ermittelten gemeinsamen monetären Einkünfte des Eurosystems sind unter den nationalen Zentralbanken entsprechend ihren Anteilen am einbezahlten EZB-Kapital zu verteilen. Für die OeNB ergibt sich aus der Bemessung der monetären Einkünfte per saldo ein Ertrag in Höhe der Differenz zwischen den in den gemeinsamen Topf eingebrachten Einkünften in Höhe von 214.950 Tsd EUR und den an sie rückverteilten 226.069 Tsd EUR.

7 Personalaufwendungen

Die *Personalaufwendungen* beinhalten neben den Gehältern, den Abfertigungen und den sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen auch den gesetzlich vorgeschriebenen Sozialaufwand sowie sonstige Sozialaufwendungen. Erhaltene Bezugsrefundierungen bzw. von den Mitarbeitern entrichtete Pensionsbeiträge werden von den *Personalaufwendungen* in Abzug gebracht.

Seit 1. Jänner 1997 haben Dienstnehmer, die nach dem 31. März 1993 eingetreten sind und bereits eine Pensionsanwartschaft erworben haben, statt bis dahin 5% der gesamten Schemabezüge – für Schemabezüge bis zur jeweils gültigen Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG – Pensionsbeiträge in Höhe von 10,25% zu entrichten. Darüber hinaus ist für jenen Teil des Schemabezugs, der die Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG übersteigt, ein Pensionsbeitrag von 2% zu leisten.

Als Folge einer Änderung der Verrechnungstechnik bei Abfertigungen und Jubiläumsgeldern wurden die Vergleichszahlen bei den Gehältern und Abfertigungen angepasst. Die Gehälter abzüglich der von den aktiven Dienstnehmern eingehobe-

nen Pensionsbeiträge haben gegenüber dem Vorjahr um per saldo 213 Tsd EUR oder 0,3% auf 82.817 Tsd EUR zugenommen. Die Zunahme ist insbesondere auf kollektivvertragliche Gehaltserhöhungen zurückzuführen. Für jene OeNB-Mitarbeiter, die bei Tochtergesellschaften sowie bei auswärtigen Dienststellen tätig sind, hat die OeNB Bezugsrefundierungen in Höhe von insgesamt 9.541 Tsd EUR vereinnahmt.

Auf die Bilanzstichtage der Jahre 2002 und 2003 bezogen, reduzierten sich die entsprechenden Mitarbeiterkapazitäten von 963,93 auf 947,30. Der durchschnittliche Stand der Mitarbeiter der OeNB (ohne Direktiumsmitglieder, Teilzeitkräfte anteilmäßig berücksichtigt) hat sich von 1.176 im Jahr 2002 auf 1.182 im Jahr 2003, das sind 6 Mitarbeiter oder 0,5% mehr, erhöht. Unter Berücksichtigung der außerhalb der Bank tätigen Mitarbeiter sowie der karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Eltern karenzurlaubsgesetz und andere) erhöhte sich der durchschnittliche Personalstand auf 951 Mitarbeiter (2002: 943 Mitarbeiter).

Die vier Mitglieder des Direktiums haben gemäß § 33 Abs. 1 NBG Bezüge, einschließlich der Sachbezüge (des steuerlichen Wertes der Privatnutzung von Pkws sowie der Zuschüsse zu Kranken- und Unfallversicherungen), in Höhe von 957 Tsd EUR (2002: 1.008 Tsd EUR) erhalten.

Die Vergütungen für Mitglieder des Präsidiums betragen insgesamt 31 Tsd EUR (2002: 46 Tsd EUR).

Der Aufwand für Abfertigungen hat gegenüber dem Jahr 2002 um 564 Tsd EUR auf 564 Tsd EUR zugenommen.

Die gesetzlichen Sozialabgaben über insgesamt 12.398 Tsd EUR

(das sind +275 Tsd EUR) enthalten neben der Kommunalsteuer (2.510 Tsd EUR) vor allem die Sozialversicherungsbeiträge (5.981 Tsd EUR) und den Beitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (3.811 Tsd EUR).

10 Aufwendungen für Banknoten

Diese Aufwendungen resultieren aus dem Ankauf von Euro-Banknoten.

12 Körperschaftsteuer

Der Körperschaftsteuersatz von 34% ist auf die Steuerbemessungsgrundlage gemäß § 72 NBG, die als Einkommen im Sinne des § 22 Abs. 1 Körperschaftsteuergesetz gilt, anzuwenden.

13 Gewinnanteil des Bundes

Der *Gewinnanteil des Bundes* in Höhe von 423.271 Tsd EUR (2002: 899.771 Tsd EUR) beträgt gemäß § 69 Abs. 3 NBG unverändert 90% des versteuerten Ergebnisses abzüglich satzungsgemäßer Zuweisungen.

Direktorium

Gouverneur Dr. Klaus Liebscher
 Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek (ab 11. Juli 2003)
 Vize-Gouverneurin Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell (bis 31. Mai 2003)
 Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner
 Direktor Univ.-Doz. Dr. Josef Christl (ab 1. September 2003)

Generalrat

Präsident Herbert Schimetschek (ab 1. September 2003)
 Präsident Adolf Wala (bis 31. August 2003)
 Vizepräsident Dr. Manfred Frey (ab 1. September 2003)
 Vizepräsident Herbert Schimetschek (bis 31. August 2003)
 Dipl.-Ing. August Astl
 Helmut Elsner (bis 15. Mai 2003)
 Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer
 Univ.-Prof. DDr. Helmut Frisch (bis 15. Mai 2003)
 Dkfm. Lorenz R. Fritz
 Univ.-Prof. Dr. Herbert Kofler
 Dr. Richard Leutner
 Dipl.-Ing. Johann Marihart
 Mag. Werner Muhm
 Dkfm. Gerhard Randa (ab 15. Mai 2003)
 Mag. Dr. Walter Rothensteiner
 Dipl.-Ing. Karl Werner Rüsche
 Dkfm. R. Engelbert Wenckheim
 Dkfm. Johann Zwettler (ab 15. Mai 2003)

Gemäß § 22 Abs. 5 des Nationalbankgesetzes 1984 vom Zentralbetriebsrat zu Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet: Mag. Thomas Reindl und Dr. Martina Gerharter.

Wien, am 30. März 2004

Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer

Die Buchführung und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003 der Oesterreichischen Nationalbank entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Vorschriften des Nationalbankgesetzes 1984 in der Fassung des BGBl. I Nr. 60/1998. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Art. 26 Abs. 4 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank mittels der Leitlinie der Europäischen Zentralbank vom 5. Dezember 2002 über die Rechnungslegungsgrundsätze und das Berichtswesen im Europäischen System der Zentralbanken (EZB/2002/10) erlassenen Vorschriften erstellt und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der gemäß § 68 Abs. 1 und 3 Nationalbankgesetz 1984 in der Fassung des BGBl. I Nr. 60/1998 erstellte Geschäftsbericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, am 30. März 2004

Dr. Pipin Henzl
Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater

Dr. Peter Wolf
Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater

Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 3 des NBG vorgesehenen satzungsgemäßen Zuweisung (Posten 13 der Gewinn- und Verlustrechnung) an den Bund in der Höhe von 423.271 Tsd EUR (2002: 899.771 Tsd EUR) verbleibt der in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene

Bilanzgewinn 2003 von		EUR 47.207.885,07.
Das Direktorium hat in der Sitzung vom 7. April 2004 beschlossen, dem Generalrat folgende Verwendung zu empfehlen:		
10-prozentige Dividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR		EUR 1.200.000,—
Zuweisung an die Leopold Museum-Privatstiftung		EUR 4.275.893,67
Zuweisung von Förderungsmitteln an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft:		
für Förderungen durch die OeNB	EUR 12.579.460,15	
für Förderungen durch die FTE-Nationalstiftung	EUR 26.926.937,55	EUR 39.506.397,70
Zuweisung an Gewinnlättingrücklage		EUR 2.225.593,70
		EUR 47.207.885,07



Bericht des Generalrats

zum Geschäftsbericht

und Jahresabschluss 2003

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm aufgrund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2003 wurde von den in der regelmäßigen Generalversammlung vom 15. Mai 2003 gewählten Rechnungsprüfern – den Wirt-

schaftsprüfern Dr. Pipin Henzl und Dr. Peter Wolf – aufgrund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 19. April 2004 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2003 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 2003 zu genehmigen und dem Generalrat und dem Direktorium die Entlastung zu erteilen. Die Generalversammlung wolle ferner über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluss 2003 erstatteten Empfehlung (Seite 123) beschließen.

1100

1 BCE ECB EZB EKT EKP 1002

1 BCE ECB EZB EKT EKP 1002

120

20 EUR

Publikationen

Impressum

Periodische Publikationen

	Erscheinungsweise
Statistisches Monatsheft	monatlich
Focus on Statistics <i>englische Fassung des Statistischen Monatshefts</i>	monatlich http://www.oenb.at
Leistungsbilanz Österreichs, revidierte Jahresdaten gegliedert nach Regionen und Währungen	jährlich
Berichte und Studien ¹	vierteljährlich
Focus on Austria ² <i>englische Kurzfassung der Berichte und Studien¹</i>	vierteljährlich
Finanzmarktstabilitätsbericht	halbjährlich
Financial Stability Report <i>englische Fassung des Finanzmarktstabilitätsberichts</i>	halbjährlich
Focus on Transition	halbjährlich
Geschäftsbericht	jährlich
Annual Report <i>englische Fassung des Geschäftsberichts</i>	jährlich
Volkswirtschaftliche Tagung	jährlich
The Austrian Financial Markets – A Survey of Austria's Capital Markets – Facts and Figures	jährlich

¹ Ab Jahrgang 2004 wird diese Publikation von „Geldpolitik & Wirtschaft – Quartalshefte zur Geld- und Wirtschaftspolitik“ ersetzt.

² Ab Jahrgang 2004 wird diese Publikation von „Monetary Policy & the Economy – Quarterly Review of Economic Policy“ ersetzt.

Ausgewählte Publikationen der OeNB in den Jahren 2002 und 2003

Die Gesamtübersicht über die bisher erschienenen Veröffentlichungen der OeNB ist dem Heft 12/2003 des *Statistischen Monatshefts* bzw. dem Heft 4/2003 der *Berichte und Studien* zu entnehmen.

Dieses Verzeichnis informiert über ausgewählte Publikationen der OeNB. Die Publikationen werden vom Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit kostenlos an Interessenten abgegeben. Anfragen sind schriftlich (auch telefonisch) an die im Impressum angegebene Postanschrift zu richten.

Eine vollständige Liste der Publikationen der OeNB kann unter der Internetadresse <http://www.oenb.at> abgerufen werden.

Statistisches Monatsheft (monatlich)

Oesterreichische Nationalbank und ausgewählte monetäre Aggregate

Gesamtverzeichnis der Schillingmünzen von 1947 bis 2001 1/2002

Umtauschbare Schillingbanknoten – Bei der Oesterreichischen Nationalbank umtauschbare Schillingbanknoten 1/2002

Devisenrechtliche und Mindestreserve-Kundmachungen fallweise

Ausgabe und Einziehung von Banknoten fallweise

Finanzmarkt

Bankfeiertage, international 11/jährlich

Bankfeiertage in Österreich 11/jährlich

Realwirtschaft und Finanzierungsrechnung

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung gemäß ESVG 95 – Geldvermögen und Verpflichtungen der österreichischen Volkswirtschaft; Ergebnisse für das Jahr 2001 9/2002

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung gemäß ESVG 95 – Geldvermögen und Verpflichtungen der österreichischen Volkswirtschaft; Ergebnisse für das Jahr 2002 9/2003

Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Unternehmen nach der Systematik der Wirtschaftstätigkeiten von 1998 bis 2000 jährlich¹

Außenwirtschaft

Österreichische Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Österreich 6/jährlich

Internationale Wirtschaft

Leitzinssätze 12/jährlich²

An internationalen Organisationen beteiligte Länder 1/jährlich

¹ Ab Jahrgang 2001.

² Bis Jahrgang 2002.

Berichte und Studien (vierteljährlich)³

Wirtschafts- und Währungsunion und Europäische Union

Die Herausforderung der Informationsgesellschaft für die Notenbanken – Auf dem Weg zur e-ZB?	1/2002
Anpassung der Stimmrechtsmodalitäten im EZB-Rat	2/2003
Inflationsdifferenziale in Europa: Erfahrungen der Vergangenheit und Blick in die Zukunft	1/2004
Wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum und in der EU	vierteljährlich
Zusammenarbeit im ESZB und europäische Integration	vierteljährlich

Oesterreichische Nationalbank und ausgewählte monetäre Aggregate

Wettbewerb der Regionen und Integration in der WWU Ergebnisse der 30. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB	3/2002
Die Förderung des Wirtschaftswachstums in Europa Ergebnisse der 31. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB	3/2003
Reden des Präsidenten und des Gouverneurs anlässlich der Generalversammlung der Oesterreichischen Nationalbank	2/jährlich ⁴

Finanzmarkt

EURIBOR – Zinsinstrumente als Indikatoren für die Erwartungen auf den Finanzmärkten	2/2002
Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum (Bank Lending Survey) – Hintergründe, Zielsetzung und Ergebnisse für Österreich	3/2003
Geschäftstätigkeit und Ertragslage der inländischen Kreditinstitute	vierteljährlich

Realwirtschaft und Finanzierungsrechnung

Das Zahlungsverhalten privater Haushalte in Österreich – Ergebnisse einer Untersuchung zur Nutzung von Zahlungskarten und zur Struktur der Zahlungstransaktionen im Jahr 2000	1/2002
Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2002 bis 2004 vom Frühjahr 2002	2/2002
Identifikation von starren Löhnen in Mikrodaten – eine kritische Bestandsaufnahme der Literatur	3/2002
Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2002 bis 2004 vom Herbst 2002	4/2002
Geldvermögen und Verpflichtungen der österreichischen Volkswirtschaft – Ergebnisse der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für das Jahr 2001	4/2002

³ Ab Jahrgang 2004 wird diese Publikation von „Geldpolitik & Wirtschaft – Quartalshefte zur Geld- und Wirtschaftspolitik“ ersetzt.

⁴ Bis Jahrgang 2002.

Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2003 bis 2005 vom Frühjahr 2003	2/2003
Geldvermögensbildung und Finanzierung der nichtfinanziellen Sektoren im Jahr 2002 – Ergebnisse der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung	2/2003
Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten Haushalte im ersten Quartal 2003 – Ergebnisse der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung	3/2003
Strukturelle Einflussfaktoren auf dem österreichischen Wohnungs- und Immobilienmarkt	3/2003
Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2003 bis 2005 vom Herbst 2003	4/2003
Vermögenssituation der privaten Haushalte und der Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften Österreichs im ersten Halbjahr 2003 – Ergebnisse der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung	4/2003
Eine neue harmonisierte Zinssatzstatistik für den Euroraum – Konzept, Umsetzung in Österreich und erste Ergebnisse	4/2003
Konjunkturelle Entwicklung in Österreich	1 und 3/jährlich
Außenwirtschaft	
Portfoliosition Österreichs – Globalisierung der Wertpapierveranlagungen und ihre Auswirkungen auf Österreich	4/2002
Leistungsbilanztransaktionen entkoppelt von Kapitalströmen – eine Analyse der österreichischen Leistungs- und Kapitaltransaktionen mit einzelnen Ländern bzw. Ländergruppen	4/2002
Auslandsverschuldung der österreichischen Volkswirtschaft – neuer Indikator im Rahmen des SDDS	3/2003
Die Bedeutung von Außenwirtschaft und internationalem Kapitalverkehr für das Geldmengenwachstum im Euroraum und der Beitrag Österreichs von 1999 bis 2002: Monetary Presentation	3/2003
Direktinvestitionen Österreichs – Ergebnisse der Befragung 2001 und Entwicklung ausgewählter Indikatoren	4/2003
Internationale Vermögensposition Österreichs	jährlich
Entwicklung der Direktinvestitionen Österreichs	jährlich

Portfolioposition Österreichs	vierteljährlich ⁵
Zahlungsbilanz	vierteljährlich
Internationale Wirtschaft	
Entwicklungen in ausgewählten Ländern Zentral- und Osteuropas	2 und 4/jährlich ⁶
Internationale Verschuldung und Emerging Markets	2 und 4/jährlich
Entwicklungen in ausgewählten Industrieländern außerhalb der EU	vierteljährlich
Zusammenarbeit im internationalen Währungs- und Finanzsystem	vierteljährlich

Übersicht der Studien zu Schwerpunktthemen Berichte und Studien, Heft 2/2002

Osterweiterung der EU: Auswirkungen auf die EU-15 und insbesondere auf Österreich

Osterweiterung der EU:

Auswirkungen auf die EU-15 und insbesondere auf Österreich –

Ein Literaturüberblick zu ausgewählten Aspekten

Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf das Lohngefüge in Westeuropa
mit besonderer Berücksichtigung Österreichs

Institutionelle Auswirkungen der Erweiterung im Bereich
der Wirtschafts- und Währungspolitik

Wachstumseffekte der europäischen Integration:

Implikationen für die EU-Erweiterung

Österreichs Direktinvestitionen und die EU-Erweiterung

Das Bankensystem in den Beitrittsländern am Vorabend des EU-Beitritts

Die Integration der osteuropäischen Länder –
Auswirkungen auf die Aktien- und Rentenmärkte

Wechselkursstrategien der EU-Beitrittsländer auf dem Weg in die WWU:
Auswirkungen auf den Euroraum

Ausgewählte Aspekte der monetären Integration

⁵ Ab Jahrgang 2003.

⁶ Ab Jahrgang 2002.

Berichte und Studien, Heft 3/2002

Lohnbildung im Euroraum

WWU und grenzüberschreitende Tarifkoordination in Europa

Lohnsetzung und strategische Interaktion
innerhalb und außerhalb einer Währungsunion

Die Rolle der Lohnpolitik in einem einheitlichen Währungsraum

Beschäftigungs- und Lohnanpassungen
auf dem Arbeitsmarkt des Euroraums – ein Überblick

Berichte und Studien, Heft 1/2003

Finance for Growth

Finance for Growth, Finance and Growth, Finance or Growth...?
Drei Erklärungsansätze zum Konnex zwischen den Finanzmärkten
und der Realwirtschaft

Aktienmärkte, Shareholder Value und Investitionen

Finanzmarktentwicklung und Wachstumsschwankungen
in den OECD-Ländern

Wirkt in Europa ein Finanzdezelerator? Eine Analyse für Österreich

Bankenstruktur und Investitionsverhalten in Österreich –
Empirische Evidenz

Corporate Governance, Investitionen und Wachstum

Podiumsdiskussion: Welches Finanzsystem für Europa?

Berichte und Studien, Heft 2/2003

Reform der Pensionsfinanzierung: from Public to Financial Economics

Wohlfahrtseffekte der Pensionsreform

„Varieties of Capitalism“ und Pensionsreform: Wird die Riester-Rente
Deutschlands koordinierte Marktwirtschaft transformieren?

Pensionsreformen, steuerliche Anreize für private
Pensionsversicherungen und das Problem der adversen Selektion

Pensionsfonds und die europäischen Finanzmärkte

Löst der Ausbau der Kapitaldeckung das Pensionsproblem?

Risikoaspekte in der Pensionsreformdiskussion

Pensionsreform in Österreich: Ausbau der kapitalgedeckten Vorsorge
oder Forcierung beschäftigungs- und wachstumsfördernder Maßnahmen?

Steuerliche Anreize für die kapitalgedeckte Pensionsvorsorge
und die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen

Focus on Transition (halbjährlich)

Studien

EU Enlargement to the East: Effects on the EU-15 in General and on Austria in Particular.	
An Overview of the Literature on Selected Aspects	1/2002
Austria's Direct Investment and EU Enlargement	1/2002
Growth Effects of European Integration: Implications for EU Enlargement	1/2002
Selected Aspects of Monetary Integration	1/2002
An Early Warning Model for Currency Crises in Central and Eastern Europe	1/2002
Catching Up: The Role of Demand, Supply and Regulated Price Effects on the Real Exchange Rates of Four Accession Countries	2/2002
Exchange Rates and Long-Term Interest Rates in Central Europe: How Do Monetary and Fiscal Policy Affect Them?	2/2002
Twin Deficits: Implications of Current Account and Fiscal Imbalances for the Accession Countries	2/2002
Banking in the Baltics – The Development of the Banking Systems of Estonia, Latvia and Lithuania since Independence: The Emergence of Market-Oriented Banking Systems in Estonia, Latvia and Lithuania (1988–1997)	2/2002
Banking in the Baltics – The Development of the Banking Systems of Estonia, Latvia and Lithuania since Independence: The Internationalization of Baltic Banking (1998–2002)	2/2002
Political Institutions and Pricing of Bonds on International Markets	2/2002
Fiscal Effects of EU Membership for Central European and Baltic EU Accession Countries	2/2002
The Debate on European Fiscal Rules	1/2003
Fiscal Policy in EMU	1/2003
Fiscal Developments in Central and Eastern European EU Accession Countries – An Overview One-and-a-Half Years before the May 2004 Enlargement of the European Union	1/2003
Fiscal Policy in the Czech Republic	1/2003
Fiscal Policy Challenges in the Face of Poland's Integration with the European Union	1/2003
Public Finance in Slovenia: General Information	1/2003
Framework of Fiscal Analysis Employed at Magyar Nemzeti Bank	1/2003

Potential Benefits of Poland's EMU Accession	1/2003
Pension Reform in the Czech Republic: A Gradual Approach	1/2003
On the Catching-Up Route – The Development of Banking in Serbia and Montenegro since 2000	1/2003
Assessing Equilibrium Exchange Rates in CEE Acceding Countries: Can We Have DEER with BEER without FEER? A Critical Survey of the Literature	2/2003
Equilibrium Real Exchange Rates in Acceding Countries: How Large Is Our Confidence (Interval)?	2/2003
The Monetary Approach to Exchange Rates in the CEECs	2/2003
Challenges for EU Acceding Countries' Exchange Rate Strategies after EU Accession and Asymmetric Application of the Exchange Rate Criterion	2/2003
Seigniorage in Selected Transition Economies: Current Situation and Future Prospects on the Road towards Monetary Integration	2/2003

Working Papers

2002

- Nr. 56 Asymmetries in Bank Lending Behaviour. Austria During the 1990s
- Nr. 57 Banking Regulation and Systemic Risk
- Nr. 58 Credit Channel and Investment Behavior in Austria:
A micro-econometric approach
- Nr. 59 Evaluating Density Forecasts with an Application
to Stock Market Returns
- Nr. 60 The Empirical Performance of Option Based Densities
of Foreign Exchange
- Nr. 61 Price Dynamics in Central and Eastern European
EU Accession Countries
- Nr. 62 Growth, Convergence and EU Membership
- Nr. 63 Wage Formation in Open Economies and the Role
of Monetary and Wage-Setting Institutions
- Nr. 64 The Federal Design of a Central Bank in a Monetary Union:
The Case of the European System of Central Banks
- Nr. 65 Dollarization and Economic Performance: What Do We Really Know?
- Nr. 66 Growth, Integration, and Macroeconomic Policy Design:
Some Lessons for Latin America
- Nr. 67 An Evaluation of Monetary Regime Options for Latin America
- Nr. 68 Monetary Union: European Lessons, Latin American Prospects
- Nr. 69 Reflections on the Optimal Currency Area (OCA) criteria
in the light of EMU
- Nr. 70 Fiscal and Monetary Policy Coordination in EMU

- Nr. 71 EMU and Accession Countries:
Fuzzy Cluster Analysis of Membership
- Nr. 72 Monetary Integration in the Southern Cone:
Mercosur Is Not Like the EU?
- Nr. 73 Forecasting Austrian HICP and its Components
using VAR and ARIMA Models
- Nr. 74 The Great Exchange Rate Debate after Argentina
- Nr. 75 Central European EU Accession and Latin America Integration:
Mutual Lessons in Macroeconomic Policy Design
- Nr. 76 The Potential Consequences of Alternative Exchange Rate Regimes:
A Study of Three Candidate Regions
- Nr. 77 Why Did Central Banks Intervene in the EMS?
The Post 1993 Experience
- Nr. 78 Job Creation and Job Destruction in a Regulated Labor Market:
The Case of Austria
- Nr. 79 Risk Assessment for Banking Systems
- Nr. 80 Does Central Bank Intervention Influence the Probability
of a Speculative Attack? Evidence from the EMS

2003

- Nr. 81 How Robust are Money Demand Estimations?
A Meta-Analytic Approach
- Nr. 82 How Do Debit Cards Affect Cash Demand?
Survey Data Evidence
- Nr. 83 The business cycle of European countries.
Bayesian clustering of country-individual IP growth series
- Nr. 84 Searching for the Natural Rate of Interest:
A Euro-Area Perspective
- Nr. 85 Investigating asymmetries in the bank lending channel.
An analysis using Austrian banks' balance sheet data
- Nr. 86 Testing for Longer Horizon Predictability
of Return Volatility with an Application to the German DAX

Sonstige Publikationen

- Architektur des Geldes –
Vom klassizistischen Palais zum zeitgenössischen Geldzentrum
- The Austrian Financial Markets –
A Survey of Austria's Capital Markets – Facts and Figures
- Leitfaden zum Marktrisiko (sechsbändig)
- Wettbewerb der Regionen und Integration in der WWU –
Tagungsband der 30. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB
- Die Förderung des Wirtschaftswachstums in Europa
Tagungsband der 31. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller:

Oesterreichische Nationalbank
1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 3

Für den Inhalt verantwortlich:

Günther Thonabauer, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit

Inhaltliche Gestaltung:

Manfred Fluch, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen
Helmut Gruber, Abteilung für Veranlagungsstrategie und -risiko
Doris Haider, Organisationsabteilung
Hannes Hermanky, Abteilung für Informationstechnologie und Zahlungsverkehrsstrategie
Oliver Huber, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit
Georg Hubmer, Abteilung für Finanzmarktanalyse
Wolfgang Pointner, Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland
Martin Taborsky, Banknoten- und Münzenkasse
Manfred Zipko, Abteilung Bilanzierung

Redaktion:

Alexander Dallinger, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen
1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 3

Grafische Gestaltung:

Peter Buchegger, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit

Layout und Satz:

Walter Grosser, Hausdruckerei

Druck und Herstellung:

Oesterreichische Nationalbank, Hausdruckerei

Fotografien:

Foto Simonis
Oesterreichische Nationalbank
Europäische Zentralbank, Claudio Hills
Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH

Papier:

Salzer Demeter, 100% chlorfrei gebleichter Zellstoff, säurefrei, ohne optische Aufheller

Verlags- und Herstellungsort:

1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 3

Rückfragen:

Oesterreichische Nationalbank, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit
1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 3
Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien
Telefon: (+43-1) 404 20-6666
Telefax: (+43-1) 404 20-6696

Nachbestellungen:

Oesterreichische Nationalbank, Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice
1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 3
Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien
Telefon: (+43-1) 404 20-2345
Telefax: (+43-1) 404 20-2398
E-Mail: oenb.publikationen@oenb.at

Internet:

<http://www.oenb.at>

DVR 0031577

Wien 2004



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK